

Thema

KLEINWAFFEN

Blickpunkt

**»Die wollten mich
hinter Gittern sehen«**Wie die deutsche Justiz mit
Totalverweigerern umgehtRegionalteile für Zivis in Bayern
und Baden-Württemberg

Aktion

**Flaschenpost
für den Frieden**Ein Kunst- und
Friedensprojekt
entlang
der Donau

FRAGEN zum Glauben und zum Sinn des Lebens bewegen Menschen überall auf dieser Welt.

➔ **bibli.com**

Der christliche Buch- und Medien-Service präsentiert:

- ➔ **Die Bücherkiste** mit über 1.000 ausgewählten Büchern zu allen Fragen des christlichen Lebens, in Wort und Bild vorgestellt und nach Sachgruppen erschließbar.
- ➔ Das **Buch der Woche**, soeben erschienene Bücher und eine Vorschau auf Neuerscheinungen.
- ➔ **CDs/CD ROMs und Videos der Woche**, für Sie aktuell ausgewählt und beschrieben.
- ➔ Ein **Newsletter** mit Literaturtipps zu wechselnden Themen.
- ➔ **Aktionen** mit Gewinnspielen, Subscriptions-Angeboten und Restposten sowie einen Geschenkservice.
- ➔ Darüber hinaus leiten wir Sie von unserer Datenbank in das **Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB)**, das alle lieferbaren Titel deutscher Sprache (über 890.000) auflistet.
- ➔ Überzeugen Sie sich selbst. Besuchen Sie uns unter **http://bibli.com** im Internet.

Gewand-
gefunden



Gemeinschaftswerk
der Evangelischen
Publizistik e.V. (GEP)
Postfach 500 550
60394 Frankfurt a. M.
Tel. (069) 58 09 8 - 189
Fax (069) 58 09 8 - 226
E-Mail: info@bibli.com



Stuttgart, den 7. August 2000

Liebe Leserin, lieber Leser,

Schadenersatzklagen gegen Tabakkonzerne sind in den USA seit Jahren schon an der Tagesordnung. Weil sie um die Gesundheitsgefahr ihrer Produkte wussten, weil sie die Risiken des Rauchens in ihrer Werbung verharmlosten und weil sie in einigen Fällen bewusst süchtig machende Stoffe zugesetzt haben, wurden Zigarettenkonzerne von erkrankten Einzelpersonen, inzwischen auch von Krebskliniken verklagt und durch die Gerichte zu Zahlungen verurteilt, die in die Milliarden gehen.

Das bislang spektakulärste Beispiel stammt aus Miami. Dort hat Anfang Juli ein Gericht in erster Instanz die fünf führenden Tabakkonzerne zu umgerechnet 300 Milliarden Mark Schadenersatz verurteilt. Die Beklagten legten Widerspruch ein.

Vermutlich schon bald wird die Prozesswelle gegen Marlboro und Co auch nach Europa herüberschwappen, Norwegen, so ist zu lesen, wird den Anfang machen, und dort werden sogar staatliche Stellen klagen, wegen der hohen Kosten, die Raucherkrankheiten den öffentlichen Kassen verursachen.

Prinzipiell haben die Urteile gegen Zigarettenhersteller weitreichende Folgen: Die Produkte verlieren ihre Neutralität, die Produzenten verlieren ihre Unschuld. Schon geht es in den USA nach der selben Logik des Verursacherprinzips den Waffenherstellern an den Kragen. In New York etwa sprach ein Geschworenengericht einem 19jährigen, der bei einem Schusswechsel schwer verletzt worden war, Schadenersatz in Höhe von umgerechnet 870 000 Mark zu, zu bezahlen durch die Hersteller der beteiligten Waffen, darunter die Firmen Beretta und Colt. Diese Firmen hätten beim Marketing für ihre Waffen und beim Verkauf fahrlässig gehandelt, heißt es in dem Urteil. Ähnliche Klagen in fünf weiteren Regionen der USA laufen bereits, hinzu kommen die Prozesse, die 28 amerikanische Kommunen gegen die Hersteller ziviler Waffen angestrengt haben.

Es ist die Welle der Gewalt an amerikanischen Schulen während der vergangenen Jahre, die den Boden dafür bereitete, dass heute nicht nur die Täter, sondern auch die Hersteller und Verkäufer der Tatwerkzeuge vor Gericht gestellt und nach ihrer Mitverantwortung gefragt werden.

Als nächstes sind die Hersteller und Verleiher der Gewaltvideos und Videospiele dran: Die Eltern dreier Mädchen aus den USA, die in ihrer Schule von einem Mitschüler getötet wurden, verklagen 24 Videohersteller auf 130 Millionen Dollar Schadenersatz. Ein Experte, der die Eltern vor Gericht unterstützt: »Wir werden sagen, dass Videospiele dem Täter das Töten beigebracht haben. Dies ist nicht als Entschuldigung für den Täter gemeint. Natürlich ist er für seine Tat verantwortlich. Die Spiele jedoch gaben dem Jungen das Können, seine Tat auszuführen.«

Natürlich werden Gerichtsprozesse letztlich weder den Raucherkrebs stoppen, noch bewaffnete Angriffe verhindern oder irgendeinen Krieg beenden. Aber sie schaffen immerhin, was moralische Appelle in der Regel vergeblich versuchen, nämlich die Erfinder und Hersteller der gefährlichen Produkte mit deren direkten und indirekten Folgen zu konfrontieren und sie zur Rechenschaft zu zwingen.

Und ganz praktisch zeichnen sich in den USA auch bereits Erfolge der Prozesslawine gegen Waffenhersteller ab: Die bekannte Waffenschmiede Colt (Umsatz 1999: 129 Mio. US-Dollar) will sich künftig ganz aus dem Handfeuerwaffengeschäft zurückziehen – aus Angst vor weiteren Haftungsklagen.

Mehr zum Thema im zivil-Thema ab Seite 13 – und jetzt auch im Internet: www.zivil.de.

Herzlich Ihr/Euer

Info	4
Briefe	7
Blickpunkt: Totale Kriegsdienstverweigerung	8
Impressum	11
KDV international	12



zivil Thema: KLEINWAFFEN	13
Was sind eigentlich Waffen	15
Kleinwaffen, die modernen Massenvernichtungswaffen	16
Das Schusswaffenproblem in den USA	18
Tiere im militärischen Zwangsdienst	20



2 Seiten extra: FOR ZIVIS ONLY	22
Rüstzeiten	22
Recht	23

Aktuell	24
Die Grüne Partei und die Gewaltfreiheit	
Buchtipps	26
Eine Welt	28
Land ohne Coca-Cola	28
Neue Häuser aus alten Dosen	30



Aktion	32
Friedensflaschenpost	32
Straßenfußball gegen Gewalt	33

Berufsperspektiven	34
---------------------------	----

Gewalt	36
Streitschlichter im Schwimmbad von Wetzlar	

Menschenrechte	38
-----------------------	----

Portrait	39
Eberhard Arnold	

Preisrätsel	40
--------------------	----

Gedanken	41
-----------------	----

Graffiti	43
-----------------	----

Galerie	44
----------------	----

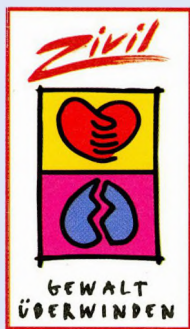


Titelfoto: zivil/W. Schulz

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo. Wer darüber hinaus über Chancen und Hindernisse einer »Kultur des Friedens« auf dem Laufenden bleiben will, kann die Hefte zum zivilen Preis von 16,- DM jährlich abonnieren.

Der Bestellabschnitt für AbsolventInnen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, KDV, Krankenschwestern, LehrerInnen, MitarbeiterInnen in Kirche und Diakonie, SozialpädagogInnen künftige oder ehemalige zivil und andere friedensbewegte Menschen befindet sich auf Seite 42.

zivil wird gedruckt auf 100% Altpapier, chlorfrei recycelt!



Mit diesem Logo kennzeichnen wir Beiträge in dieser Ausgabe, die wir im Zusammenhang mit der vom **Ökumenischen Rat der Kirchen** ausgerufenen »Dekade zur Überwindung der Gewalt« veröffentlichten.

Kurz und Knapp

»Tribunal über den NATO-Krieg« urteilte: Schuldig

Weil sich das Haager UN-Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien weigerte, Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen gegen die NATO aufzunehmen, initiierten Friedensgruppen Anfang Juni – fast ein Jahr nach den NATO-Luftangriffen – in Berlin ein eigenes »Tribunal«. Dort wurde den Regierungen der NATO-Staaten die Verletzung der UN-Charta, des NATO-Vertrages und speziell der deutschen Regierung des 2+4-Vertrages vorgehalten. Nach zweitägiger Verhandlung erging – in Abwesenheit der Angeklagten – ein einstimmiger Schuldspruch (siehe Internet: www.nato-tribunal.de).

Wegen der rigorosen Einseitigkeit des Tribunals wurde die Veranstaltung vielfach kritisiert.

Noch Workcampplätze frei

Für einen »Urlaub mit Engagement« sucht der Service Civil International, SCI, noch Teilnehmer. Internationale Workcamps in mehr als 40 Ländern auf allen Kontinenten sind im SCI-Programm zu finden, von A wie Armenien bis U wie USA.

Kontakt: <http://www.sci-d.de>, Tel. 0228/21208-6, -7



Aggression

Problematische Jugendliche wachsen fast immer in problematischen Verhältnissen auf. Diese längst bekannte These wurde von Psychologen der Universität Greifswald in einer Studie erneut bestätigt. Wie die Zeitschrift »Psychologie heute« in ihrer Juli-

Ausgabe berichtet, kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Eltern von aggressiven Jugendlichen deutlich härter strafen und sich emotional ablehnender verhalten als Eltern nichtaggressiver Kinder. Aggressivität bei Jugendlichen ist für die Psychologen demnach ein typisches Beispiel für »gelerntes Verhalten«.

Bleiberecht für traumatisierte Kriegsflüchtlinge gefordert

Bei amnesty international engagierte Mediziner, Psychologen und Pflegekräfte kritisieren die zunehmende Härte im Umgang mit traumatisierten Kriegsflüchtlingen durch deutsche Sozial- und Ausländerbehörden. »Gutachten behandelnder Ärzte und Psychologen sowie von Spezialisten der Behandlungszentren für Folteropfer werden von den Behörden mit fachlich nicht haltbaren Begründungen immer öfter in Frage gestellt«, so die Sorge des Allgemeinmediziners Johannes Bastian, Sprecher des ai-Arbeitskreises Medizin-Psychologie-Pflege. amnesty international fordert ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge, denen schwere Traumatisierungen bescheinigt wurden und die in Deutschland in Behandlung sind. Wichtig für die therapeutische Arbeit ist nach Erfahrung aller Ärzte und Psychologen, die in diesem Bereich arbeiten, ein gesichertes Aufenthaltsrecht. »Wer permanent Angst vor Abschiebung haben muss, dessen Trauma kann vom besten Psychologen nicht behandelt werden«, begründet die Psychologin Birgit Möller, ebenfalls Sprecherin des ai-Arbeitskreises, die Forderung nach Bleiberecht für die genannten Flüchtlinge. Die Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer und die Ausländerbeauftragte der Regierung schlossen sich inzwischen diesen Forderungen an und appellierten an die Bundesländer, diese schwer labilen Menschen nicht abzuschieben.

Gesucht: Zivilcourage in der Kirche

Zivilcourage in der Kirche fördern und öffentlich erkennbar machen, das ist das Ziel eines Förderpreises, den die Vereinigung »offene Kirche« in diesem Jahr ausschreibt. Gesucht werden Personen, Gruppen oder Initiativen, »die in besonders eindrücklicher, prophetischer Weise die freimachende und Gerechtigkeit fordernde Botschaft der Bibel weitergeben«, heißt es in der Ausschreibung. Der Preis ist benannt nach dem couragierten Propheten Amos und mit 10.000 DM dotiert. Bewerbungsschluss ist der 1. Oktober 2000.

Kontakt: Offene Kirche, Geschäftsstelle Amos-Preis, Fritz Röhm, Spitzwegstraße 17, 70192 Stuttgart.

Friedenspreise

Der diesjährige Aachener Friedenspreis geht an die »Aktion Noteingang« in Brandenburg und an die Organisation zur Wiedereingliederung kriegstraumatisierter Kinder in Mosambik, »Reconstruindo a Esperanca«. Entsprechend der Zielsetzung des Aachener Friedenspreises wurden somit zwei Gruppen ausgezeichnet, die sich »von unten her« für Gewaltlosigkeit, Zivilcourage und Menschlichkeit einsetzen.

Die »Aktion Noteingang« ist ein in vielen Städten Brandenburgs etablierter loser Verband junger Menschen, die praktische Hilfe für rassistisch Verfolgte anbieten. Ladeninhaber, Discobesitzer und Gastronomen werden von Aktiven bewegt, durch Schilder an ihren Eingängen ihre Solidarität mit den Rassismusgegnern zu dokumentieren: »Aktion Noteingang: Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen.« heißt es auf den Schildern.

Der andere Preisträger, die Organisation »Reconstruindo a Esperanca«, versucht ehemalige mosambikanische Kindersoldaten mit einer Mischung aus westlicher Psychotherapie und afrikanischer Heilkunst zu behandeln und schließlich wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Man schätzt, dass etwa 10 000 Kinder in den langen Kriegsjahren Mosambiks zu Kriegshandlungen missbraucht wurden.

Mehr Geld für Rüstung

Die Rüstungsausgaben nehmen international wieder zu. Das stellte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in seinem jüngsten Jahresbericht fest. Weltweit werden nach Schätzungen 1,5 Billionen Mark pro Jahr für Rüstung ausgegeben. Das sei gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 2,1 %, gegenüber der Zeit der Hochrüstung Ende der 80er Jahre aber immer noch ein Drittel weniger. Weltmeister bei den Rüstungsausgaben sind gegenwärtig konkurrenzlos die USA, die für 36 % der internationalen Militärausgaben verantwortlich sind. Deutschland liegt nach den USA, Japan und Frankreich auf Platz vier.

34 Kriegsschauplätze

Insgesamt 34 Kriege zählten deutsche Friedensforscher im vergangenen Jahr weltweit, die meisten in Afrika, Asien und dem Vorderen Orient.

Gegen Gewalt in Brasilien

In 16 brasilianischen Städten fanden Anfang Juli Demos und Aktionen gegen die überbordende Gewalt in Brasilien statt. Die TeilnehmerInnen – Christen, Moslems und Juden, Parteivertreter, Unternehmer, Medienleute, Menschen aus dem Mittelstand und aus den Slums – trugen weiße Kleidung und nahmen an ökumenischen Gottesdiensten teil.

Brasilien steht in der weltweiten Gewalt- und Kriminalitätsstatistik ganz oben: 40 000 Morde wurden allein 1999 verübt. In den letzten beiden Jahrzehnten gab es insgesamt 578 000 gewaltsame Tötungen.

Absage an Wehrgerechtigkeit

»Künftig dienen nur 60 % der Wehrpflichtigen beim Bund, aber 100 % der Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst – und das 4 Monate länger.« Auf diese Formel bringt die Zentralstelle KDV ihre scharfe Kritik an den Planungen der rot-grünen Regierung zur Reform der Bundeswehr und der Wehrpflicht. Die Beschlüsse der Bundesregierung vom 14. Juni 2000 bedeuteten de facto eine Absage an das Prinzip der Wehrgerechtigkeit und die gesetzlich geforderte Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden, heißt es.

Verteidigungsminister Scharping, so die Kritiker der Zentralstelle, habe mit seinen »Eckpfeilern für die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf« der Öffentlichkeit »Sand in die Augen gestreut« und Falschungen verbreitet. Falsch sei unter anderem die Ankündigung, es würden alle Tauglichen einberufen werden und somit sei Wehrgerechtigkeit gewährleistet. Schon in der Vergangenheit seien pro Jahr mehr als 20 000 Verfügbare nicht einberufen worden, künftig werde sich die Quote derer, die um alles herum kommen, deutlich erhöhen. Minister Scharping wolle künftig nur 100 000 für den Grundwehrdienst einberufen, bei im Vergleich zu heute größeren Jahrgangsstärken. Nach Berechnungen der Zentralstelle werden in Zukunft mindestens 180 000 Wehrpflichtige für die Einberufung verfügbar sein, d. h. bei den angekündigten 100 000 Einberufungen müssten künftig nur noch 6 von 10 Wehrpflichtigen damit rechnen, tatsächlich gezogen zu werden.

Falsch sei auch die Ankündigung, 50 000 Wehrpflichtige würden durch geteilten Grundwehrdienst – 6 Monate plus später 3 Monate Wehrübungen – im Endeffekt auch auf 9 Monate Dienstzeit kommen. Für die Wehrübungen, so die Zentralstelle, seien aber nur 5000 Plätze ausgewiesen, not-

wendig wären 12 500. Dieses Missverhältnis beweise, dass von der Bundesregierung in der Praxis nur 6 Monate Grundwehrdienst eingefordert werden würden.

Eine Ungleichbehandlung gegenüber den Zivilisten seien schließlich die angebotenen Vergünstigungen für jene Wehrpflichtigen, die den 9-monatigen Wehrdienst wählen: Sie sollen ab dem 7. Dienstmonat erhöhten Wehrgeld erhalten und mehr Entlassungsgeld.

Auf die erwartete Schlechterstellung der Zivilisten will die Zentralstelle in einer Kampagne mit dem Titel »Aktion Zeitgewinn« hinweisen. Wehrpflichtigen wird dort geraten, sich nach dem Motto: »Abwarten und Tee trinken« zu verhalten, den KDV-Antrag erst dann zu stellen, wenn eine Einberufung sicher sei und gegebenenfalls das Risiko einer mündlichen Verhandlung auf sich zu nehmen. Ausführliche Infos zur Aktion im Internet unter www.dfg-vk.de/zentralstelle-kdv/reform05.htm.

Rückschau

zivil berichtete: ...

... in Ausgabe 4/99 (Blickpunkt »Kosovo«) über die Schwierigkeiten von Deserteuren und KDVern aus dem ehemaligen Jugoslawien, die auch im Ausland kaum Schutz finden. Im vergangenen Mai hat nun das Bundesinnenministerium diesen Kriegsgegnern prinzipiell asylrechtliche Anerkennung zugesprochen, »weil sie bei einer Rückkehr in die Bundesrepublik Jugoslawien besonders harte Bestrafung zu erfahren haben und die Gewährleistung fairer Verfahren ungewiss ist.« Diese Entscheidung bedeutet für die nach Deutschland geflüchteten Deserteure und KDVern, dass sie eine Aufenthaltsgenehmigung für zunächst zwei Jahre erhalten kön-

Good News

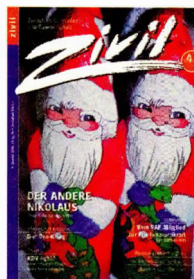
Hetzjournalist wird bestraft

Zum ersten Mal hat das Ruanda-Tribunal der Vereinten Nationen einen Journalisten wegen Aufwiegelung zum Völkermord bestraft. Der Italo-Belgier Georges Ruggin muss für 12 Jahre hinter Gitter, weil er sich mit seinen zahlreichen Anti-Tutsi-Hetzsendungen im ruandischen Privatradio RTLM an einem Genozid beteiligte, der 800.000 Menschen das Leben kostete. Der geständige Hetz-Moderator wird seine Haft vermutlich in Italien absitzen können.

Aus für Waffenmesse

In den Niederlanden soll es künftig keine internationale Waffenmesse mehr geben. Das hätten die Organisatoren der jährlich stattfindenden »International Training and Education Conference« zugesagt, heißt es in einem Brief von Ministerpräsident Wim Kok an niederländische Friedensorganisationen. Friedensgruppen hatten seit Jahren gegen die Waffenmesse protestiert, die in Den Haag sowie in Maastricht stattfand. Insbesondere in Den Haag mit seinem Friedenspalast, dem Sitz des Internationalen Gerichtshofes, sei eine solche Messe unpassend, argumentierten sie. Deutsche Waffenmesse-Städte wie Stuttgart oder Berlin könnten sich ein Beispiel nehmen.

nen. Asylanerkennung nach Artikel 16 Grundgesetz wird kaum möglich sein, da die Betroffenen in der Regel über einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind.

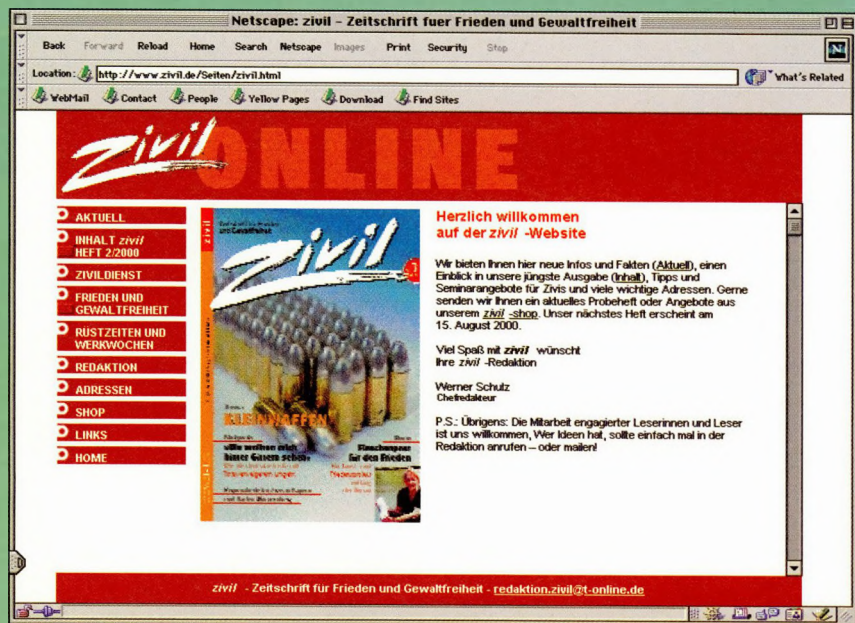


Nach wie vor leben sehr viele Deserteure des Kosovo-Krieges in Ungarn. Über ihr Schicksal dort berichtet die Initiative »Connection e.V.« in ihrem jüngsten Rundbrief sehr ausführlich. Kontakt: Connection e.V., Gerberstraße 5, 63065 Offenbach

... in Ausgabe 1/00 (Thema »Zivildienst 21«) über Zukunftsszenarien für den Zivildienst nach den angekündigten Reformen für die Wehrpflicht. Inzwischen hat das Bundesfamilienministerium eine Arbeitsgruppe etabliert, die sich mit den Folgen dieser Reformen für die Zukunft des Zivildienstes befasst. Nach Angaben des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Dieter Hackler, wird diese Arbeitsgruppe im September ihre Empfehlungen vorlegen. Nachdem sich die Bundesregierung für die Beibehaltung der Wehrpflicht entschieden hat, sei die Zeit der Spekulationen um den Zivildienst beendet, so Hackler. Die Bundeswehrplanung bedeute, dass der Zivildienst im Januar 2002 von 11 auf 10 Monate verkürzt werde und im übrigen »Planungssicherheit« hergestellt sei.



... in Ausgabe 2/00 (Thema »Nein zum Krieg«) über die wachsende Zahl der zivilen Opfer in den modernen Kriegen. Die Todesfälle unter den Zivilisten während des Kosovo-Krieges hat amnesty international (ai) in einem aktuellen Bericht genauer unter-



zivil ist jetzt auch im Internet zu finden. Adresse: www.zivil.de. Neben einem Überblick über die jeweils jüngste Ausgabe bieten wir u. a. neueste Infos (»aktuell«), Angebote aus unserem zivil-Shop oder interessante Links.

Termin

Zivi-Kongress

Am 21. November findet in Stuttgart der jährliche Zivi-Kongress für alle ZDL-Vertrauensmänner, Zivi-Sprecher und aktiven Zivis statt. Das Programm von 10-17 Uhr beinhaltet rechtliche Fragen, eröffnet Möglichkeiten zum Meinungsaustausch und stellt Szenarien über die Zukunft des Zivildienstes zur Diskussion, u. a. durch Gespräche mit den zivildienstpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen von SPD (Dieter Dzewas) und Bündnis '90/DIE GRÜNEN (Christian Simmert).

Kontakt: Pfarramt für KDV + ZDL, Haeberlinstraße 1-3, 70563 Stuttgart



sucht und sich dabei ausschließlich auf offizielle NATO-Aussagen gestützt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass 90 Angriffe der NATO gegen Zivilisten und zivile Ziele durchgeführt wurden, die schätzungsweise 500 unbewaffnete Menschen töteten. ai beklagt, dass gegen die Verantwortlichen bisher keine Maßnahmen eingeleitet wurden und fordert die Chefanklägerin des internationalen Strafgerichtshofes für das frühere Jugoslawien, Carla del Ponte, erneut auf: »Sie müssen jeden vor Gericht bringen, der unter Verdacht steht, für Kriegsverbrechen verantwortlich zu sein.«

... in Ausgabe 2/00 (Blickpunkt: »Bauern gegen Fast-Food«) über die Demontage einer McDonald's-Filiale durch französische Bauern. Am 30.

Juni standen in Millau 10 Mitglieder der Kleinbauerngewerkschaft »Confédération Paysanne« vor Gericht. Gegen ihren Sprecher José Bové beantragte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 10 Monaten, 9 davon auf Bewährung. Mit max. 3 Monaten auf Bewährung lag das für die anderen Angeklagten geforderte Strafmaß deutlich geringer. Die Solidaritätskampagne gegen Gen-Food und »globalisierten Einheitsfraß« hatte ihr Ziel erreicht, für die Prozessdauer die Einwohnerzahl von Millau zu verdoppeln: Mehr als 50 000 Demonstan-

tlinnen waren zur Unterstützung der Angeklagten angereist. Am 13. September wird die Strafkammer von Millau ihr Urteil verkünden.

Termine

■ 15.-17. September, Rostock:

»Sicherheit und atomare Abrüstung«

Eine Tagung über die Risiken atomarer Waffen und die Chancen atomarwaffenfreier Zonen. Tagungsort ist das als Bildungsschiff umgebaute ehemalige Lehr- und Frachtschiff MS »Georg Büchner« am Warnow Kai zwischen Rostock und Warnemünde.

Kontakt: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Gutenbergstraße 31, 44139 Dortmund; e-Mail: ines_nat@t-online.de.

■ 15.-17. September, Bad Herrenalb:

»Tolstoi – Moralist, Anarchist, Christ«

Auf der Suche nach glaubwürdigen Vorbildern für unsere Gegenwart können Tolstoi Schriften und Aktivitäten Orientierung und Ermutigung geben.

Kontakt: Ev. Akademie Baden, Fax 0721/9175-350, Tel.-358

■ 10.-12. November, Bad Herrenalb:

»Kneifen – Kämpfen – Kooperieren«

Ein Seminar über konstruktives Konfliktmanagement.

Kontakt: Ev. Akademie Baden, Fax 0721/9175-350, Tel. 9175-358

■ 3.-5. November, Hofgeismar:

»Mediation – zwischen alternativer Streitkultur und Marktorientierung«

Mediation, die Arbeit für einvernehmliche Lösungen in Streitfällen, ist eine relativ neue, aber stark boomende Dienstleistung. Mediatoren und Marketingfachleute stehen bei dieser Tagung zur Verfügung.

Kontakt: Ev. Akademie Hofgeismar, Tel. 05671/881-0, Fax 05671/881-154

■ 22.-24. September, Hofgeismar:

»Versöhnung – Perspektive der Menschenrechte?«

Was ist nach dem Ende der Gewalt? Wie ist gesellschaftliches Zusammenleben weiterhin möglich? Kann es Versöhnung – etwa zwischen Folterern und Opfern – überhaupt geben?

Kontakt: Ev. Akademie Hofgeismar, Tel. 05671/881-0, Fax -154

■ 26.-29. Oktober, Bebra:

»Alles ist erlaubt, was nicht verboten ist! – Theater als Provokation«

Das Konzept »Theater der Unterdrückten« des Brasilianers Augusto Boal wird vorgestellt, u.a. mit dem Schauspieler Alfons Kujat von der »Berliner Compagnie«.

Kontakt: Oekumenischer Dienst, Mittelstraße 4, 34474 Diemelstadt, Fax 05649/1532, <http://home.t-online.de/home/shalomdiakonot>

■ 27.-29. Oktober, Bochum: »Men-

schenrechte für BlumenarbeiterInnen«

Ein Seminar zu den Hintergründen der Blumenproduktion und den Chancen und Effekten des »Flower-Label-Programms«, das Menschenrechte und Umweltstandards schützen will.

Kontakt: FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne, Fax 02323/490018

■ 27.-29. Oktober, Hannover:

»Pazifismus heute«

Was heißt »Pazifismus«? Gibt es Situationen, wo es ohne Gewalt nicht geht? Welche Handlungsstrategien bieten sich ohne Gewalt? Eine Tagung des Bundes für soziale Verteidigung.

Kontakt: BSV, Ringstraße 9a, 32427 Minden

■ 14. September, München: Schuh-

pyramide gegen Landminen, Marienplatz (sowie in weiteren Städten Europas am 16.9.)

Kontakt: c/o Eva Maria Fischer, Tel. 089/13039800, Fax 089/13039801, e-Mail: himunich@compuserve.com

■ 1. Oktober, Kleine Brogel (Belgien):

»Fotosession gegen Atomwaffen«

Hobbyfotografen und Filmer sind eingeladen, den Atomwaffenstützpunkt Kleine Brogel in Belgien zu »inspizieren«. Aufgerufen wird von den Friedensgruppen »For Mother Earth« und »Forum voor Vredesaktie«, die in den vergangenen Monaten mehrfach gewaltfreie direkte Aktionen am Stützpunkt durchgeführt haben. Vom 27. 9.–1. 10. wird ein Zeltlager mit Programm und Aktionen organisiert.

Kontakt: www.motherearth.org, Tel. Hans Lammerant 0032/2-648-7583



Ökumenische Friedensdekade

Zum 21. Mal findet in diesem Jahr die Ökumenische Friedensdekade statt. »Frieden stiften. Die Bibel« lautet das programmatische Motto. Während den 10 Tagen vom 12. bis 22. November 2000 werden zahlreiche Gruppen, Initiativen und Kirchengemeinden aktiv und kreativ sein, um mit Veranstaltungen, Gottesdiensten, Diskussionen und Gebeten Frieden zu stiften. Wie immer steht zur Dekade umfangreiches Material in Bild und Text zur Verfügung.

Eine Bestellkarte findet sich im Internet unter www.friedensdekade.de oder ist anzufordern bei: Knotenpunkt e.V., Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück, Tel. 06762/2261.





Leserbriefe bitte nur an folgende Adresse senden: Redaktion zivil, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart oder an redaktion.zivil@t-online.de

Anonyme Leserbriefe werden grundsätzlich nicht abgedruckt. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Betr.: zivil 2/00, Recht, »BAZ stellt Geheimdokument ins Internet«

Liebe Redaktion, die Möglichkeit den Leitfaden online zu durchstöbern ist eine gute Sache. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, dass eine extrem bürokratische Personalabteilung oftmals am längeren Hebel sitzt, wenn es um wichtige Dinge wie, nicht zuletzt, natürlich das Geld geht. Zu allem Überfluss muss der Zivi, wenn er Einsicht in den Leitfaden haben will, dies über das Personalbüro erledigen, was meiner Ansicht nach unangenehm ist. Schwierig stellt sich auch der Weg übers Telefon heraus, da der richtige Ansprechpartner erst gefunden werden will. Ein Online-Leitfaden ist hier genau das richtige!!!

Mfg, Thorsten Theisen, Neukirchen-Vluyn

Betr.: zivil 2/00

Ihre Aufbereitung des Kosovo-Krieges verschafft Standpunkten eine Öffentlichkeit, die sich ansonsten in den deutschen Medien – erschreckenderweise – kaum je finden! Großes Lob!

Christian Hönn, Frankfurt

Immer so schön kritisch bleiben, sowohl an Staat als auch an Kirchenobrigkeit!

Stefan Reschat, Radebeul

Lob: 1. franz. Bauer gegen Fast-food. 2. man nannte sie »Comfort Women« in dieser Ausgabe fand ich sehr interessant und zweitens erschreckend.

Thomas Ruckelshausen, Pfungstadt

Schön, dass wir diesmal eine Seite lesen können, die einen aktuellen Bezug zum Kirchenjahr (Pfingsten) hat.

Christoph Rohde, Frielendorf

Weiter so, ich finde Eure Zeitschrift im Gegensatz zu meiner Arbeit, bzw. Dienststelle sehr gut.

Sebastian Amenda, Hamm

Ich wollte Euch bloß danken, dass ich zivil einfach so bekomme, weil es echt die beste Zivizeitung ist. (Erscheint bloß zu selten.)

Peter Allertz, Coswig

Informativ und sachlich und trotzdem lockerer, ansprechender Stil. Weiter so!

Chr. & B. Horstkötter, Langen

Fundsachen

Benefiz-Killer?

»Wir haben sie anerkannt, weil wir Ihnen glauben, dass Sie nicht töten können – auch nicht für einen guten Zweck.«

Kommentar des Vorsitzenden eines Ausschusses für Kriegsdienstverweigerung in Hamburg

Mehr Jesus, mehr Marx

Franz Alt: »Sie haben in einem Interview gesagt, die sozialistischen Ideen von Jesus von Nazareth werden Zukunft haben. Was meinen Sie damit?«

Michail Gorbatschow: »Brüderlichkeit, Freiheit, Gerechtigkeit. Davon bin ich fest überzeugt. Wenn Sie das nicht glauben, dann müssen Sie Jesus und Karl Marx lesen, beide wurden verkannt und falsch verstanden. Wir brauchen mehr Jesus und mehr wirklichen Karl Marx. Jesus und Marx sind die wichtigsten Ideengeber unserer Zeit. Wir sind nur Ausführer.«

Aus einem Interview von Franz Alt mit Michail Gorbatschow

Die anderen Seiten unserer Erde.



EineWelt

Magazin aus Mission und Ökumene

- »EineWelt« ist die Zeitschrift, die den **anderen Blick** wagt.
- Die den Menschen der Dritten Welt **von Angesicht zu Angesicht** begegnet:
- In **Reportagen, Hintergrundberichten und Interviews** aus dem Leben von Christen und Kirchen in der Ökumene, über Mission, Entwicklung, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

THEMEN FRÜHERER HEFTE:



Konflikt in Westafrika: Mauretaniens unerklärter Krieg
Simbabwe: Mobile Videoarbeit verändert das Dorf
Deutschland: Kirchen im Osten - krank geschrumpft?



Schwerpunktheft Korruption
Nepal: Geldgier frisst Demokratie
Hintergrund: Korruption - gefährliches Schmiermittel
Südafrika: Theater gegen Gewalt



Mali: Das Geheimnis der Dogon-Berge
Indien: Wassernotstand in T-Shirt-Town
Brasilien 500 Jahre: »Wir sind alle Indianer«

IN DEN NÄCHSTEN HEFTEN:

- 3/2000 Schwerpunkt **Kolumbien;** **Namibia** zehn Jahre nach der Freiheit
- 4/2000 Themenheft **Samoa**
- 5/2000 **Indien:** Magic Train

Die anderen Seiten gleich bestellen:

Ja, ich bestelle »EineWelt« ab der nächsten Ausgabe für mindestens ein Jahr (6 Hefte) zum Preis von z.Zt. DM 21,- (incl. Versand). Das Abonnement gilt solange, bis ich es schriftlich kündige. Eine Kündigung kann jederzeit, spätestens jedoch sechs Wochen vor Ablauf der Bezugszeit erfolgen.

Name _____

Straße/Nr. oder Postfach _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ 1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zehn Tagen beim Leserservice »EineWelt«, Missionshilfe Verlag, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg schriftlich widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel). Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Leserservice EineWelt, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg

»Die wollten mich hinter Gittern

Totalverweigerer riskieren für ihren gewissenbedingten Ungehorsam gegenüber dem Staat bis zu fünf Jahre Haft. Doch die Front der Hardliner unter den Richtern bröckelt, viele sehen die Wehrpflicht als Auslaufmodell



Olaf Szcsepansky und sein Anwalt Wolfgang Kaleck im Amtsgericht Tiergarten am 27.4.2000. Foto: Kaufmann

Von Tobias Kaufmann

Einest Morgens holten ihn die Feldjäger. Es war im Januar 1999, gut zwei Monate, nachdem der Wehrpflichtige Olaf Szcsepansky seinen Wehrdienst beim II. Panzerbattalion in Lehnitz (Brandenburg) hätte antreten sollen. Er war nicht hingegangen. Nicht, weil er vor dem Krieg, dem »Ernstfall«, Angst hatte. Dass er sich vor irgend etwas drücken wollte, diesen Eindruck macht Szcsepansky ganz und gar nicht. Im Gegenteil. Er hätte es bequemer haben können. Die zehn Monate irgendwie abreißen oder sich einen der bequemerer Zivi-Jobs suchen ..., vieles wäre sicher angenehmer gewesen, als jetzt auf der Anklagebank des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten zu sitzen. Links von ihm eine Richterin, die im Kasernenhof-Ton Fragen an sein Gewissen stellt und gegenüber eine Staatsanwältin, die eine Frei-

heitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung durchsetzen will. Ihnen und der Handvoll Sympathisanten auf den Bänken liest Szcsepansky eine Erklärung vor: Er habe sich der Wehrpflicht widersetzt, »weil sie einen absoluten Zwangsdienst darstellt, den ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann.« Er sei Pazifist und er lehne Zwang ab. Instinktiv und rational, weil er bei seiner Erzieher-Ausbildung gelernt habe, dass man mit Zwang bei Kindern nichts erreicht. Eine einfache Feststellung, aber nach dieser Erkenntnis zu leben, hat Olaf Szcsepansky eine Menge Ärger eingebracht.

Arrestzellen ohne Strom

Nachdem die Polizei ihn in der Wohnung seiner Eltern aufgestöbert hatte, ging es in eine Berliner Kaserne, später wurde Szcsepansky mitten in der Nacht nach Potsdam transportiert und der Wache zugeteilt, schließlich vor das Truppendienstgericht geschleift, nachdem er sich geweigert hatte, auch nur seine Uniform in Empfang zu nehmen. 63 Tage verbrachte er in drei verschiedenen Kasernen in Disziplinararrest. 63 mal 23 Stunden in zwei mal drei Meter großen Zellen, in denen morgens die Pritsche hoch geklappt wurde. Täglich eine Stunde Ausgang in Begleitung, dreimal wöchentlich Besuchserlaubnis für eine Stunde. Den Rest der Zeit saß Szcsepansky herum, in Zellen ohne Strom. Der Lichtschalter war außen. Am meisten hat ihn jedoch getroffen, dass er in der Kaserne als gewalttätig und selbstmordgefährdet eingestuft und entsprechend behandelt wurde.

Szcsepansky beschreibt diese Erfahrungen vor Gericht auffallend leise, merklich immer noch mehr geschockt als trotzig. Auf die Staatsanwältin macht das keinen Eindruck. So sei nun mal das Gefängnis, und »auch hier nebenan im Untersuchungsgefängnis haben viele Zellen keinen Strom.« Das ist der Moment, in dem Szcsepanskys Anwalt Wolfgang Kaleck seine betonte Zurückhaltung verliert. Er ist einer der knapp zehn Verteidiger in ganz Deutschland, die sich für Totalverweigerer einsetzen. Die miserablen Bedingungen unter denen in Berlin Menschen in

Gesetze

Zustellung, Vorführung und Zuführung: »Bei Wehrpflichtigen, die der Erfassung, der Musterung, der Prüfung der Verfügbarkeit, der Eignungsprüfung oder auf eine Aufforderung der Wehersatzbehörde, sich persönlich zu melden, unentschuldig fernbleiben, kann die Vorführung angeordnet werden (...) Die Polizei kann ersucht werden, Wehrpflichtige, die ihrer Einberufung unentschuldig nicht Folge leisten, dem nächsten Feldjäger-Dienstkommando zuzuführen.«
(§ 44, Abs. 2-3 Wehrpflichtgesetz)

Fahnenflucht: »Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt, um sich der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes zu entziehen oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses zu erreichen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.«
(§ 16, Abs. 1 Wehrstrafgesetz)

»Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.«
(§ 51 Wehrpflichtgesetz)

sehen«

Vierorts gelten Totalverweigerer der Justiz als Staatsfeinde – entsprechend groß ist das Polizeiaufgebot, wie hier beim Prozess gegen einen Verweigerer vor dem Amtsgericht Amberg, den am 14.4.99 etwa 50 Polizisten absicherten. Fotos: zivil/W. Schulz



U-Haft sitzen, für die noch immer die Unschuldsvermutung gilt, seien rechtswidrig und überhaupt kein Argument für ebenso rechtswidrige Maßnahmen bei der Truppe. Kaleck streicht mit einer energischen Handbewegung eine widerspenstige Haarsträhne aus dem Gesicht und schimpft: »Der Arrest war illegale Freiheitsberaubung.« Schließlich habe sein Mandant von vornherein klargemacht, dass er den Wehrdienst grundsätzlich ablehne. Disziplinararrest sei aber nur erlaubt, wenn dadurch eine Verhaltensänderung des Soldaten zu erwarten sei. Die



Tilman Heller (25), 5 Monate Gefängnis, ohne Bewährung
Foto: Kaufmann

Richterin lässt nicht erkennen, ob sie Kalecks Auffassung teilt. Sie fragt statt dessen weiter. Wenn ihn

die Haft so belastet habe – »warum haben Sie denn dann nicht einfach einen KDV-Antrag unterschrieben, Herr Szcepansky?« In diesem Fall wäre er sofort frei gewesen, doch Zivildienst kam nicht in Frage. »Als Zivildienstleistender stütze ich letztlich das Zwangssystem, im Kriegsfall halten Zivildienstleistende die Wehrfähigkeit aufrecht: in der Industrie, im Lazarett, beim Nachschub«, antwortet Szcepansky.

schließlich zuallererst politisch bedingt und für konservative Richter und Staatsanwälte bleibt Totalverweigerung ein Verbrechen, nicht nur, weil sie angeblich die Rechtsordnung bedroht. Viele nehmen den Angeklagten schlicht ihre Gewissensentscheidung nicht ab. »Das einzige, was sie verweigern wollen, ist der Dienst an einem alten Menschen«, musste sich Til-



»Wenn ich zum Beispiel in Berlin in der Unfallklinik Zivi gewesen wäre, hätte es passieren können, dass ich einen verwundeten amerikanischen Soldaten aus dem Kosovo-Krieg hätte pflegen müssen. Genau das aber lehne ich ab.« Ein unglückliches Beispiel, weil es inhuman klingt, und die Staatsanwältin nimmt es wie erwartet übel, hackt in ihrem Schlussplädoyer mehrfach darauf herum. Mit Rechtssätzen hat auch dieser Prozess wenig zu tun, um so mehr mit Politik und persönlicher Meinung. Dass sich an dem harten Vorgehen gegen Totalverweigerer bei der Bundeswehr auch unter Verteidigungsminister Scharping nichts geändert hat, ist

Nichts Kriminelles

»Totalverweigerer, die für ihre Überzeugung harte Strafen in Kauf nehmen, bedeuten für eine Rechtsordnung eine schwierige Bewährungsprobe. Ein



Dr. Helmut Simon, ehemaliger Bundesverfassungsrichter. Foto: zivil/W.Schulz

Gemeinwesen, das in seiner Verfassung die Menschenwürde für unantastbar und die Gewissensfreiheit als unverletzlich bezeichnet, darf dieser Herausforderung nicht ausweichen. Mich bedrückt, wie schlecht meine Generation bislang mit dieser Herausforderung umgegangen ist. Das ist um so beschämender, als die Zahl der Totalverweigerer nur gering ist und ihr Verhalten nichts Kriminelles an sich hat.«

→ man Heller sagen lassen, ein anderer Berliner Totalverweigerer. In erster Instanz war er im September '98 zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Ohne Bewährung, was normalerweise nur bei Serientätern und schweren Verbrechen geschieht. Der Grund: Da Heller dargelegt habe, er würde einer hypothetischen erneuten Einberufung ebenfalls nicht folgen, sei er ein potentieller Wiederholungstäter. Eine groteske Argumentation, die die BILD-Zeitung nicht davon abhielt, Heller, damals noch Mitglied des Landesvorstands der Grünen, tags darauf in der Rubrik »Verlierer« abzudrucken. Weil er ein schlechtes Vorbild sei. Sympathien erleben Totalverweigerer nur selten, und »in« ist ihre Haltung schon gar nicht. Insgesamt 100 bis 150 Prozesse, so schätzen die Totalverweigerer-Initiativen in Frankfurt und Berlin, gibt es in Deutschland pro Jahr. 30 bis 40 Fälle sind den Initiativen namentlich bekannt, der Rest ist geschätzte Dunkelziffer.



Foto: zivil/W. Schulz

Tendenz zu milderen Strafen

Dass seine Mandanten Gefahren für die Rechtsordnung sein sollen, ganz so, als seien sie notorische Anarchisten, denen es nicht um den Frieden geht, sondern darum, sich grundsätzlich allem zu widersetzen und aus Prinzip bei rot über die Ampel zu latschen, kann Anwalt Kaleck nicht nachvollziehen. Er fliegt mehrmals im Jahr nach Argentinien, wo er mit Kollegen die Verbrechen der früheren Militärdiktatur vor Gericht bringt. Da hat er kein Verständnis dafür, wenn ein demokratischer Staat junge Bürger wegen eines – aus seiner Sicht – einfachen Ungehorsams in Haft setzt, vor allem, wenn es den Wehrdienst betrifft: »Ein Auslaufmodell, dem ich noch vier Jahre gebe.« Kaleck hat mit seinem Mandanten Volker Wiedersberg im März '99 erreicht, dass ein Potsdamer Landesrichter die Wehr-

pflicht als verfassungswidrig angesehen hat, nachdem er sich wochenlang mit der Materie befasst hatte (zivil Nr. 2/99). Auch wenn sich diesem Spruch, den das Bundesverfassungsgericht seitdem mit offenem Ergebnis prüft, bisher kein einziges deutsches Gericht angeschlossen hat, beobachtet Kaleck in seinen Prozessen seitdem eine Tendenz zu milderen Strafen. »Viele Richter erkennen an, dass die Wehrpflicht keine Zukunft hat und dass sie mit jeder Wehrdienstverkürzung, bei der immer mehr Männer per Zufallsentscheidung gar nicht mehr eingezogen werden, ungerechter und damit potenziell rechtswidriger wird.« Diese Erkenntnis hat sich anscheinend jedoch nur im Norden der Republik durchgesetzt, unterhalb des »Weißwurst-Äquators« gehen Totalverweigerer noch immer ins Gefängnis. »Mir hat ein Staatsanwalt in Dresden einmal gesagt, dies sei ein hin-

zunehmendes regionales Gefälle«, erzählt Kaleck.

Insofern hat Tilman Heller Glück gehabt, dass er nicht in Bayern wohnt und dass auch in Berlin zunehmend Geldstrafen für Totalverweigerer verhängt werden. In der Berufungsverhandlung wurde das erste Urteil einkassiert und mit 3000 Mark Geldstrafe deutlich entschärft. Die Staatsanwaltschaft, von der Heller sicher war, sie wolle ihn »hinter Gittern sehen«, hat inzwischen auf eine Revision verzichtet.

Für Olaf Szczepansky dagegen geht der Kampf weiter. Die Richterin hat ihn schuldig gesprochen; wegen Fahnenflucht gemäß Paragraph 16 Wehrstrafgesetz. Da die Arrest-Tage bei der Bundeswehr angerechnet wurden, blieb eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu zehn Mark. Ein mildes Urteil. Zu mild für die Staatsanwaltschaft. Sie hat Berufung eingelegt.

Gerechte Strafe?

Kriegsdienstverweigerer werden oft härter bestraft, als illegale Waffenhändler oder Menschen, die zum Mord anstiften.

- | | | |
|--|--|--|
| <p>Juni 1997, Landgericht Hildesheim: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Heiko T. wegen Fahnenflucht. Begründung des Richters für den Bewährungsausschluss: »Gefährdung der Disziplin der Truppe«.</p> | | <p>April 1997, Schöffengericht Neustadt: 10 Monate Gefängnis auf Bewährung und 5000 Mark Geldbuße gegen einen Kaufmann, der Kriegswaffen im Gesamtwert von 24 Millionen US-Dollar in die Türkei und nach Aserbeidschan verkaufen wollte. Das eingeleitete Geschäft konnte von der Justiz verhindert werden.</p> |
| <p>Juni 1997, Amtsgericht Berlin-Tiergarten: 11 Monate Gefängnis ohne Bewährung gegen den Totalverweigerer Christof H. wegen Fahnenflucht und dreimaliger Befehlsverweigerung.</p> | | <p>März 1996, Landgericht Mannheim: 2 Jahre Gefängnis auf Bewährung gegen einen Landwirt wegen versuchter Anstiftung zum Mord. Der Mann hatte zwei Killer engagiert und ihnen 110 000 Mark für die Ermordung seiner Ehefrau bezahlt. Zu dem Mord kam es nicht.</p> |
| <p>April 1999, Amtsgericht Amberg: 9 Monate Gefängnis auf Bewährung gegen den Totalverweigerer Jörg E., nachdem dieser bis zu seiner Gerichtsverhandlung bereits 5 1/2 Monate in Untersuchungshaft saß.</p> | | <p>März 1999, Landgericht Mannheim: Bewährungsstrafe von 14 Monaten und Geldbuße von 75 000 Mark gegen den Geschäftsmann Hans-Rudolf K. wegen verbotener Waffenlieferungen an den Irak. Der Mann hatte Teile für irakische Scud-Raketen herstellen lassen und ausgeliefert und in insgesamt 10 Fällen gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen.</p> |

W. Sch.

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger:
Trägerverein EAK e.V.,
Carl-Schurz-Straße 17,
28209 Bremen

Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider,
Speyer (leitender Redakteur);
Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:
Günter Knebel, Bremen;
Hans Seydel, Frankfurt;
Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:
Redaktion **zivil**,
Werner Schulz, Rosen-
bergstr. 45, 70176 Stuttgart,
Tel. 07 11/636 82 14,
Fax 07 11/636 90 09
redaktion.zivil@t-online.de
http://www.zivil.de

Vertrieb:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik, GEP
Vertrieb **zivil**, Postf. 500550,
60394 Frankfurt.

Anzeigen:
Burkhard Rodmann (V.i.S.d.P.),
Rodmann & Partner, Kommuni-
kation und Media-Service,
HDV, Woldsenweg 14,
20249 Hamburg,
Tel. 040/48 75 76,
Fax 040/480 44 12
M-Tel. 0171/5 21 23 28
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 2
vom 30.09.99

Das Jahresabonnement (zur
Zeit 4 Hefte) kostet DM 16,-
einschl. Versand. Abonne-
ment-Bestellungen bitte nur
mit dem Bestellabschnitt im
Heft. Bei Umzug bitte Nach-
richt an den Vertrieb mit alter
und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter
Leser (insbesondere von
KDVern und ZDL) und LeserIn-
nen durch Artikel, Leserbriefe,
Fotos, Karikaturen u.ä. ist
erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge sind nicht in jedem
Fall identisch mit der Meinung
der Redaktion. Besprechung
unverlangt zugesandter
Bücher und Schallplatten kann
nicht garantiert werden.

Grafik, Satz und Repro:
Windhueter GmbH, Heinkel-
straße 27, 73614 Schorndorf
Druck und Verarbeitung:
Schnitzer Druck, Fritz-Klett-
Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugs-
weise, nur mit Genehmigung
der Redaktion (wird gern er-
teilt). Von einzelnen Beiträgen
oder Ausschnitten von ihnen
dürfen Kopien für den per-
sönlichen oder sonstigen
Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

Get it now!

www.zivil-im-dienst.de

Bestell-Hotline:
0172-3182195
auch mit SMS!

Bestell-Fax 069-791213313



Bitte schicke uns (für DM 6,- Porto)

Stück _____ Shirts Größe _____

Stück _____ Shirts Größe _____

Lieferung gegen Rechnung oder
Nachnahme. Bestelladresse:
"Zivi im Dienst" Tobias Rothenberger,
Krumme Str. 70, 10627 Berlin

KDV-Gesetz in Israel gefordert

Von Günter Knebel

In Israel herrscht Wehrpflicht: Frauen leisten zwanzig Monate, Männer drei Jahre Grundwehrdienst, meist folgen dann noch während mehrerer Jahre Wehrübungszeiten. Eine gesetzliche Regelung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV) existiert nicht. Zwar werden Frauen, die Gewissensbedenken gegen Militärdienst geltend machen, und orthodoxe Juden, die den Militärdienst wegen religiöser Vorbehalte ablehnen, von der Wehrpflicht ausgenommen – das alles aber geschieht bisher nicht auf einer gesetzlichen Grundlage. Diese unbefriedigende Regelung, die noch aus Israels Gründerzeit stammt, sorgt mit wachsender Zahl solcher Ausnahmen seit Jahren heftig für Diskussionsstoff. Anfang Juli 2000 ist von der orthodoxen Schas-Partei ein Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht worden, der das Freistellungs-Privileg der Ultra-Orthodoxen künftig gesetzlich regeln soll – zur Empörung säkularer Israelis, die darin eine himmelschreiende Ungerechtigkeit sehen und dagegen u.a. mit Hungerstreiks protestiert haben. Weniger medienpräsent, aber dennoch vorhanden, ist der Aufruf einer neuen Initiative friedensbewegter Frauen und Männer, die sich dafür einsetzen, dass Kriegsdienstverweigerer künftig nicht mehr nach inquisitorischer Befragung durch Militärbehörden wegen »psychischer Untauglichkeit« ausgemustert werden. Ein solcher militärisch-psychologischer Befund wird als »24er Profil« bezeichnet und hat neben einer diskriminierenden, monatelangen Untersuchungs- und Befragungsprozedur zur Folge, dass der Betroffene keinen Führerschein erwerben kann, nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt wird oder bestimmte Berufe, wie z. B. den des Rechtsanwalts, nicht ausüben darf. Deshalb setzt sich die Initiative unter dem treffenden Namen »neues Profil« (new profile) für die gesetzliche Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung ein. Etwa 150 Personen, darunter auch Mitglieder der israelischen Vereinigung der KDVer, unterstützen die Initiative, die sich als Bewegung für ein ziviles Israel versteht. Sie solidarisieren sich gegenwärtig u.a. mit dem Wehrpflichtigen Yinnon Hiller, der sich seit Januar als Pazifist seiner Einberufung zum Militärdienst widersetzt. Er hofft, auf dem Rechtsweg seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erstreiten zu können und bietet in diesem Zusammenhang an, einen zivilen Alternativdienst von der Dauer des Mi-

litärdienstes abzuleisten. Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EB-CO) hat seine Mitgliedsorganisationen zu internationaler Solidarität aufgerufen. Der Vorsitzende der bundesdeutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) hat an Yinnon Hiller für den Rechtsweg durch die Instanzen eine Solidaritätsadresse übersandt, mit der an die einschlägigen Empfehlungen internatio-

ner Gremien zugunsten des Menschenrechts Kriegsdienstverweigerung erinnert wird. Zur Zeit ist Yinnon Hiller, und mit ihm weitere bekannt gewordene Kriegsdienstverweigerer, dem einschlägigen Anhörungsverfahren ausgesetzt, aber sein Einberufungstermin ist auf Ende des Jahres verschoben. Vielleicht kann die aktuelle Diskussion über Wehrungerechtigkeit in Israel helfen, dort endlich auch das Freiheitsrecht zur Militärdienstverweigerung durchzusetzen. Dem Friedensprozess in dieser waffenstarrenden Dauerkrisen-Region könnte ein freiheitliches Recht auf »Gewaltverzicht von unten« sicher nur guttun.

Friedensfest statt Militärparade Umstrittener Streitkräftetag in Barcelona

Von Friedhelm Schneider

Seit dem Ende der 70er Jahre wird in Spanien der »Tag der Streitkräfte« mit einer großen Militärparade begangen. Nach vier Jahrzehnten Militärdiktatur sollte diese Veranstaltung ursprünglich die Volksnähe der demokratischen Armee demonstrieren. In jüngerer Zeit dient der Militäraufmarsch besonders als Werbeträger für die Berufsarmee, die ab 2002 die bisherige Wehrpflichtigentruppe ersetzen soll.

Als die Zentralregierung in Madrid bekannt gab, die diesjährige Militärparade werde am 27. Mai in Barcelona stattfinden, kam es zu einem unerwartet heftigen Sturm der Entrüstung. Die politische Vertretung Kataloniens sah sich übergangen. Die regionale Friedensbewegung kritisierte die Militärschau als Affront gegen ein ziviles Katalonien, das seit Jahren an der Spitze der spanischen KDV-Statistik steht. Dass eine nationale Truppenparade ausgerechnet im UNESCO-Jahr für eine Kultur des Friedens stattfinden sollte, war Gegenstand weiterer Proteste. Von der Nachbarschaftshilfe bis zur politischen Partei schlossen sich mehr als hundert Organisationen zu einem breiten Bündnis sozialer Bewegungen gegen den Tag der Streitkräfte zusammen. Eine Woche vor der Veranstaltung demonstrierten

Plakataufrufe zur Demo gegen die spanische Truppenparade



Fotos: zivil/Schneider

Zehntausende BürgerInnen friedlich gegen das geplante Armeespektakel. Weiße Tücher an Fenstern und Balkonen machten auf die bevorstehende militärische »Besetzung« Barcelonas aufmerksam. Schon im Vorfeld des Streitkräftetages



führte die Vielzahl der Proteste zu einer Korrektur der anfänglichen Planungen: Um jede Erinnerung an den Einmarsch der Franco-Truppen in Barcelona (1939) zu vermeiden, wurde die Wegstrecke der Militärparade an den Stadtrand verlegt, auf das Mitführen schwerer Waffen und die Demonstration von Luftkampfübungen wurde verzichtet. Durch das abgespeckte »Defilé light« ließen sich schließlich 20 000 ZuschauerInnen anlocken, die teilweise mit Militärbussen von außerhalb zum Ort des Geschehens transportiert wurden. Auf weit größeres Interesse der Bevölkerung stieß eine zivile Veranstaltung zur Kultur des Friedens: Als Alternative zur Militärparade hatten die Protestgruppen ein Friedensfest organisiert, das im Park der ehemaligen Zitadelle von Barcelona den Zuspruch von 40 000 TeilnehmerInnen fand.

Im Parlament von Madrid hatten die Auseinandersetzungen um die Truppenparade in Barcelona ein Nachspiel: Man beschloss, am Tag der Streitkräfte künftig keine Militärparaden mehr durchzuführen.

zivil -Thema

KLEINWAFFEN



Durch Rückkaufprogramme versuchen viele Regierungen und auch die UN bei Friedensmissionen die Zahl der kursierenden Waffen zu reduzieren. Wer seine Waffe abgibt, erhält im Gegenzug Geld oder Naturalien. Auf unserem Foto werden Waffen in Australien verschrottet, die von der Regierung zurückgekauft wurden, insgesamt 600 000 Stück.
Foto: ap

Kleinwaffen, das hört sich harmlos an. In Wahrheit aber ist mit dem Begriff Kleinwaffen eines der weltweit größten Probleme markiert. Es geht tatsächlich um »Massenvernichtungswaffen«, denn Kleinwaffen verursachen 90 % aller Kriegsoffer von heute. Es geht um etwa 500 Millionen Stück militärisches und etliche Millionen Stück ziviles Schießgerät, das über die gesamte Erdkugel verteilt ist.

Und es geht um ein blutiges Milliardenengeschäft, das zu einem großen Teil ähnlich dunkel wie der Drogenmarkt funktioniert und letztlich auch nur durch internationale Zusammenarbeit zu bekämpfen ist.

Friedensorganisationen aus verschiedenen Staaten haben diesen Kampf aufgenommen und bringen das Thema in die öffentliche Diskussion.

Ein erster, hoffnungsvoller Erfolg könnte ein Beschluss der Außenminister der sieben führenden Industrienationen vom 12. Juli dieses Jahres sein, die in einer gemeinsamen Initiative den unkontrollierten Handel mit Kleinwaffen eindämmen und die Wiedereingliederung von Kindersoldaten fördern wollen. Noch sind diese Vorschläge nicht mehr als Absichtserklärungen, aber durch kontinuierliche und qualifizierte Lobbyarbeit könnte es der internationalen Zivilgesellschaft gelingen, einen ähnlichen Erfolg wie bei der Anti-Minen-Kampagne zu erzielen und effektive Abrüstung durchzusetzen.

W. Sch.



Ausführliche Informationen und den Verleih einer Ausstellung zum Thema Kleinwaffen bietet die Kampagne »Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen«, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden

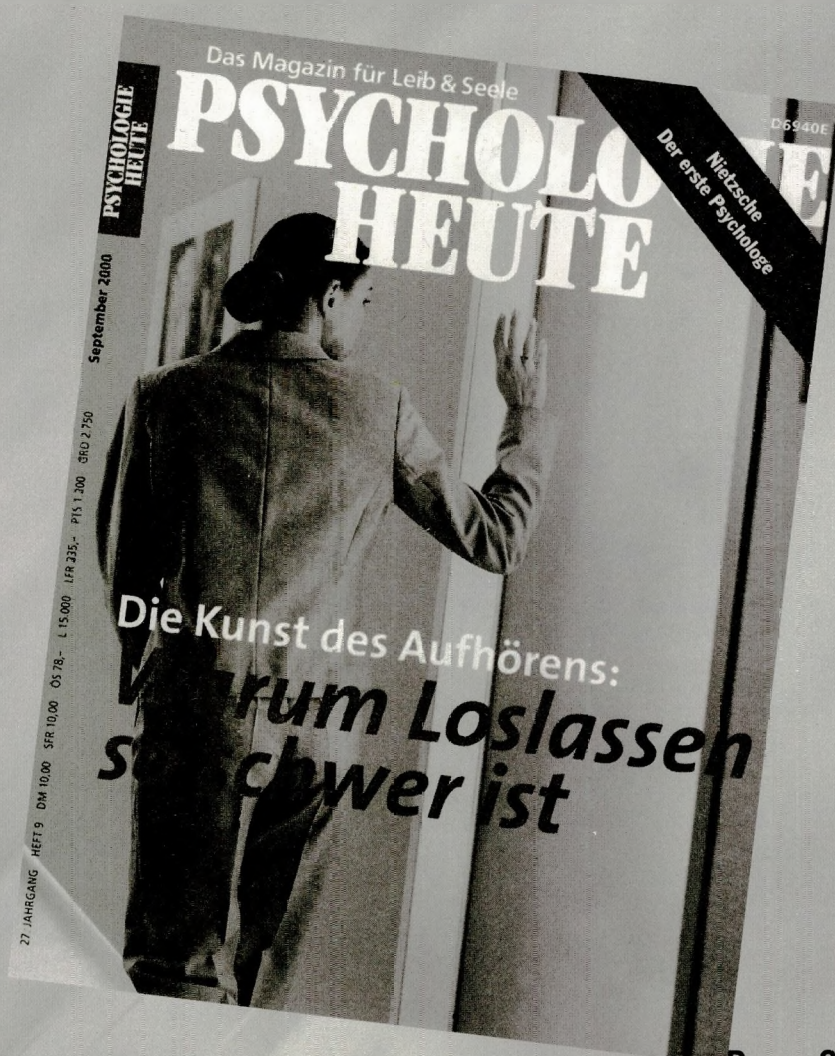
IM SEPTEMBER-HEFT:

Loslassen heißt: Intensiver leben

Kinder und Geld: Ein schwieriges Verhältnis

Nach dem Seitensprung: Ende oder Wende?

Hoch begabte Kinder sind sehr normal!



Das September-Heft
erhalten Sie am 9. August

AM KIOSK

Was sind eigentlich Waffen?

zivil fragte den Fachmann

Von Werner Schulz

Krimfans wissen es: Als Tatwaffe kommt so ziemlich alles in Betracht – draußen im feindlichen Leben. Zum Morden und Meucheln eignen sich handelsübliche

wir sofort. Natürlich seien das Waffen, fielen aber unters Kriegswaffenkontrollgesetz. Und was, bitte schön, ist mit Totschlägern, Butterflymessern und all diesen gemeinen Dingen, haken wir nach. Das seien keine Waffen, sondern, § 37, »verbotene Gegenstände«. Die – so der Fachmann – dürfe kein Mensch besitzen

und kein Waffenhändler verkaufen. Und wenn sie dennoch im Schulhof die Runde machen? Dann fiele das unter die Schulaufsicht ... Was denn »passive Bewaffnung« sei, trauen wir uns gerade noch zu fragen, ein Begriff, den wir von großen Demos her kennen, aber das, so wissen wir jetzt, hat mit Waffenrecht rein gar nichts zu tun, fällt unters Versammlungsrecht, gehört überhaupt nicht hierher

...

tionssammler«, der »wissenschaftlich oder technisch« tätig ist und in der Lage, die Waffen gegen »unbefugten Zugriff« zu schützen.

Wie viele Waffen brauchen die Deutschen?

Etwa 3 Millionen Bundesbürger haben all die schwierigen Hürden gemeistert und als Sportschützen oder Jäger eine, meist mehrere Schusswaffen zu Hause stehen. Sportschützen, das hat unlängst das Oberverwaltungsgericht in Koblenz entschieden, dürfen mehrere Waffen besitzen und müssen nicht jeweils neu ein »besonderes Bedürfnis« nachweisen. Erst dann darf dem Schützen eine weitere Waffe versagt werden, wenn er schon derart viele in den Schränken stehen hat, dass das Arsenal »klar atypisch« für den Schießsport sei – eine Zahl gegen die Richter nicht an.

Etwa 10 Millionen Waffen stehen bei besonders bedürftigen Deutschen legal im Privathaushalt, und immer, wenn mit diesen Waffen etwas passiert – wie zum Beispiel im November 1999 in Bad Reichenhall – werden Rufe nach einer Verschärfung des Waffenrechtes laut. Jetzt will der Innenminister ernst machen, sehr zum Ärger vieler Waffenfans und ihrer Verbände. Statt strengerer Regeln verlangten etwa die Schützenvereine Mittelfrankens schon vor zwei Jahren die Senkung der Altersgrenze für die Aufnahme in Schützenvereine von derzeit zwölf auf acht Jahre. »Ein Jugendlicher, der eine Waffe als Sportgerät kennenlernt und nicht als Machtinstrument benutzt, kann dem Staat eventuell erhebliche Nachsorgekosten sparen,« so die fürsorgliche Haltung des Fürther Bezirksschützenmeisters Manfred Schönecker. Und der Vorsitzende der Nürnberger Schützen, Hans Reiser, ging von der Verteidigung schon zum Angriff über: »Mancher Fußballer bräuchte einen Waffenschein viel nötiger als mancher Schützenbruder.«

Und wer liebt eigentlich die Waffen-Fans?

Fest steht: leichter wird es nicht für die Waffenfans in Deutschland. Schon jetzt jammern einige auf den einschlägigen Chat-sites im Internet, sie würden »bald nur noch über das Laden ihrer Wasserpistolen palavern«. Und vielfach leiden Schützen und Waffensammler gemeinsam darunter, dass sie als »Waffennarren« ein wenig gutes Image in der Öffentlichkeit haben. Da mögen die warmen Worte besonders gut tun, die ein Waffenhändler aus der Schweiz zur Rehabilitation des Waffennarren fand:

»Vernarrt sein bedeutet, zu etwas Verbindung haben, sich mit etwas besonders intensiv auseinander zu setzen. Gäbe es mehr von diesen Menschen, wäre die Welt sicherlich 1(!)ebenswerter.«

Wer darf ein besonderes Bedürfnis haben?

Wir schreiten zu Lektion zwei, wollen wissen, was jemand tun muss, der eine richtige Waffe nach dem richtigen Waffengesetz kaufen will und erfahren: der braucht eine »Waffenbesitzkarte«. Wer die Waffen »führen« will, also bei sich tragen, ausführen sozusagen, der braucht den »Waffenschein«. Letzterer sei schwieriger zu erlangen und es kriege ihn nur, wer den Behörden den Abschluss einer Haftpflichtversicherung nachweise, mindestens 500 000 Mark Deckungssumme für Personenschäden, 50 000 für Sachschäden. Wir befürchten, dass diese Klausel des Gesetzes ihre Hintergründe aus der Praxis hat, sagen aber nichts dazu, weil wir eben erfahren: Schon für die Zuteilung der Waffenbesitzkarte gebe es strenge Auflagen und Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten. § 28! Wir danken unserem Fachmann und versprechen, zu Hause nachzulesen. Tatsächlich finden wir: Es gibt eine Prüfung und es gibt knallharte Kriterien. Zum Beispiel das der »Zuverlässigkeit«. Laut Waffengesetz ist das Kriterium der Zuverlässigkeit schon dann nicht erfüllt, wenn jemand z. B. »mindestens zweimal wegen einer im Zustand der Trunkenheit begangenen Straftat verurteilt worden ist.« Knallhart!

Wer diese pingeligen Hürden schafft, der muss obendrein den Behörden auch noch ein »besonderes Bedürfnis« nachweisen, d.h. er muss irgendwie »besonders bedroht« sein, z. B. weil er ganz berühmt ist oder ganz viel Geld hat. (Ganz wenig Geld haben wird in der Regel nicht als »besonderes Bedürfnis« anerkannt.) Oder er muss Sportschütze sein. Oder Jäger. Oder Förster. Oder »Waffen- und Muni-



Schuss-, Hieb- oder Handwaffen? Foto: dpa

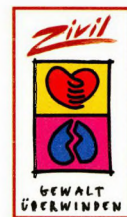
Küchengeräte genauso wie gewöhnliche Schreibtischutensilien, sind Gartenwerkzeuge so beliebt wie leere Whiskyflaschen oder – auch immer wieder gerne genommen – die haltbaren Damenstrümpfe. Abgesehen von diesen kriminalistischen Geschmackssachen und dramaturgischen Feinheiten entscheidet in Deutschland und im Prinzip natürlich ein Gesetz darüber, wann sich eine Waffe rechtmäßig auch so nennen darf. Das Gesetz, so erfahren wir vom Fachmann aus dem Stuttgarter Innenministerium, heißt Waffengesetz, kurz WaffG. Es soll, so Innenminister Schily, in naher Zukunft reformiert werden, aber noch gilt das alte Gesetz. Und dort steht in Paragraf eins: Schusswaffen sind »Geräte, die zum Angriff, zur Verteidigung, zum Sport, Spiel (!) oder zur Jagd bestimmt sind und bei denen Geschosse durch einen Lauf getrieben werden«.

Was die Verfasser dieses Paragrafen dazu getrieben haben mag, bei Schusswaffen an Spiele zu denken – unseren Fachmann interessiert es nicht und letztlich sei es einerlei, denn Gesetz sei Gesetz. Und per Gesetz wird auch definiert, was Hieb- und Stichwaffen sind, nämlich: Alles was geeignet ist, unseren Nächsten »unter unmittelbarer Ausnutzung der Muskelkraft durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen«. Blieben noch – so klärt uns der Fachmann auf – die »Handfeuerwaffen«, jenes Schießgerät nämlich, bei dem »zum Antrieb der Geschosse heiße Gase verwendet werden«. Mehr Waffen, so lernen wir aus dem Ministerium, kenne das deutsche Waffenrecht nicht. Wir schon! Was denn mit Panzern, Raketen und Kanonen sei, fragen



Das Ende des Kalten Krieges und die geopolitischen Veränderungen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts haben auch das Gesicht des Krieges dramatisch verändert (siehe *zivil* 2/00). Die heutige Form der Kriegführung durch Guerillakämpfer verlangt auch die Anpassung bei der Bewaffnung – Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge oder gar Flugzeuge sind kaum einsetzbar. Kleinwaffen wie etwa Sturmgewehre, Revolver oder Landminen sind hingegen auch unter primitiven Einsatzbedingungen ausgesprochen tödlich.

Dabei können vorher friedliche Konflikte bei einfacher Verfügbarkeit von Kleinwaffen



Kleinwaffen

Die Massenvernichtungswaffen von heute

leichter zu bewaffneten Konflikten eskalieren und ihre Lösung in die Länge ziehen. Kleinwaffen sind nicht nur Mittel zur Gewalt, sondern mittelbar auch deren Verursacherinnen.

Handfeuerwaffen und Kleinwaffen – in der englischen Terminologie »Small Arms and Light Weapons« – sind Waffen, die von einer oder zwei Personen transportiert und eingesetzt werden können. Technisch gesehen gehören auch Landminen und andere Explosivkörper zur Kategorie der Kleinwaffen.

Kleinwaffen haben während eines Guerillakrieges für eine relativ kleine, mobile Gruppe von Kämpfern einige wichtige Vorteile gegenüber anderen Waffen:

- Sie sind billig und in den meisten Regionen leicht verfügbar.
- Kleinwaffen sind ausgesprochen robust und kommen mit einem Minimum an Wartung aus.
- Kleinwaffen sind leicht zu benutzen – nach einer kurzen Einweisung können sie von nahezu jedermann eingesetzt werden.
- Im Gegensatz zu Artilleriewaffen oder zu gepanzerten Fahrzeugen können sie leicht und unauffällig transportiert werden.

Kleine Waffe – tödliche Wirkung

Auch wenn es schwer fällt, die Zahl der im letzten Jahrhundert durch Kleinwaffen umgekommenen Menschen genau zu berechnen, so steht doch fest, dass sie die Zahl der durch andere Waffen (Panzer, Artillerie etc.) umgekommenen weit übertrifft. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 90 % aller Kriegsoffer durch Kleinwaffen getötet werden. UNICEF schätzt, dass allein in den vergangenen zehn Jahren drei Millionen Menschen durch

Kleinwaffen umgekommen sind, davon 80 % Frauen und Kinder. Nicht zuletzt wegen ihrer weltweiten Verfügbarkeit und ihrer einfachen Handhabung sind Kleinwaffen zu den wahren Massenvernichtungsmitteln des späten 20. Jahrhunderts geworden.

In den letzten zehn Jahren waren Kleinwaffen in 46 von 49 bewaffneten Konflikten die wichtigsten Waffen. Auch außerhalb von bewaffneten Konflikten sind Kleinwaffen ein großes Problem. Sie dienen etwa zur Bewaffnung von gewöhnlichen Kriminellen ebenso wie von politischen Extremisten in aller Welt. Länder wie Südafrika, Brasilien oder die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind nicht nur Transitstaaten für den internationalen Waffenhandel, sondern auch selbst von der rapiden Verbreitung von Waffen innerhalb der Gesellschaft betroffen. Ohne eine adäquate Waffengesetzgebung und ohne gut ausgerüstete und motivierte Ordnungskräfte ist es nahezu unmöglich, den Waffenstrom in das eigene Staatsgebiet aufzuhalten, geschweige denn, die Bevölkerung zu entwaffnen. Erschwerend wird die Entwaffnung der Bevölkerung durch die in vielen Ländern existierenden »Gewaltkulturen«. So finden etwa nach langjährigen Bürgerkriegen ganze Bevölkerungsschichten keinen Zugang zum formalen Arbeitsmarkt, der sowieso in der Regel nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Weitgehend ohne Schulbildung aufgewachsen und durch eine Kriegssituation sozialisiert, nutzen nicht wenige in dieser Situation die einzige Fähigkeit, die sie erlernt haben – den Umgang mit Waffen – zum Geldverdienen. Ganze Gesellschaften versinken so in einem Strudel eskalierender Gewaltkriminalität. In dieser Situation bewaffnen sich ver-

stärkt auch »normale« Bürger zum Selbstschutz. Wo das Vertrauen in die staatlichen Ordnungskräfte und in die Justiz sinkt, verwandeln sich Privathäuser in Festungen, Schlafzimmer in Waffenkammern und Familienväter zu Scharfrichtern. In ihrer extremsten Form führt diese »Privatisierung« von Sicherheit zur Bildung von bewaffneten Bürgerwehren. Dies ist etwa in Südafrika zu beobachten, wo die militante Moslemgruppe PAGAD (People Against Gangsterism and Drugs) in den Kapprovinzen auch vor Lynchjustiz nicht zurückschreckt. Ähnliche Entwicklungen sind auch aus anderen Ländern mit schwachen Polizei- und Ordnungskräften bekannt. In Guatemala etwa stirbt durchschnittlich ein Mensch pro Woche an den Folgen der Lynchjustiz, in Benin werden laut amtlichen Statistiken jährlich bis zu 40 Menschen in kollektiver Selbstjustiz schwer verletzt oder getötet.

Doch auch in Europa gibt es Beispiele für den Zusammenbruch staatlicher Ordnung. Im März 1997 kam es in Albanien zur Stürmung von Kasernen und Polizeistationen, nachdem sich die Wut über den Zusammenbruch von Pyramidenspielen zu allgemeinen Protesten gegen die Regierung gesteigert hatte. Innerhalb von wenigen Tagen wurden mehr als 650 000 Kleinwaffen, panzerbrechende Waffen und Raketenwerfer gestohlen. Dazu kommen noch 3,5 Millionen Handgranaten und 1,25 Millionen Landminen. Auf dem unruhigen Balkan sind Waffen wertvolle Handelsgüter und gleichzeitig ein Mittel zum Selbstschutz. Bis zum heutigen Tage sind weniger als ein Zehntel der gestohlenen Waffen wieder aufgetaucht und man darf davon ausgehen, dass nicht wenige den Weg zu den

Schlachtfeldern des Kosovo oder in die Hände der organisierten Kriminalität gefunden haben.

Produzenten, Lieferanten, Zwischenhändler

Die Anzahl der in der Welt zirkulierenden Kleinwaffen ist nicht genau festzustellen. Es wird geschätzt, dass weltweit zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Kleinwaffen existieren. Ein wesentlicher Teil dieser Waffen – zwischen 200 und 250 Millionen – befindet sich im Besitz von Privatpersonen und Behörden in den Vereinigten Staaten. Bei etwa 125 Millionen der weltweit verbreiteten Waffen handelt es sich um automatische Waffen.

Verbreitete Waffenmuster

Die meisten der zur Zeit in den Entwicklungsländern zirkulierenden Kleinwaffen sind ursprünglich im Rahmen von »government-to-government« Geschäften aus den Industriestaaten des Nordens dorthin geliefert worden. Während des Kalten Krieges wurden die Armeen befreundeter Staaten von beiden Seiten massiv aufgerüstet – allein die Vereinigten Staaten haben zwischen 1950 und 1975 2 174 000 Gewehre an Alliierte verschenkt. Neben den traditionellen Lieferantenländern in Europa und Nordamerika haben eine Reihe von Entwicklungs- und Schwellenländer mittlerweile – häufig als Lizenznehmer einer Firma aus Europa oder aus den USA – eine Rüstungsindustrie aufgebaut, die neben dem eigenen Bedarf auch für den Export produziert. Mehr als vierzig Staaten, darunter Ägypten, Brasilien, Nord- und Südkorea, Indien und Südafrika, produzieren Kleinwaffen.

Waffen sind wie Drogen ein weltweit vagabundierendes Handelsgut, das unkontrolliert von einem regionalen Markt zum nächsten strömt. Dieser Handel kennt keine internationalen Statistiken und keine Grenzen.

Lange Zeit wurde das Kleinwaffenproblem von der internationalen Staatengemeinschaft bagatellisiert. Angesichts der apokalyptischen Bedrohung durch atomare, biologische und chemische Waffen erschienen Kleinwaffen als ein vernachlässigbares Problem. Erst seit Beginn der neunziger Jahre erscheint das Kleinwaffenproblem verstärkt auf der Tagesord-

nung internationaler Konferenzen. Innerhalb der UN kamen Initiativen zu einer stärkeren Kontrolle der Verbreitung von Kleinwaffen vor allem aus der Generalversammlung, aber auch der Sicherheitsrat hat sich im Oktober 1998 in einer Resolution einstimmig gegen den Kleinwaffenhandel ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat sich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene seit 1998 für eine restriktive Rüstungsexportpolitik und für eine Aufwertung von Entwaffnungsmaßnahmen eingesetzt. Gleichzeitig zählt Deutschland bei den Rüstungsexporten mit einem Anteil von zwei bis drei Prozent am Welthandel immer noch zu den fünf bis sechs größten Waffenexporteuren. Die Firma Heckler & Koch gehört zu den führenden Anbietern von automatischen Waffen, wobei die meisten Waffen deutscher Herkunft, die ihren Weg schließlich auf die Schlachtfelder der Welt finden, wohl entweder aus Militärhilfe aus der Zeit des Kalten Krieges oder aus Lizenzproduktion stammen.

Netzwerk gegen Kleinwaffen

Außerhalb von Europa sind es vor allem afrikanische Staaten, die sich für weitreichende Kontrollmaßnahmen ausgesprochen haben.

Verbreitete Waffenmuster

Name	Herkunftsland	Verbreitungsgebiet
AK-47 (Kalaschnikow) Zwischen 50 und 80 Millionen Exemplare im Einsatz	Sowjetunion (Russische Föderation), 14 Staaten produzieren das AK-47 in Lizenz	Etwa 78 Staaten, weiterhin viele Guerillabewegungen
Galil-Gewehr (Variante des AK-47) 500 000 Exemplare	Israel, Lizenzproduktion in Süd-Afrika und Kolumbien	14 Staaten, vor allem in Mittel- und Südamerika
M-16 Sturmgewehr Acht Millionen Exemplare	USA, weitere sieben Staaten produzieren in Lizenz	67 Staaten
Heckler & Koch G-3 Sieben Millionen Exemplare	Deutschland, weitere 17 Staaten produzieren in Lizenz	64 Staaten
Sturmgewehr FAL Fünf bis sieben Millionen Exemplare	Belgien, weitere 14 Staaten produzieren in Lizenz	94 Staaten
UZI-Maschinenpistole Zehn Millionen Exemplare	Israel, vielfach legal und illegal kopiert	47 Staaten

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang Nichtregierungsorganisationen wie das »International Network on Small Arms« (IANSA, Internationales Netzwerk gegen Kleinwaffen) bei der politischen Lobbyarbeit auf regionaler wie globaler Ebene. Sie artikulieren Forderungen und tragen sie an die politischen Meinungsführer heran. Dabei bemühen sie sich, den Erfolg der Kampagne zur Ächtung von Landminen als Vorbild zu nutzen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung sprechen sich UNICEF, amnesty international und das Internationale Konversionszentrum (BICC) für eine Reihe von Maßnahmen aus, um die weltweite Kleinwaffenflut einzudämmen:

- Produktion und Vertrieb von Kleinwaffen sowie von Munition müssen kontrolliert werden. Dazu müssen Waffen und Munition gekennzeichnet und der Handelsweg genau dokumentiert werden.
- Gesetze über Waffenexporte und Lizenzvergaben müssen verschärft werden.
- Private Waffenhändler müssen registriert und dazu verpflichtet werden, ihre Geschäfte offen zu legen.
- Genehmigungsverfahren für Waffenexporte müssen öffentlich transparent sein und einem parlamentarischen Kontrollmechanismus unterliegen.
- Die internationale Gemeinschaft muss wirksame Programme zur Einsammlung und Vernichtung von Kleinwaffen entwickeln.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des »Bonn International Center for Conversion« (BICC)

Der vorliegende Text ist die gekürzte Fassung eines Beitrages für die Juli-Ausgabe der Zeitschrift »Wissenschaft und Frieden«.

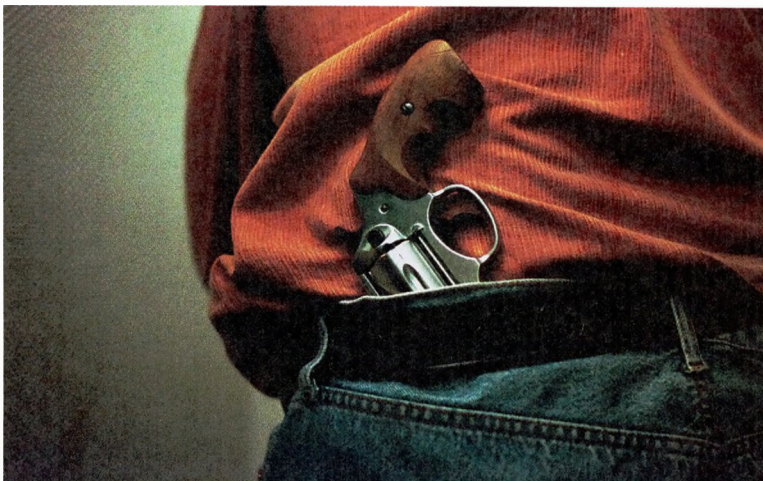


Foto: Röttgers/graffiti

USA: 80 Tote durch Schusswaffen täglich

»Das Recht der Menschen, Waffen zu besitzen«

In den Vereinigten Staaten erlaubt die Verfassung den Bürgern, sich zu bewaffnen. Gegenwärtig aber wächst die Einsicht, dass die Waffengesetze verschärft werden müssen

Mehr als 80 Amerikaner – 12 davon Kinder – sterben täglich aufgrund von Vorfällen in Verbindung mit Schusswaffen. Die Centers for Disease Control and Prevention (CDC, Zentren für Krankheitskontrolle und -vorbeugung) berichteten, dass allein 1997 in den Vereinigten Staaten 32 436 Menschen aufgrund von Waffengewalt ums Leben kamen. Davon wurden 13 252 Todesfälle (41 %) als Tötungsdelikte eingestuft. Jährlich werden in den Vereinigten Staaten ungefähr 4,5 Millionen neue und 2 Millionen gebrauchte Schusswaffen verkauft. Untersuchungen zeigen, dass sich zur Zeit ungefähr 200 Millionen Waffen in den Händen von Privatpersonen befinden und dass 35% aller Haushalte eine Waffe besitzen. Und dennoch: Die Vereinigten Staaten haben, verglichen mit anderen industrialisierten Ländern, nur sehr lockere Waffenkontrollvorschriften.



Der »Marsch einer Million Mütter« forderte auch die Gegner schärferer Waffengesetz zu Demonstrationen heraus. Fotos: dpa

Von Kathleen Miller

Das vergleichsweise lasche Waffenrecht der USA ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die meisten Waffengesetze der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten unterliegen und es somit kein einheitliches Gesetz für alle US-amerikanischen Staaten gibt. Da es keine überstaatlichen gesetzlichen Bestimmungen gibt, werden die strengeren Gesetze einiger Staaten oft durch die angrenzenden Staaten mit lockeren Vorschriften beeinträchtigt.

Gemäß einer kürzlich vom »Open Society Institute's Center on Crime, Communities and Culture« (Öffentliches Institut für Verbrechen, Gemeinschaften und Kultur) durchgeführten Erhebung über US-Waffengesetze erzielten 46 von 50 Staaten weniger als 50 von 100 möglichen Punkten und der nationale Durchschnitt lag bei entmutigenden 9 Punkten. Die erzielten Punkte basierten auf einer Vielzahl von Faktoren, wie z. B. der obligatorischen Erfassung

von Feuerwaffen, Hintergrundüberprüfungen und der Frage, ob Wartezeiten bestehen.

Gesetzliche Maßnahmen

Die meisten Anhänger einer strengeren Waffenkontrollgesetzgebung fordern ein umfassenderes Verfahren bei der Hintergrundüberprüfung, den Wartezeiten und der Zulassung und Registrierung. In 32 Staaten sind keine Hintergrundüberprüfungen erforderlich, wenn eine Handfeuerwaffe von einem freien Händler gekauft wird. Das »Brady-Gesetz« (1993 als Gesetz verabschiedet) hat die begrenzte Aufgabe, zu unterbinden, dass überführte Schwerverbrecher und alle anderen, für die ein Rechtshindernis besteht, Schusswaffen kaufen. Um dies zu ermöglichen, sind Hintergrundüberprüfungen erforderlich, wenn Schusswaffen bei einem zugelassenen Händler gekauft werden. Das ursprüngliche Gesetz beinhaltet außerdem eine Wartezeit von bis zu fünf Arbeitstagen, in denen die Hintergrundüberprüfung vorgenommen

werden kann. Die Wartezeit war beabsichtigt um zu vermeiden, dass Waffenkäufe im Eifer des Gefechts gemacht werden. Diese Maßnahme wurde jedoch 1998 abgeschafft, nach einer großangelegten Kampagne der Waffenlobby. Trotz der Aufhebung der Wartezeit hat das »Brady-Gesetz« mehr als 400 000 illegale Käufe seit seinem Inkrafttreten vor fast sieben Jahren verhindert. Dieses Gesetz hat allerdings keinen Einfluss auf Handfeuerwaffen, die von freien Händlern gekauft werden. In 35 Staaten gibt es keine Vorschriften bezüglich eines Waffenscheins oder der Registrierung irgendeiner Art von Waffen. Der Waffenschein hilft zu verhindern, dass Kinder, Gewaltverbrecher und gefährliche Geistesranke potentiell tödliche Schusswaffen kaufen können. Das Antragsverfahren selbst könnte ebenfalls dazu beitragen, impulsive Käufe zu unterbinden. Die Schusswaffenregistrierung ermöglicht Vollzugsbehörden, den Handel mit Waffen zu verfolgen und Waffenbesitzer für die illegale Benutzung



ihrer Waffen haftbar zu machen. Das Zulassungs- und Registrierungsverfahren bietet auch eine gute Möglichkeit zu gewährleisten, dass Waffenbesitzer vollständige und grundlegende Sicherheitsunterweisungen vor jedem Waffenkauf erhalten.

Million Mom March

Am Muttertag im Jahr 2000 kamen 750 000 Mütter, künftige Mütter und »Ehrenmütter« in Washington DC zum »Million Mom March«, dem »Marsch einer Million Mütter« zusammen und riefen den US-amerikanischen Kongress dazu auf, eine vernünftige Waffenkontrollgesetzgebung zu erlassen. Den Marschierenden in Washington DC schlossen sich mehr als 72 000 Menschen an, die in 60 US-amerikanischen Städten mitmarschierten. Eine Stiftung »Million Mom March« wurde ebenfalls ins Leben gerufen, um sich für folgende Ziele einzusetzen: Waffenschein und Registrierung, Wartezeiten und Hintergrundüberprüfungen, Kaufbegrenzung auf eine Handfeuerwaffe pro Monat und einen strengeren Vollzug des Waffengesetzes. Der Marsch selbst wird den Kongress nicht unbedingt dazu veranlassen, strengere Gesetze zu erlassen. Er regte jedoch zahlreiche Basisorganisationen an, sich zu vereinigen, um so ihre Bemühungen besser konzentrieren zu können. Damit die »Mütter« wirklich Druck auf den Kongress ausüben können, müssen sie ebenso aktiv sein wie die Waffenlobby und zeigen, dass der »Million Mom March« nicht nur ein einmaliges Ereignis war.

Waffenlobby NRA

Die US-amerikanische Waffenlobby, in der Hauptsache vertreten durch die »National Rifle Association«, NRA (Nationaler Waffenverband), steht auf dem Standpunkt, dass keine neue Waffenkontrollgesetzgebung notwendig sei, weil die Regierung die bereits bestehenden Gesetze nicht ordnungsgemäß durchsetze. Der zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten – geschrieben 1791 (!) – dient den Mitgliedern des NRA als Basis für ihren Widerstand gegen strengere Waffenkontrollgesetze. Dort heißt es, »eine gut geordnete Bürgerwehr, die für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, und das Recht der Menschen, Waffen zu besitzen, sollen nicht verletzt werden.« Waffenschein und Registrierung werden als Mittel gesehen, die Waffenbesitzer zu besteuern (da eine Registrierungsgebühr wahrscheinlich ist) und auch als ein Schritt hin zum Waffenverbot und zur Beschlagnahme von Waffen in den Vereinigten Staaten. Die NRA behauptet, dass Sicherheitsmaßnahmen, wie z.B. Abzugsschlösser und separate Lagerung der Munition, gesetzestreue Bürger davon abhalten würden

ihrer Waffen zur Selbstverteidigung zu benutzen.

Die NRA ist eine der mächtigsten und einflussreichsten Organisation in den Vereinigten Staaten und besitzt reichlich finanzielle Mittel, um ihre Lobbytätigkeiten zu unterstützen. Allein in den letzten 10 Jahren hat die NRA gleichgesinnte Kandidaten bei Wahlen in den Bundesstaaten mit mehr als 15 Millionen Dollar unterstützt.

Öffentliche Meinung

Die amerikanische Öffentlichkeit ist in der Frage bezüglich strengerer Waffenkontrollgesetze nicht so uneinig wie man denken könnte. Viele Waffenbesitzer sind besorgt, dass die Bundesregierung neue Gesetze dazu benutzen wird, um den Besitz bestimmter Waffen schließlich zu verbieten. Eine vom John Hopkins University Center for Gun Policy (Zentrum für Waffenpolitik der John Hopkins Universität) durchgeführte Studie zeigt jedoch, dass die meisten dieser Waffenbesitzer für strengere Waffenkontrollmaßnahmen sind. Im allgemeinen befürwortet die amerikanische Öffentlichkeit weiterhin eine Reihe von Maßnahmen, um die US-Waffengesetze zu verschärfen, wie z.B. Hintergrundüberprüfung der Käufer (90 %), Abzugsschlösser bei aufbewahrten Waffen (79 %) und Registrierungspflicht (75 %).

Tragödien wie die Schiesereien in der Schule von Littleton, Colorado (April 1999), Jonesboro, Arkansas (März 1998), Pearl, Mississippi (Oktober 1997) und West Paducah, Kentucky (Dezember 1997) haben wesentlich dazu beigetragen, vielen Amerikanern die Gefahren der Waffengewalt nahezubringen. Diese Vorfälle und viele andere ähnliche haben einen Teil der US-amerikanischen Bevölkerung schlagartig aktiv werden lassen, um sich der Massenbewegung anzuschließen, die auf eine verschärfte Bundesgesetzgebung drängt. Beispielsweise das Gefühl, dass die Kinder in der Schule nicht mehr sicher sind, war eine treibende Kraft hinter der Organisation des »Million Mom March«.

Am Muttertag, dem 14. Mai 2000, versammelten sich Zehntausende in Washington und 60 weiteren Städten der USA zum »Million Mom March« und forderten ein strengeres Waffenrecht zum Schutz ihrer Kinder

Fazit

Trotz ernsthafter Mängel in der Waffenkontrollgesetzgebung der Vereinigten Staaten gibt es doch Hoffnung für die Zukunft. Die Staaten, bei denen vernünftige Waffenkontrollmaßnahmen einen hohen Stellenwert einnehmen, zeigen, dass die Amerikaner ihre Waffen nicht so sehr lieben, dass die Einführung einer umfassenderen gesetzlichen Regelung gänzlich unmöglich wäre. Darüber hinaus hat Präsident Clinton ein nationales Zulassungssystem für Waffen vorgeschlagen, das Hintergrundüberprüfungen in den Bundesstaaten und den Abschluss eines Sicherheitskurses vor dem Kauf einer Waffe obligatorisch macht. Bevor jedoch in den Vereinigten Staaten ein wirklicher Einfluss auf die Waffengewalt ausgeübt werden kann, müssen die Regierungen der einzelnen Staaten akzeptieren, dass landesweit eine einheitlichere Gesetzgebung notwendig ist. Dies bedeutet, eine strengere Bundesgesetzgebung zu unterstützen und höhere Anforderungen an die Waffenkontrollgesetze der einzelnen Staaten zu stellen.

Die Autorin ist Mitarbeiterin der unabhängigen Organisation »British American Security Information Council, BASIC«, Washington.



Tiere im militärischen Zwangsdienst

Leo, Luchs und andere Rekruten

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft: Für den Krieg hat der Mensch immer auch Tiere missbraucht. Neben Pferden, Kamelen und Hunden kamen auch Tauben und sogar Delfine zum militärischen Einsatz



chen. Sie züchteten Rassen wie die Tibetdogge oder den Molosser und führten die Hunde auf ihren Schlachten mit. Aus militärischer Sicht bestand ihr Nutzen darin, dass sie ohne Rücksicht auf Gefahren sich in den Kampf ließen. Sie bedeuteten eine zusätzliche Bedrohung des Gegners und erhöhten so zuverlässig die Schlagkraft des Angreifers.

Den Römern, auf vielen Gebieten vom Erbe der Kulturen in Kleinasien geprägt, passte die Hundezucht bestens in ihr Brot und Spiele-Programm. In der Arena hetzten sie persische Kampfhunde auf Löwen, Bären und Menschen. Sie züchteten auch den aus England mitgebrachten Mastiff weiter, eine Rasse, deren Kriegstauglichkeit sich später die spanischen Konquistadoren im Vernichtungsfeldzug gegen die Indios bedienten.

Hunde im Kriegsdienst

Aber der Kriegsdienst von Hunden war keine auf vorvergangene Zeiten beschränkte Einrichtung. In der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs, so Georg

»Kampfgemeinschaft« – Das Kriegerdenkmal von Pagny-sur-Moselle, Frankreich. Foto: zivil/Schneider

Meyer von der Freiburger Arbeitsgruppe des militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam, unterhielten die Deutschen eine Hundeschule im Westen. Von Herbst 1916 an richtete der Forstmeister Franz Mueller-Darß im lothringischen Huberville Meldehunde ab. Die Melde- oder Botenhunde liefen auf Kommando zwischen einzelnen Truppenteilen hin und her und transportierten Munition, Verbandsmaterial oder eben Nachrichten. Nach einer Schlacht waren die Sanitätshunde dran und wurden von ihren Führern »in

Tätigkeit gesetzt.« Mit oder ohne Glocke um den Hals – je nach Entfernung zum Feind – suchten sie das Gelände und Gebäuderümmern nach Verwundeten ab.

Besser einen Hund verlieren als einen Menschen, lautete das Argument für den Einsatz der Kriegshunde auch im Zweiten Weltkrieg. Göring, der »zweite Mann im Reich« spannte den »Hundegeneral« Mueller-Darß in die Waffen-SS ein und dieser zog noch einmal, diesmal im Osten, seine Hundeschule auf.

Berüchtigte Grenzschrützer

Die NVA, Nationale Volksarmee der DDR, hatte anderes mit ihren Hunden im Sinn. Militärlhistoriker Meyer: »Die Hunde entlang der innerdeutschen Grenze wurden klar gegen Menschen eingesetzt mit dem Ziel, Republikflüchtlinge zu vernichten.« Der Einsatz von Hunden hatte Vorteile, nicht nur finanzieller Art: Der Hund gerät garantiert nicht in Gefahr, dass ihn ein Gewissen plagen könnte für das, was er getan hat; er agiert, blind für die Motive seines Gegenübers und beißt auch nicht aus Versehen daneben. Dass diese »Grenzschrützer« nach ihrem Leben an der Freilaufleine im so genannten Todesstreifen nicht mehr resozialisierbar waren, versteht sich fast von selbst.

Volker Günther, im baden-württembergischen Innenministerium zuständig für die etwa 360 Polizeihunde im Land, legt Wert auf die Feststellung, dass es den Hunden in seinem Zuständigkeitsbereich auch nach ihrer Dienstzeit gut geht. »Die Hunde haben Familienanschluss und bleiben auch danach bei ihrem Führer«, so Günther. Die bevorzugte Polizeihunderasse ist der deutsche Schäferhund, aber auch der belgische Schäferhund, Rottweiler, Riesenschnauzer seien für die Arbeit in den Hundestaffeln geeignet. »Mit Kampfhunden sind sie aufgrund ihres Charakters nicht zu vergleichen«, sagt Günther, »und aufgrund ihrer Erziehung schon gleich zweimal nicht.«

Von Jörg Benzing

So umsichtig ist der Mensch, dass er bei allem, was er unternimmt, darauf sinnt, wie er sich sein Geschäft erleichtern könnte. Tiere, denen er seinen Willen aufzwingen kann, waren ihm da seit jeher willkommen, und natürlich nahm er sie auch mit in den Krieg. Welcher Elefant wäre schon aus freien Stücken über die Alpen gegangen, hätte nicht Hannibal die Idee gehabt, mit dieser Aktion die Römer beeindruckend zu können.

Beliebt für den Einsatz bei der Truppe waren seit jeher Pferde, Maultiere oder im arabischen Raum auch Kamele. Hochbeinig und beweglich ermöglichten sie einen raschen Standortwechsel und ließen sich mit schwerer Last bepacken. Im ersten Weltkrieg setzten die Deutschen 300 000 Pferde ein zum Transport von Ausrüstung und Munition. Sechsspännig, am besten Kaltblüter, wurden die bis zu 160 Zentner schweren Geschütze durch halb Europa gekarrt.

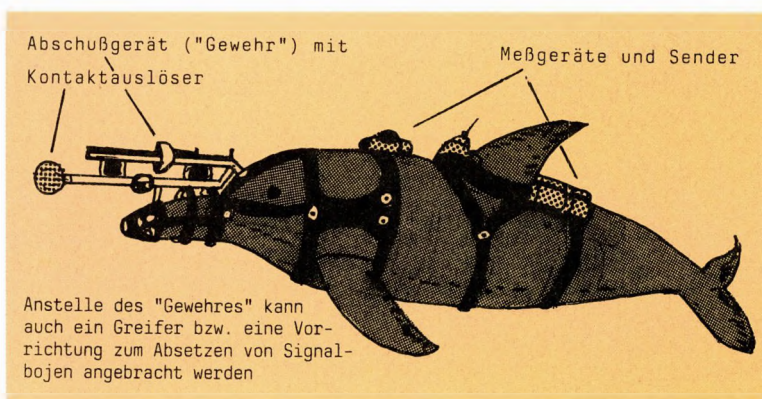
Neben den Pferden spielte vor allem »der beste Freund des Menschen«, der Hund also, eine besondere Rolle im militärischen und später auch polizeilichen Dienst.

Schon in der Antike wurden Hunde für den Kriegseinsatz gezüchtet

Auf die Idee, Hunde als Kriegswerkzeug zu gebrauchen, kamen vor mehr als zweieinhalbtausend Jahren schon die Assyrer und Grie-

Kampfdelfin der Schwarzmeerflotte mit Ausrüstung

Schematische Darstellung aus einer militärischen Fachzeitschrift



»Schussfest« muss der Hund sein

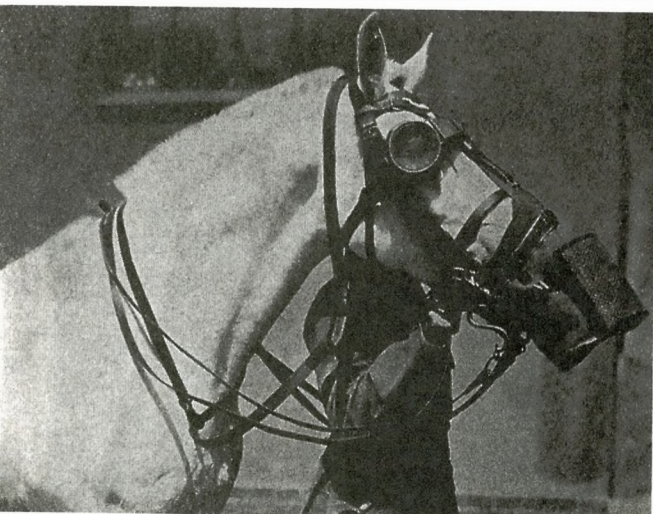
»Beißer können wir nicht gebrauchen«, bestätigt Bernhard Babl, Leiter des, wie es offiziell heißt: »Einsatzbereichs Diensthundewesen« beim Bundesgrenzschutzamt Schwandorf. Die Schwandorfer kontrollieren 356 Kilometer »Grüne Grenze« zum Osten und halten dafür 68 Hunde.

Die Anforderungen an die Grenzschutz-Hunde beschreibt Babl so: »nervenstark, kräftig, fähig, belastbar und flugtauglich« müssen sie sein. Und natürlich »schussfest«. Schussfest? Der Hund darf nicht den Schwanz einziehen, wenn geschossen wird.

Gasmasken für Hund und Pferd

Als Reaktion auf die Erfahrungen mit chemischen Kampfstoffen im Ersten Weltkrieg machten sich die Armeeveterinäre Gedanken über ihre Kriegstiere. In Deutschland, England, Russland und anderen Ländern wurden für Pferde und Hunde mehr oder weniger wirkungsvolle Gasmasken und Umhänge konstruiert zum Schutz vor lähmenden und ätzenden Substanzen wie Phosgen oder Lost.

Auch in modern geführte Kriege werden Hunde mitgenommen. Die Amerikaner hatten auf ihrem Vietnamfeldzug Wachhunde dabei, und zufrieden stellten die Militärs fest, dass »bei Rundumsicherung« ein Hund mit seinem Hundeführer fünf bis zehn Soldaten ersetzt. Die Schweizer Armee eröffnete 1993 ein Hundeausbildungszentrum. Funktionen der Militärhunde: »Patrouillengänge, Beobachtungs- und Horchposten, Verfolgung von Flüchtigen.« Nach dem Kampf um Grosny im ersten Tschetschenienkrieg 1994/95 sahen die Russen den Einsatz von Minensuchhunden als notwendig an, um die Pionierkräfte bei der Gebäudesicherung zu unterstützen.



Militärische Tierversuche

Die so genannte wehrmedizinische Forschung benutzt Tiere, um die Wirkung von Kampfmitteln auf den lebenden Organismus zu erproben. Mitte der 80er Jahre gerieten die Tierversuche der Bundeswehr in die Schlagzeilen. Die Magazine berichteten, dass Meeresschweinchen mit dem Hautgift Lost eingerie-

ben, Hunde systematisch vergiftet oder ihre Gliedmaßen mit 5,56-mm-Kalibern beschossen wurden. Offiziell heißt es, die Versuche dienten nicht der Entwicklung von Waffen, was nach dem Tierschutzgesetz auch verboten ist.

Die Erprobungsstelle 91 der Bundeswehr in Meppen startete 1981 ein Programm, das die Reaktionen von verschiedenen Tierarten auf Tiefflüge untersuchen sollte. Damit reagierte das Bonner Verteidigungsministerium auf die massiven Proteste aus der Bevölkerung gegen militärische Tiefflüge. Auch zahlreiche Viehhalter hatten ihre Stimme erhoben und Schadenersatz gefordert für Umsatzeinbußen durch Totgeburten. Die wissenschaftlich angefertigten Stressprotokolle ergaben etwa für Rinder eine zehnfach höhere Frühgeburtsrate.

Laut Tierschutzbericht der Bundesregierung von 1999 befanden sich im Jahr '97 »in Einrichtungen der Bundeswehr« 1083 Versuchstiere, und zwar 22 Kaninchen, 311 Ratten und Mäuse und 750 Fische. Zum Vergleich: Zehn Jahre vorher hatten die Forscher im Auftrag der Bundeswehr nach offiziellen Angaben 2857 Tiere verbraucht.

Tierisches Waffenarsenal

Falke, Jaguar und der berühmte Leopard: Das Militär macht sich Tiere nicht zuletzt im übertragenen Sinn zu Nutze. Ein entsprechender Name soll die Schlagkraft des Kriegsgeräts symbolisieren, er suggeriert Vitalität, im Gegensatz zu einer bloßen Typennummer. Die Bundeswehr besitzt einen ganzen Raubtierzoo: vom Luchs (Spähpanzer) über den Marder (Schützenpanzer) bis zum Tiger (Panzerabwehrhubschrauber) ist alles vertreten. Der Minenleger Skorpion verfügt über eine »Verlegeleistung« von 1500 Meter in zehn Minuten, sein Gegenstück, der Minenräumpanzer Keiler, »räumt eine minenfreie Gasse von 0,25 Meter Tiefe und 4,70 Meter Breite durch ein mit jeder Art von Anti-Personen- oder Panzerabwehrminen durchsetztes Minenfeld«.

Gasmaske für Pferde im Zweiten Weltkrieg

Selbst die ansonsten so friedlichen Tauben fanden als Brieftauben zur Informationsvermittlung militärische Verwendung, z. B. im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Noch bis vor wenigen Jahren standen Brieftauben etwa auf der Futterliste der Schweizer Armee.

Auch bei der Marine beschäftigte man sich, streng geheim, mit der Verwendung von Tieren. Die US-Navy interessierte sich seit den

Vierbeinige Waffen

Gegenwärtig sind Kampfhunde als »vierbeinige Waffen« in die Diskussion geraten.

Schon 1986 forderte der Deutsche Kinderschutzbund den »Waffenschein für scharfe Hunde«. Allerdings lehnte der Bundesgerichtshof es ab, Kampfhunde in einer Änderung des Waffengesetzes zu berücksichtigen, weil Hunde keine toten Gegenstände sind wie Waffen – und nur darauf erstreckt sich das immer noch gültige Waffengesetz von 1976 (siehe dazu Seite 14). Von Waffen unterscheiden Kampfhunde sich ordnungsrechtlich dadurch, dass sie in ihrem »Verhalten« nicht ausschließlich vom Menschen abhängig sind. »Die Gesetzgebungszuständigkeit«, kommentierte der Düsseldorfer Rechtsanwalt Rolf Hinze 1991 die Hundehalteverordnungen der Länder, »liegt folglich nicht beim Waffengesetzgeber, also dem Bund, wenngleich



Hunde zivilrechtlich als Sachen gelten.« Bundesweit, so wird geschätzt, gibt es um die 10 000 Kampfhunde.

Nach den jüngsten Todesfällen durch Kampfhunde erklärte Bundesinnenminister Schily, die Bekämpfung der gefährlichen Rassen werde auf Bundesebene gesetzlich geregelt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium soll bis September des Jahres eine neue Hundeverordnung ausarbeiten.

60er Jahren für Delfine und deren hervorragende sensorische Fähigkeiten. In einem Forschungszentrum in San Diego wurden die intelligenten und tauchstarken Meeressäuger für den Kampfeinsatz abgerichtet. Im Vietnamkrieg waren sechs Große Tümmler (Typ »Flipper«) zum Schutz von US-Kriegsschiffen mit Messern ausgerüstet, um Tauchern die Sauerstoffschläuche zu kapfen.

Die Meerestruppe wurde in den 80er Jahren auf etwa 115 Tiere erweitert und die Forschung intensiviert mit dem Hinweis, dass auch die Rote Armee auf diesem Gebiet tätig sei. In Sewastopol, dem Haupthafen ihrer Schwarzmeerflotte brachten die Sowjets ihren Belugawalen, Seelöwen und Tümmlern bei, Minen aufzuspüren oder verlorengegangene Torpedos zu suchen. Die Delfine ließen sich auch an eine Art Helm auf der Schnauze gewöhnen. Daran konnten Sprengladungen, Geschosse oder auch Injektionsnadeln angebracht werden, mit denen ein feindlicher Taucher getötet werden sollte. Woran der Feind zu erkennen sei, war den Delfinen freilich nicht beizubringen. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete schließlich auch das Aus für die Kriegsdelfinarien. Auf beiden Seiten wurde gespart, und Kritiker sahen sich bestätigt, die den tatsächlichen Nutzen der Tiere in keinem Verhältnis zur millionenteuren Haltung und Dressur stehen sahen.

Rüstzeiten und Werkwochen sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden A8 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- vom Veranstalter erstattet.

* Ausführliche Programme für die Zivis aus diesen Landeskirchen finden sich in gesonderten Regionalbeilagen in der Hefmitte.



BAYERN*

20.11.-24.11.00 **Leutershausen:** »Das war mein Zivildienst...«
Was war? Was hat's gebracht? Wie geht es weiter?

27.11.-01.12.00 **Schwanberg:** Meditation

Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV+ZDL, Gudrunstraße 33, 90459 Nürnberg, Tel. 0911/4304-238, Fax 0911/4304-303

BERLIN-BRANDENBURG

20.11.-24.11.00 **Wünsdorf:** Radio – Hörfunk als aktuelles Mittel der Kommunikation. Theorie und Praxis

Anmeldeformulare: Amt für Evang. Jugendarbeit, Marianne Spieler, Neue Grünstraße 19, 10179 Berlin, Tel. 030/308697-182, Fax 030/2795649

HANNOVER

06.11.-10.11.00 **Spiekeroog:** Auf der Suche nach Sinn

13.11.-17.11.00 **Obernkirchen:** Kreative Woche mit künstlerischen und filmischen Medien

27.11.-01.12.00 **Spiekeroog:** Meditation

04.12.-08.12.00 **Potshausen:** PC und Internet – eine Einführung

Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV+ZDL, Postfach 265, 30002 Hannover, Tel. 0511/1241-468, Fax 0511/ 1241-499

KURHESSEN-WALDECK

09.10.-13.10.00 **Dalherda:** »Die Rhön ruft!« Wandern und Entdecken, Projekte alternativer Energieerzeugung

Arbeitsstelle KDV+ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 0561/1096582, Fax 0561/107887

NORDELBIEN

05.09.-17.09.00 **Polen:** Auschwitz, Krakau, Warschau.

Anmeldeformulare: Kirchl. Dienst für KDV+ZDL, Bei der Christuskirche 4, 20259 Hamburg, Tel. 040/258881, Fax 040/2508990

RHEINLAND

06.09.-12.09.00 **Niederlande:** Radtour »Spurensuche«

26.09.-30.09.00 **Brüssel:** Zivildienst International

29.09.-06.10.00 **Harlingen:** Segeln und Meditation

01.10.-10.10.00 **Nishnij Nowgorod:** KDV + Freiwilligendienste in Russland. Anmeldeschluss (wegen Visabeschaffung !): 06.09.01

23.10.-27.10.00 **Solingen:** Zivildienst und Homosexualität

06.11.-10.11.00 **Meckenheim:** Vom Umgang mit Medien – Werkstatt TV

20.11.-24.11.00 **Altenkirchen:** »Club der schlechten Künstler« Malen, zeichnen, bauen einmal anders – dilettantisch und geschmacklos

Anmeldeformulare: Ev. Zivildienstseelsorge, Rochusstraße 44, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211/3610-221, Fax 0211/3610-224

SACHSEN

28.08.-01.09.00 **Röhrsdorf bei Chemnitz:** »Friedensstifterin Musik« Mit einem Profi im Studio

13.11.-17.11.00 **Wechselburg:** Zu Gast im Kloster

11.12.-15.12.00 **Rosenthal/Sächs. Schweiz:** Der Seele Raum geben

30.10.-03.11.00 **Rothenburg/Neiße:** Zivis helfen – brauchen Helfer Hilfe?

Anmeldeformulare: Landesjugendpfarramt, Christoph Wohlgemuth, Caspar-David-Friedrich-Straße 5, 01219 Dresden, Tel. 0351/4739027, Fax 0351/4739030, wohlgemuth@evjusa.de

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

27.11.-29.11.00 **Burg Bodenstein:** Advent – Zeit zwischen Konsum und Besinnung

Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Eine Welt, Johannes Lewek, Leibnitzstraße 4, 39104 Magdeburg, Tel. 0391/5346-494, -491, Fax 0391/5346-490, lewek@ekcps.de

WESTFALEN

06.09.-12.09.00 **Niederlande:** Radtour »Spurensuche«

23.09.-07.10.00 **Italien:** Sizilien – Besuch bei den Waldensern. Infoblatt anfordern!

23.10.-27.10.00 **Nordwalde:** Meditation – die Dimensionen unseres Lebens

06.11.-10.11.00 **Nordwalde:** Filmwerkstatt – ein Blick hinter die Kulissen der Kinowelt

20.11.-24.11.00 **Nordwalde:** Spielräume – Schattentheater

04.12.-08.12.00 **Nordwalde:** Vertrauensleute – für alle, die es sind oder werden wollen

Anmeldeformulare: Diakonisches Werk, Referat KDV+ZDL, Friesenring 32-34, 48147 Münster, Tel. 0251/2709-191

WÜRTTEMBERG

04.11.-18.11.00 **Israel und Palästina:** (Kein)Frieden in Nahost?

20.11.-24.11.00 **Freudental:** Rüstzeit für Vertrauensmänner und Zivisprecher

Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV+ZDL, Haebelinstraße 1-3, 70563 Stuttgart, Tel. 0711/9781-114, -112, -110, Fax 0711/9781-105

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

BADEN
Amt für Evang. Jugendarbeit
Arbeitsstelle Frieden
Postfach 2269
76010 Karlsruhe
Tel. 0721/9175-468, -470
Fax 0721/9175-479

MECKLENBURG
Beauftragte für KDV+ZDL
2.Ringstraße 203
17033 Neubrandenburg
Tel./Fax 0395/5823475

BRAUNSCHWEIG
Beratungsstelle KDV+ZDL
Am Fallersleber Tore 9
38100 Braunschweig
Tel. 0531/42539

PFALZ
Arbeitsstelle Friedensdienst
Reiner Landua
Große Himmels-gasse 3
67346 Speyer
Tel. 06232/67150
Fax 06232/671567

BREMEN
Pastorin Ruth Fenko
Hollerallee 75
28209 Bremen
Fax 0421/346155-2

THÜRINGEN
Zivildienstseelsorge
Delef Harland
Gottesacker-gasse 4
99706 Sondershausen
Tel./Fax 03632/782387
kdv-zd-frieden-thr@t-online.de

HESSEN UND NASSAU
Pfarramt für KDV+ZDL
Riedstraße 2
64295 Darmstadt
Tel. 06151/3670-02, -01
Fax 06151/3670-03

Geld- und Sachbezüge – ein Überblick

Von Peter Tobiasen

Am 15. eines Monats ist es soweit. (F 4 Ziffer 2 (Sold)* Der erste Sold landet auf dem Konto unseres Musterzivi Werner. Dieser hat sich eine Zivildienststelle gesucht, die 120 km vom Elternhaus entfernt ist, ihm eine Dienstunterkunft stellt und ihn verpflegen kann. 812,80 DM lautet der Betrag. Ob der wohl richtig ist? Nachprüfen ist da schon nötig, denn das Errechnen der Geldbezüge für Zivildienstleistende ist auch für manche Dienststellen nicht so ganz einfach.

Zunächst gibt es für jeden Kalendertag, den man im Zivildienst ist, Sold. In den ersten drei Monaten gibt es Soldgruppe 1 (14,50 DM pro Tag), im vierten bis sechsten Monat Soldgruppe 2 (16 DM) und ab dem siebten Monat Soldgruppe 3 (17,50 DM) (F 4 Ziffer 1 (Sold)). Bei unserem Musterzivi macht das im ersten Dienstmonat 30 Tage x 14,50 DM = 435 DM.

Dann erhält jeder Zivildienstleistende Bekleidungsgeld, da es in der Praxis keine Dienststelle gibt, die die teuren »Zivildienstuniformen« vorhält. Für das Tragen der eigenen Kleidung im Dienst (F 8 Ziffer 1.2 (Arbeitskleidung)) und für die Reinigung (F 8 Ziffer 1.5 (Arbeitskleidung)) gibt es für jeden Kalendertag 2,30 DM, also 30 Tage x 2,30 DM = 69 DM.

Mobilitätszuschlag

Weil unser Musterzivi Werner sich eine »heimatferne« Dienststelle ausgesucht hat, die ihm eine Unterkunft stellt, erhält er einen Mobilitätszuschlag (F 9 Ziffer 1.3 (Mobilitätszuschlag)). Liegen Dienstunterkunft und eigene oder elterliche Wohnung (erster Wohnsitz) 30 bis 50 km auseinander, gibt es einen Zuschlag von einer DM täglich, bei einer Entfernung von 50 bis 100 km von 3 DM und bei einer Entfernung von mehr als 100 km von 6 DM. Das macht 180 DM.

Die Zivildienststelle unseres Musterzivi kann Gemeinschaftsverpflegung stellen. Deshalb kann der Zivi dort regelmäßig essen. Nur an den Tagen, an denen er ganz dienstfrei hat, wird ihm das Essensgeld ausgezahlt. Außerdem hat er sich von der Teilnahme am Frühstück befreien lassen, weil er regelmäßig Spätschicht arbeitet. Das bedeutet in »Geld«:

Vier Wochenenden a 2 Tage zu je 11,70 DM Verpflegungsgeld für die Tage, an denen eine vollständige Befreiung von der Gemeinschaftsverpflegung erfolgt (8 Tage x 11,70 DM = 93,60 DM). 22 Arbeitstage Befreiung von der Teilnahme am Frühstück x 1,60 DM = 35,20 DM. Die Ansprüche auf Essensgeldauszahlungen sind sehr differenziert. Was wann, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen gezahlt wird, ist im Leitfaden genau aufgeführt (F 6 (Verpflegung)).

Genauere Abrechnungsunterlagen

Der Musterzivi Werner hat festgestellt, dass alles stimmt. Er hatte es leicht, denn die Zivildienststelle hatte ihm eine detaillierte Auflistung aller Einzelbeträge mit den jeweiligen Anspruchstagen überreicht. Das kann übrigens jede Zivildienststelle, denn detaillierte Abrechnungen müssen für jeden einzelnen Zivildienstleistenden erstellt und sechs Jahre für den Bundesrechnungshof aufbewahrt werden (F 2, Ziffer 2.1.2 (Vierteljährliche Abrechnung mit ZDS)). Da dürfte es keine Schwierigkeit machen, dem Zivildienstleistenden mindestens eine Kopie dieser Aufstellung zu überreichen.

Verlassen wir nun den Musterzivi Werner und wenden uns seinem Kollegen Peter zu. Als Student mit eigener Wohnung musste er für den Zivildienst sein Studium unterbrechen. Er hat eine Dienststelle, die 12 km von seiner eigenen Wohnung entfernt liegt. Diese hat aber weder eine Dienstunterkunft noch Verpflegung für ihn.

Er bekommt neben dem Sold (345 DM) und dem Bekleidungsgeld (69 DM) für jeden Kalendertag Verpflegungsgeld ausgezahlt (30 x 11,70 DM = 351 DM).

Fahrtkosten und Miete

Außerdem muß er von seiner Wohnung zur Arbeit fahren. Dafür werden ihm die Fahrtkosten erstattet, jeweils die billigste Möglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln (F 7, Ziffer 2.2.1 (Dienstliche Unterkunft)). In seinem Fall kostet die Monatskarte 62 DM. Wenn es bei Vorlage des Zivildienstausweises besondere Vergünstigungen gibt, sind diese auszunutzen. Sollten öffentliche Verkehrsmittel nicht fahren oder der Arbeitsweg zur und von

der Dienststelle länger als 2 Stunden dauern, werden auch die Kosten für das Fahrrad oder das Auto gezahlt (Fahrrad 10 Pf pro km (F 11 Ziffer 4.2.3 (Reisekostenvergütung)), Auto 38 Pf pro km (F 11 Ziffer 4.2.1 (Reisekostenvergütung))).

Weil Musterzivi Peter bei Dienstantritt eine eigene Wohnung hat, erhält er seine Mietkosten (380 DM) einschließlich der Nebenkosten (113 DM für Strom, Gas, Wasser, Müllabfuhr) ebenfalls erstattet (F 7 Ziffer 2.2.2.3 (Dienstliche Unterkunft)). Dafür muss er zunächst einen Antrag beim Amt für Unterhaltssicherung stellen. Da er seine Wohnung noch nicht länger als sechs Monate hat, bezahlt das Unterhaltssicherungsamt nur 70% seiner Kosten (70% von 493 DM = 345,10 DM). Für den Rest (147,90 DM) kommt die Zivildienststelle auf, weil diese keine Dienstunterkunft (F 7 Ziffer 2.2 (Dienstliche Unterkunft)) vorhält. Wann und in welcher Höhe Mietkosten erstattet werden, erläutert die Broschüre »Mietbeihilfe im Zivildienst«, zu bestellen über Zentralstelle.KDV@t-online.de (6,50 DM inkl. Porto).

Werner und Peter liegen gleichauf

Musterzivi Peter hat also 1320 DM am 15. auf seinem Konto. Aber Achtung: 555 DM für Miete und Fahrkarte werden gleich wieder abgebucht. Bleiben 827 DM. Damit liegen unsere Musterzivi Werner und Peter fast gleich auf.

Beide können sich mit der Soldzahlung am 15.12. über ein Weihnachtsgeld in Höhe von 375 DM (F 5 (Besondere Zuwendung)) freuen und nach 11 Monaten Dienst gibt es 1.500 DM Entlassungsgeld (F 10 (Entlassungsgeld)).

* Die Ziffern (z.B. F 4 Ziffer 2) bezeichnen die Fundstelle im »Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes«, der in der Zivildienststelle eingesehen werden kann. Der »Leitfaden« ist auch im Internet zu finden, und zwar unter www.zivildienst.de, dort unter Rechten und Pflichten, dort wiederum unter Leitfaden. Im Abschnitt F (Kostenbeitrag; Abrechnungsverfahren; Geld- und Sachbezüge; soziale Sicherung) sind die einzelnen Regelungen nachzulesen. Ist eine »Ziffer« genannt, sollte zunächst genau dort nachgelesen werden.

Die friedenspolitischen Wandlungen der Grünen



Bundeswehrjets in Italien, bereit zum Einsatz im ehemaligen Jugoslawien. Foto: dpa

Seit September 1998 gibt es eine rot-grüne Bundesregierung in Deutschland. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik war mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Partei in die Regierungsverantwortung gekommen, die die Ablehnung von militärischer Gewalt zu ihren wichtigsten Grundsätzen zählte. – Eine friedenspolitische Zwischenbilanz der Rolle der Grünen

Von Conrad Heilmann

In eineinhalb Jahren Rot-Grün sind nicht nur eine ganze Reihe von umstrittenen Regierungsentscheidungen zum Themenkomplex Sicherheits- und Militärpolitik gefallen; die Erosion friedenspolitischer Grundsätze hat nun auch in vollem Umfang die Partei der Grünen erreicht.

Der Kosovokrieg war für viele Friedensbewegte Grüne nicht unbedingt die alles entscheidende Zäsur. Hier ging es zwar immerhin um die Befürwortung eines völkerrechtlich mindestens bedenklichen Kriegseinsatzes, dennoch wurde gleichzeitig betont, diese Beteiligung sei ein Einzelfall, ähnliches würde sich nicht wiederholen. Es war kein Grundsatzbeschluss, der auf dem Parteitag in Bielefeld gefällt wurde, so ist es von der Parteiführung immer wieder betont worden.

Die vielen Parteiaustritte und die Thematisierung der Entscheidung durch die Medien übten großen Druck aus. Für viele Friedensbewegte und Pazifisten war deshalb die Entscheidung nicht leicht,

nach dem Kosovo-Beschluss bei den Grünen zu bleiben. Man wusste sich jedoch in der eindeutigen Ablehnung des Kriegseinsatzes mit ganzen Landesverbänden, fast der Hälfte der Delegierten auf dem Parteitag in Bielefeld und ebenso mit der Mehrheit der Parteimitglieder einig. Immerhin noch sieben von 47 Bundestagsabgeordneten sprachen sich offen gegen den Kriegseinsatz aus, außerdem gab es eine bündnisgrüne Anti-Kriegsinitiative.

Vor einem Jahr gab es also keinesfalls eine grüne Partei, die – kaum in der Regierungsverantwortung – alles schluckt, nur um an der Macht zu bleiben. Viele wollten nach der Devise »Der Ruf nach Frieden muss hörbar werden!« in der Partei bleiben und weiterhin Einfluss nehmen, wie es beispielsweise die Brandenburger Grünen im April '99 ihren Mitgliedern vorschlugen. Dieser Weg scheint seit dem 23./24. Juni 2000 mit dem Bundesparteitag in Münster allerdings endgültig gescheitert.

Hinterherregieren statt Position beziehen

Ein gutes Jahr nach der umstrittenen Kosovo-Entscheidung beschlossen die Delegierten in Münster einen Antrag, der der Kosovo-Entscheidung »hinterherregiert«. In einem Grundsatzbeschluss zum Thema Bundeswehr- und NATO-Reform heißt es unter anderem: »Aufgabe der Bundeswehr ist es [...] sich ... an internationalen Einsätzen zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt werden, zu beteiligen ...«

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich damit unmissverständlich in der Frage

der Militäreinsätze positioniert. Bisher waren für die Grünen lediglich sogenannte peace-keeping-Einsätze nach Kapitel VI der UN-Charta akzeptabel, die meist mit zum Selbstschutz bewaffneten Polizisten und Zivilisten durchgeführt werden. Einsätze zur »Wiederherstellung« des Friedens jedoch schließen eindeutig die Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln ein. Dies ist nunmehr politischer Wille der Bundestagsfraktion und der Regierungsmitglieder sowie der Parteiführung der Grünen; ganz deutlich wurde dies in den Redebeiträgen von Angelika Beer (Grüne MdB, Verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion) und Reinhard Bütikofer (Politischer Geschäftsführer der Partei) auf dem Parteitag in Münster (Die Reden sind abrufbar im Internet unter www.gruene.de).

Für Jürgen Grässlin, Sprecher der »Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) und seit 1987 Mitglied der Partei, brachte dies das »Fass zum Überlaufen« wie er in seiner Austrittserklärung (Juni 2000) schrieb. Grässlin beruft sich in seiner Kritik auf das Bundestagswahlprogramm von 1998, in dem es unmissverständlich heißt: »Bündnis 90/DIE GRÜNEN tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.«

Wandlung mit Folgen

Die Wandlung der Grünen, in wohl keiner Frage so schmerzhaft deutlich wie in der Friedenspolitik, wird sich kaum noch aufhalten lassen. Für das nächste Jahr ist ein neues Grundsatzprogramm geplant, in welchem sich die neue Pragmatik aller Voraussicht nach niederschlagen wird. »Gewaltfreiheit ist ein grundlegendes Prinzip unserer politischen Ethik« – so ist es bislang in den politischen Grundsätzen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN formuliert. Ausgehobelt ist dieser Grundsatz bereits – es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis er durch eine koalitionsfähige Formulierung ersetzt wird.

Die Position überzeugter Gewaltfreiheit hat mit dem Wandel der Grünen ihren wichtigsten Anwalt im parlamentarischen Raum verloren. Wie sich die Rolle der PDS entwickeln wird, die sich beim Kosovokrieg strategisch klug als Friedenspartei in Szene setzte, bleibt abzuwarten. Viele ausgetretene Grüne hatten zur Wahl der PDS aufgerufen. Ob aber die PDS mit ihrer Parteigeschichte sich als dauerhafte friedenspolitische Alternative zeigen kann?

Der Beschluss der Grünen zur Bundeswehrreform ist abrufbar unter: <http://www.gruene.de/archiv/grem/bdk/00Muenster/beschluss/Bundeswehrreform.htm>

Der Autor ist Zivildienstleistender aus Erkner.

Chancen
Geld
Karriere

Das Geheimnis Ihres Erfolges:

Anerkennung
Aufstieg
Sicherheit



Liebe Leser,
ganz gleich, ob Sie nach beruflichem Erfolg,
mehr Geld oder Anerkennung streben –
wir helfen Ihnen dabei, Ihre Ziele umzusetzen.
Ein modernes ILS-Fernstudium ist Ihr Weg in
eine erfolgreiche Zukunft, zu mehr Sicherheit
und Unabhängigkeit!

Wir bieten Ihnen:

- Leicht verständliche Lernunterlagen
- Persönliche Fernlehrer, die Ihre Fragen beantworten und Aufgaben korrigieren.
- **Kein Zeitdruck** - bei Bedarf verlängern wir kostenlos Ihre Studiendauer.
- Über 160 staatlich überprüfte und zugelassene Fernkurse.



Übrigens: 9 von 10 ILS-Studenten bestehen ihre staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Prüfungen mit Erfolg.
Ich freue mich, wenn wir auch Sie bald zu einem ILS-Fernstudium begrüßen dürfen.
Mit freundlichem Gruß
Ingo Karsten
Ingo Karsten, Direktor

Wählen Sie hier Ihr Berufs- oder Bildungsziel:

ABITUR	Sprachen	Kreativität	Wirtschaft	Technik	Informatik				
316 Grafik und Design	901 ABITUR	374 BETRIEBSWIRT/in, staatl. gepr. NEU	288 Internet-Betreuer/in NEU	379 Betriebswirt/in ILS	599 ENGLISCH-Kurse	914 Fachhochschulreife	944 AUTOR – Schriftsteller/in	845 Industriemeister Luftfahrttechnik*	617 Cambridge Certificate in Advanced English
491 Betriebswirtschaftslehre	745 Bautechniker, div. Fachr.	289 PC-Betreuer/in NEU	605 Cambridge First Certificate in English	421 Bilanzbuchhalter/in, geprüft	790 Chemie-Techniker/in*	317 Fotografie - professionell gemacht	422 Bilanz-praktiker/in	650 Fremdsprachen-korr. IHK in Engl.	948 Künstlerische Grafik
990 Allgemeinbildung-Lernen nach Maß	945 Journalist/in	153 Grundw. Psychologie NEU	810 EKS- Die Strategie für Karriere- und Lebenserfolg	710 Maschinen-Techniker/in*	405 Kaufm. Grundwissen	170 Gutes Deutsch	870 Elektroinstallateurmeister*	273 EDV-Grundkurs	415 Bürosachbearbeiter/in
753 Technisches Zeichnen mit CAD	620 Spanisch	263 Buchführung und Bilanz	274 Programmierer/in	270 Buchhalter/in	950 Karikatur- und Comiczeichnen NEU	756 Bauzeichnen mit CAD	292 Gepr. Sekretär/in ILS	400 Werbung und Verkauf	840 Industriemeister Metall*
621 Spanisch/Diplom Salamanca	294 Gepr. Managementassistent/in bSb NEU	766 Elektrische Messtechnik NEU	305 Geschäftsführung in Klein- und Mittelbetrieben	948 Künstlerische Grafik	303 Erfolgreich verkaufen	271 Windows 98	630 Italienisch	842 Industriemeister Elektrotechnik*	380 Technischer Betriebswirt NEU
284 ACCESS für Windows	204 Arbeitsrecht	425 Rechtswesen	760 Elektro-Techniker*	613 Französisch-Kurse	591 Ausbildung der Ausbilder	320 Werbetexter/in	201 Steuerrecht und betriebliche Steuerlehre	870 Elektroinstallateurmeister*	660 Wirtschafts-englisch-Kurse
609 Zerifikat-Kurse "London Chamber of Commerce"	768 SPS-Technik	722 Raumgestaltung/Innenarchitektur	283 EXCEL für Windows	414 Speditionssachbearbeiter/in	321 Werberberater/in NEU	541 Lagerverwalter/in	717 Qualitätsmanagement NEU	943 Kreatives Schreiben	551 Personalsachbearbeiter/in
890 Maurermeister*	295 PC-Anwendungen im Alltag	416 Gepr. DV-Sachbearbeiter/in	616 Wirtschaftskorresp. Französisch	702 NC- und CNC-Technik	310 Marketing-assistent/in	921 Realschulabschluss	614 Russisch	704 Heizungs-, Lüftungs- u. Klimatechniker*	640 Latinum
312 Fachberater/in für Finanzdienstleistungen	830 Gepr. Werkstatzfachkraft IHK	487 Management-techniken	285 Grundlehrgang Informatik	322 Mediaplaner/in NEU	272 Windows im Büro	152 Rhetorik	701 Kraftfahrzeug-Techniker*	207 Marketing und Marktforschung	155 Praktische Altenbetreuung
712 Grundlagen der Elektrotechnik	300 Verkaufs-leiter/in	287 Netzwerke- und Telekommunikation	632 Wirtschaftskorresp. Italienisch	286 Grafik am PC/CorelDraw					
615 Technisches Englisch	820 Diplom-Informatiker/in (FH) Werden Sie Diplom-Informatiker/in (FH) mit dem akademischen Fernstudium an der privaten Fernhochschule Darmstadt.		262 Buchhaltung	... und weitere 71 interessante Lehrgänge.					

*Vorbereitung auf die staatl. Techniker/Meisterprüfung

Fordern Sie Ihr kostenloses Studienhandbuch rund um die Uhr an.

Einfach anrufen, faxen oder per Internet
040/675 70-177
<http://www.ils.de>
Fax: 040 / 675 70 184

Jetzt mit Internet-Studienzentrum!

Oder lassen Sie sich von uns beraten. Wir freuen uns montags bis freitags von 8-20 Uhr auf Ihren Anruf!

ils Institut für Lernsysteme GmbH,
Doberaner Weg 20, 22143 Hamburg



Mit über 160 Lehrgängen auf 180 Seiten + vielen Tipps

Erfolgs-Gutschein

Bitte ausfüllen, ausschneiden, auf Postkarte kleben oder im unfrankierten Einschlag einstecken.

Ja, ich will vorwärts kommen. Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich mein Studienhandbuch 2000 mit vielen Tipps und über 160 ausführlichen Lehrgangsbeschreibungen. Ich brauche Ihnen garantiert nichts zurückzusenden.

Tragen Sie hier die Nummern Ihrer Berufs- oder Bildungsziele ein!

Nr. Nr.

Vorname, Name

Straße, Hausnummer 170 AK

PLZ, Wohnort

Jetziger Beruf Geburtsdatum

ILS-Fernstudien, Doberaner Weg 20, 22143 Hamburg
Tel.: 040/675 70 - 177, Fax: 040/675 70 184, t-online: #ILS

Besprochen von Jörg Benzing

1938 fasst Georg Elser aus Königsbronn bei Heidenheim den Entschluss, Hitler zu töten. Dessen Auftritt am 8. November 1939, dem Jahrestag des Putsches von 1923 im Münchner Bürgerbräukeller, scheint ihm die richtige Gelegenheit für das Attentat zu sein. Er konstruiert einen Zeitzünder, lässt sich in über 30

Die Öffentlichkeit wie auch die Geschichtsschreibung taten sich lange schwer mit Elser. Erst als Lothar Gruchmann 1970 die Berliner Vernehmungprotokolle Elsers vom 19. bis 23. November 1939 veröffentlichte, setzte in wissenschaftlichen Kreisen ein Umdenken ein. Elser konnte nun nicht länger als ein Werkzeug des britischen Geheimdienstes gelten, wie die Nazi-Propaganda in Umlauf gebracht hatte, oder gar als Marionette der Gestapo selbst betrachtet werden: Der Schreiner aus Königsbronn wurde als Einzeltäter anerkannt und sein Entschluss zur Beseitigung Hitlers mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 auf eine Stufe

Ein verbrecherisches Regime womöglich nur durch Mord beseitigen zu können, der Tyrannenmord also, ist ein altes nicht nur pazifistisches Dilemma. Ein Problem, das Elsers Biograf, den Reutlinger Publizist und Autor Hellmut G. Haasis, aber kaum interessiert. Er stellt die acht Toten des Attentats den Millionen Kriegs- und Verfolgungsoptionen gegenüber und beschränkt sich im Übrigen auf eine geschichtliche Kritik: »Nachkriegsdeutschland«, so Haasis, »hat lange Zeit die Berechtigung des Attentats nicht zugeben wollen und sich zur Selbstentlastung der 'unschuldigen Opfer' bedient.«

»Ich habe den Krieg verhindern wollen«

Feinde mochte der Gröfaz, der »größte Feldherr aller Zeiten« viele gehabt haben. Den Mut, Hitler beseitigen zu wollen, brachten nur eine Handvoll Menschen auf. Dem Münchner Bürgerbräu-Attentäter, Georg Elser, blieb die Anerkennung lange verwehrt. Eine neue Biografie von Hellmut G. Haasis zeichnet sein Leben nach

Nächten im Keller einschließen und präpariert die Säule hinter dem Rednerpult als Platz für die »Höllmaschine.« Die Bombe explodiert um 21.20 Uhr, – dreizehn Minuten nachdem Hitler das Lokal unerwartet früh verlassen hat. Acht Menschen sterben bei dem Anschlag, 63 werden verletzt. Elser selbst wird an diesem Abend beim Versuch, in Konstanz die Schweizer Grenze zu überqueren, verhaftet. Nach Jahren der Einzelhaft in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau wird »der persönliche Gefangene Hitlers« auf Weisung von »höchster Stelle« am 9. April 1945 erschossen.

gestellt. Die Militär-Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg hatten versucht, Hitler mit einer Bombe in seinem ostpreussischen Hauptquartier Wolfsschanze zu töten.

Jüngst wieder in die Diskussion geraten ist Elser durch den Chemnitzer Politikwissenschaftler Lothar Fritze, der dem Attentäter die moralische Berechtigung für seine Tat abspricht. Elser, so Fritze, hätte nicht das Leben Unschuldiger riskieren dürfen und hätte selbst vor Ort bleiben müssen, um notfalls die Explosion zu verhindern. Im Gegenzug würdigten Peter Steinbach und Johannes Tuchel von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Elsers Versuch, sich der totalitären Diktatur entgegenzustellen. Sie hielten Fritze mangelndes Faktenwissen und revisionistische Absichten vor.

»Nimm diesen Elser – das ist ein Kerl! Das ist der einzige, der es erfasst hatte und demgemäß handelte.« Die Aussage des Ermittlungsleiters, Reichskriminaldirektor Arthur Nebe, der selbst Kontakte zum militärischen Widerstand hatte und 1945 ermordet wurde, charakterisiert die Entschlossenheit Elsers, der Geschichte ins Rad zu fallen. – Kein Adliger, kein Offizier oder Theologe, sondern ein »Durchschnittsbürger«, der laut Fritze offenbar zu einer solchen Tat intellektuell nicht fähig ist.

1972 stellte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Schnaitheim, Elsers Wohnort von Mai bis August 1939, einen Gedenkstein auf. Als erstes Königsbronner Zeichen der Erinnerung wurde auf Initiative des Heidenheimer Georg-Elser-Arbeitskreises 1995 eine Eisentafel enthüllt. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin konzipierte in Zusammenarbeit mit dem Elser-Arbeitskreis und der Gemeinde Königsbronn eine Ausstellung zu Elser, die seit 1998 dauerhaft in Königsbronn zu sehen ist.

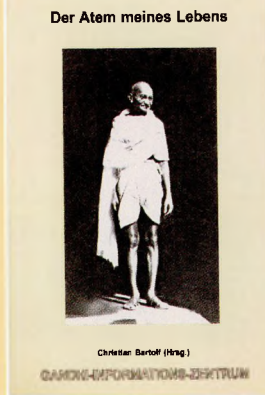
Haasis hat den bislang detailliertesten Versuch unternommen, das Leben des Johann Georg Elser darzustellen. Geboren am 4. Januar 1903 im württembergischen Hermingen, erlernt Elser von März 1919 an in Königsbronn das Schreinerhandwerk. Bald ist er für seinen Perfektionismus bekannt. Elser verlangt gerechten Lohn für seine Arbeit und kündigt, wenn er



Christian Bartolf (Hg.), »Der Atem meines Lebens«, Gandhi-Informationszentrum, Berlin, 2000, 126 Seiten, DM 14,80, ISBN 3-930093

Besprochen von Günter Knebel

Kann ein Mensch »stets konsequent gewaltfrei« sein? Zu dieser Frage führten Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zwei Menschen einen Briefwechsel, deren Leben bis heute wichtige Anstöße für die Verbreitung der Idee gewaltfreier Konfliktbearbeitung gegeben hat: Mohandas K. Gandhi (1869-1948), genannt Mahatma, und Bart de Ligt (1883-1938), ein holländischer Kriegsdienstgegner und engagierter Pazifist. De Ligts Vorstellungen waren von Leo Tolstoi beeinflusst, einem Dichter und Denker aus Russland, dessen Ideen zur Gewaltlosigkeit En-



de des 19. Jahrhunderts weiten Einfluss gewonnen und nicht wenige seiner Anhänger zur Kriegsdienstverweigerung inspiriert hatten. Ende der 20er Jahre galt Gandhi als eine Art Nachfolger Tolstois im Sinne eines Predigers und Akteurs der Gewaltlosigkeit. Bei der Beschäftigung mit der Biografie Gandhis hatte De Ligt entdeckt, dass Gandhi viermal während seines Lebens seine Dienste dem Militär angeboten und sich in Kriegsdienste begeben hatte. De Ligt nahm Anstoß an diesem Verhalten, das er im Widerspruch zu Gandhis Lehre vom Prinzip der Gewaltfreiheit sah. In einem offenen Brief hält de Ligt Gandhi dessen eigene Aussa-

ge aus dem Jahr 1918 vor, als er aufgerufen hatte, »den Waffengebrauch zu erlernen und uns die Fähigkeit anzueignen, uns zu verteidigen.« Er hatte sogar von der Pflicht gesprochen, sich »freiwillig zur Armee zu melden.« De Ligt führt das zu der besorgten Frage, ob Gandhi im Kampf für die Emanzipation von der Gewalt überhaupt ein verlässlicher Mitstreiter sein könne? Gandhi antwortet, dass es für sein Verhalten – nur an dem Maßstab der Gewaltfreiheit gemessen – keine Verteidigung gäbe, dass er aber unter den damals gegebenen Umständen diesen Kurs einschlagen musste: »Ich konnte nicht anders, es wäre für mich Idiotie gewesen, meine Verbindung zu der Gesellschaft, der ich angehöre, aufzulösen.« Er geht noch weiter und räumt Gelegenheiten ein, »wo es meine Pflicht sein würde, für die militärische Ausbildung jener, die sich ausbilden lassen wollen, zu votieren. Weil ich weiß, dass nicht jeder in dem Ausmaß an die Gewaltfreiheit glaubt wie ich. Es ist nicht möglich, eine Person oder eine Gesellschaft durch Zwang gewaltfrei zu machen.« De Ligt hatte dieser Ant-

bessere Stellen in Aussicht hat. Für Politik interessiert er sich nicht groß, aber er stellt sehr wohl fest, dass die Nazis überall Einfluss zu gewinnen suchen und sich seit 1933 die Stimmung in der Arbeiterschaft verschlechtert hat. Er ist der Ansicht, »dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten« – Hitler, Göring und Goebbels.

Das nach Folter und Geständnis in Berlin angefertigte Protokoll, aus dem dieses Zitat stammt, zählt zu den wichtigsten Zeugnissen aus Elser's Leben. Leider verzichtet Haasis darauf, längere Passagen daraus zu dokumentieren. Statt dessen unterbricht er die Fragen und Antworten ständig mit Kommentaren, was den Eindruck erweckt, er traue dem Leser keine eigenständige Deutung zu. Wenigstens einige der erhaltenen Dokumente abzufragen, etwa den »Schnellbrief«, mit dem der Chef der Gestapo, Heinrich Müller am 5. April 1945 den Mord an Elser befahl, wäre allemal aufschlussreicher gewesen als zum Beispiel ein mittelprächtiges Foto, das Elser's Schnaitheimer Wohnhaus in seinem heutigen Zustand zeigt.

Haasis hat viele neue Erkenntnisse über die Vernehmungen und Haftbedingungen von Elser zusammengetragen und Quellen studiert, die bislang unbeachtet geblieben waren. So ist jetzt bekannt, dass der SS-Oberscharführer Theodor Bongartz, Verwalter des Krematoriums im Dachauer KZ, Elser am 9. April 1945 erschossen hat. Nach der Auflösung des KZs durch die SS Ende April wurde Bongartz von den Amerikanern gefasst und ins Kriegsgefangenenlager Heilbronn-Böckingen gebracht, wo er am 15. Mai 1945 starb.

Bedauerlich schließlich ist, dass der Titel des Buches: »Den Hitler jag' ich in die Luft«, als Elser-Zitat wörtlich so von Haasis nirgends zu belegen ist. Eine Konstruktion offenbar, die dieser Biografie gar nicht gut zu Gesicht steht.

Hellmut G. Haasis: »Den Hitler jag' ich in die Luft«. Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie.

Berlin: Rowohlt, 1999, 271 Seiten, DM 39,80, ISBN 3-87134-371-4

word entschieden widersprochen. In der Folge entwickelte sich eine Korrespondenz zwischen beiden Liebhabern des Friedens, die in heutiger Zeit, wo es um Überwindung des Wehrzwangs, um neue Militärstrategien und dementsprechend auch um die Ausarbeitung neuer Strategien zur Friedensentwicklung geht, spannend zu lesen ist. Der Austausch der Argumente zeigt die Komplexität menschlicher Persönlichkeit auf und bringt beide dazu, ihre jeweiligen Positionen weiterzuentwickeln. »Von einem Menschen zu verlangen, stets konsequent zu sein, würde bedeuten, von ihm zu verlangen, nicht zu wachsen, sich nicht in gemeinsamen Aktionen mit vielen Menschen zu engagieren – in der Tat, kein Mensch zu sein,« resümiert ein Zeitgenosse den Briefwechsel, dessen neue Veröffentlichung und Kommentierung verdienstvoll ist. Bart de Ligt's »Plan einer Kampagne gegen jede Art von Krieg und Kriegsvorbereitung« (erstmalig in deutsch) und eine einschlägige Kurzbibliographie runden das Buch ab. Kurz: Ein nützlicher Beitrag für die Geschichte der Gewaltlosigkeit.

Diagnose: unbezahlbar krank

Der Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten ist ein Menschenrecht. Wir fordern dieses Recht für alle.

**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Bitte schicken Sie mir

allgemeine Informationen

Informationen für einen Projekteinsatz

Informationen zur Fördermitgliedschaft

Die Broschüre »Vermächtnis für das Leben«

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Ärzte ohne Grenzen e.V.
Lievingsweg 102, 53119 Bonn
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Sinn statt Leere

Machen Sie jetzt den Anfang! **Schreiben** Sie, was Sie bedrückt. Vielleicht finden wir gemeinsam das, was Sie suchen. Wir gehen auf Ihre Fragen und Probleme ein: vertraulich, erfahren und so, wie Sie es von Freunden erwarten.



Evangelische Briefseelsorge
Postfach 101142
70010 Stuttgart

Haager Friedensappell

Unter der Mitwirkung hunderter Organisationen und Einzelpersonen aus aller Welt entstand die »Haager Agenda für Frieden und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«. Der Text ist in 10 Sprachen im Internet zu finden unter <http://www.haguepeace.org>

In deutsch ist er auch in einer Broschüre erhältlich, die die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg, IPPNW, herausgegeben hat und kostenlos verschickt:

IPPNW, Körtestraße 10, 10967 Berlin;

e-Mail: ippnw@ippnw.de

Internet: <http://www.ippnw.de>



IN DEUTSCHLAND 1871-1933

GESCHICHTLICHE THEMEN
IM DONAT VERLAG

»Pazifistische Offiziere in Deutschland, 1871–1933«

Gegen den Strom der Militärgewalt engagierten sich im Deutschland der Jahre 1871 bis 1931 sogar Offiziere der zunächst kaiserlichen Armee, dann der Reichswehr der Weimarer Republik. Es waren – wie in der zivilen Bevölkerung – nur wenige, denen Zweifel an der Logik der Waffenanwendung aufkamen und noch weniger jene, die ihre Bedenken gegen Rüstung und Militär öffentlich machten und sich in der Friedensbewegung engagierten. Die sehr lesenswerte Veröffentlichung stellt 17 dieser »Rufer in der Wüste« vor. Deren Anlässe zur Neuorientierung waren vielfältig: Individuelles Hinauswachsen aus der Enge des militärischen Milieus, Erfahrung des Ersten Weltkriegs, Nachdenken über die Kriegsschuldfrage oder Engagement für eine zivile Gesellschaft in Demokratie und Frieden. Jeder ging seinen eigenen Weg: ungeachtet der Folgen, von denen Beschimpfung und Verleumdung noch milde Formen waren. Das Buch ist ein starker Beitrag, die Geschichte des »anderen« Deutschlands zu erhellen, bzw. dem drohenden Vergessen zu entreißen.

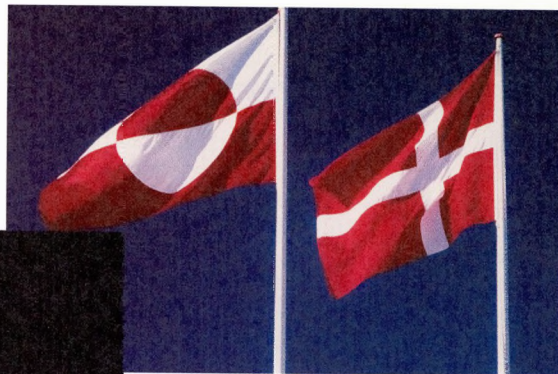
Günter Knebel

Wolfram Wette (Hrsg.), Helmut Donat, »Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933«

Donat Verlag, Bremen, 1999, 432 Seiten, DM 29,80. ISBN 3-931737-85-3

Grönlands Flagge und der Danebrog flattern einträchtig zusammen – noch

Gletschereis – der edle Grundstoff geht nie aus



Land ohne Coca-Cola

fach ins Freie zu werfen. Dort fand sich schon jemand, der sich ihrer annahm, denn sie waren samt und sonders organisch, und nichts blieb zurück – perfektes Recycling. Die Flaschen und Dosen, die mit der neuen Kultur ins Land kamen, flogen weiterhin wie gewohnt nach draußen. Dort blieben sie von jetzt ab aber liegen, und dort liegen sie immer noch. Die Touristen aus der Ersten Welt ziehen heute darüber die Nasen kraus: »Dieser Dreck!«

»Scharfes Wasser«

Seltsamerweise hatten die ersten Grönländer, die anno 1724 auf Zuspruch des berühmten Missionars Hans Egede die Hochburg ihres damaligen Zivilisationskreises, Kopenhagen, besuchten, einen ganz ähnlichen Eindruck. Dort, berichteten die Dänemarkbesucher Pok und Qiperoq, wurde in seltsamen Häusern ein scharfes Wasser getrunken, nach dessen Genuss die Trinker sich wie tolle Hunde benahmen; ein Verhalten, das weitere Besucher von der kalten Insel anzog, die sich mit eigenen Augen davon überzeugen wollten. »Waaaahnsinn!« oder so ähnlich müssen sie sich geäußert haben. Aber man weiß, wie es weitergeht: Die

Text und Fotos von Roland Hanewald

Spätestens seit Atlanta '96 weiß die Welt, was sie an dem gesunden Sprudelgetränk aus den Vereinigten Staaten hat. Auf dem unschuldigsten Tropenatoll fließt die purpurbraune Labe, selbst iranische Ayatollahs nippen an ihr, und Boris Jelzin löscht seinen Nachdurst damit. Wo sie nicht existiert, findet sich garantiert das Konkurrenzprodukt Pepsi-Cola, gleichermaßen anregend. Ist kein Entrinnen?

Doch. E i n e n Platz gibt es auf Erden, wo das amerikanische Erzeugnis nicht die allmächtige Stellung einnimmt, die es ansonsten global innehat. Auf der weltgrößten Insel Grönland sind beide Marken nirgendwo greifbar vertreten. Auch die übliche landschaftsschönende Reklame fehlt. Und nicht nur das. Coke und Pepsi nehmen amtlicherseits fast den Rang von Drogen ein; d. h., ihr Besitz – und Genuss – ist zwar gestattet, der Handel mit ihnen jedoch illegal. »Dealern« mit dem Stoff drohen empfindliche Strafen, die in die tausende von dänischen Kronen gehen.

Ungebrochenes Handelsmonopol

Wie hat es zu dieser Entwicklung kommen können, die viele Menschen als überaus erfreulich empfinden dürften?

Sie begann in ihren Prinzipien im Mai 1734, als Jacob Severin den Grundstein für den grönländischen Monopolhandel legte und wenig später mit der Stadt Juliانهåb die erste größere Niederlassung etablierte, seit nach dem bekannten normannischen Intermezzo unter Erik dem Roten fünf Jahrhunderte zuvor die »grüne« Insel weitgehend in Vergessenheit geraten war. Damit wurde Grönland zur dänischen Kolonie, ein Status, den die Insel bis 1953 beibehielt, als man sie zur gleichberechtigten Provinz des Mutterlandes erklärte; 1979 gab es sogar eine halbe Autonomie samt eigener Flagge und neuem Landesnamen Kalaallit Nunaat. Schon regt sich auch das Verlangen nach totaler Unabhängigkeit. Das traditionsreiche Handelsmonopol überstand aber alle politischen Veränderungen unbeschadet; es blieb bei Coca-Cola nej.

Sollte zunehmendes ökologisches Bewusstsein eine Rolle gespielt haben? In einfachen Kulturen wie der eskimoischen war es ja gang und gäbe, Abfälle ein-



Inuit-Hochzeit – zur Feier gibt's illegale Coca-Cola



Die Kirche spielt in Grönland eine sehr aktive Rolle

1987 wurden auf Grönland jährlich zwischen 19 und 22 Liter purer Alkohol pro Person über 14 konsumiert, 1994 waren es »nur« noch 13,2, etwa doppelt soviel wie der Durchschnitt der anderen nordischen Länder; heute ist es noch weniger. Aber wer lieferte – und liefert – das scharfe Wasser? Nun, darüber gebe man sich keinen Illusionen hin: Diejenigen, die das purpurbraune Wasser außen vor halten. Sie brauen zwar selbst eine Cola, für deren Schutz sie ostentativ das Embargo ausgerufen haben, aber man hat den Eindruck, dass es sich hier um eine Alibifunktion handelt.

schlichten Eismenschen fanden selber großen Gefallen am scharfen Wasser, und es schmeckt ihnen angesichts ihrer verfallenden Subsistenzkultur, die einst den ganzen Mann (und die ganze Frau) forderte und heute nicht mehr, besser denn je. In der Einsamkeit trister Appartementblocks muss man auch das Saufen kriegen. Allerdings ist der Trend rückläufig, woran die Kirche, sehr aktiv auf der Insel, einen nicht unbeträchtlichen Anteil hat.

Die Grönländer behaupten jedenfalls, das Zeug schmecke nicht, und ein lebhafter Schmuggel mit dem »richtigen« Stoff ist im Gange.

Schmuggelware

Dabei besitzen sie das köstlichste Wasser der Welt, die Grönländer. So ein Brocken Gletschereis (von dem sich jährlich schlappe 300 Milliarden Tonnen bilden)

enthält unzählige winzige Luftbläschen, viele Jahre alt. Das prickelt und knistert und fizza im Glas, wie es kein Sodapop schafft, und das mundet, als rinne einem ein frischer Wasserfall die Kehle hinunter. Vor ein paar Jahren wurde Grönlandeis (zum Teil aus dreckigen Hafenbecken gefischt) teuer in die Industrieländer exportiert, wo es in noblen Bars als Statussymbol galt. Anders auf Grönland selbst. Wer will zu einer Sause, einer Hochzeit gar vielleicht, schon blankes Wasser reichen oder mit Eis im Glas glänzen, das man nebenan von der Straße kratzen kann? Da lässt man dann doch lieber das importierte Carlsberg aus dem Monopolladen schäumen. Und wenn der Polizeichef zu später Stunde die Feier verlassen hat, holt jemand verstohlen ein Kästchen kostbarer Konterbande aus dem Versteck: echte Coca-Cola! Wir wollen hoffen, es ist ein guter Jahrgang dabei.



Jedem Mann in Uniform seine Flasche

Der Aufstieg des amerikanischen Coca-Cola-Labels zur absoluten Weltmarke ist unmittelbar mit dem Eintritt der US-Army in den Zweiten Weltkrieg (7. 12. 1941) verbunden.

»Sorgt dafür, dass jeder Mann in Uniform seine Flasche Coca-Cola für fünf Cent erhält, egal, wo er ist und was immer es kostet.« Dieses ehrgeizige Vorhaben des damaligen Firmenchefs Robert Woodruff wurde mit Hilfe militäreigener Logistik und ausdrücklicher Unterstützung durch die militärische Führung tatsächlich in die Tat umgesetzt. Im ersten Kriegsjahr verkaufte die Coca-Cola Company rund 32 Mio. Kisten allein an die Streitkräfte. Schon bald reichte die Transportkapazität der Army allerdings nicht mehr aus, um den GIs die Cola in abgefüllten Flaschen hinterher zu schicken. Um die Versorgung der Soldaten mit dem Soft-Drink, der als kriegswichtiges Gut eingestuft wurde, sicherzustellen, wurden ganze Abfüllanlagen verschifft. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Coca-Cola Company 63 Abfüllstationen rund um amerikanische Militärstützpunkte überall auf der Welt eingerichtet – und so den Grundstock für das moderne, weltweite Coca-Cola-Netzwerk gelegt.

W. Sch.



Neue Häuser aus alten Dosen

Der deutsche Ingenieur Michael Hönes experimentiert in Lesotho mit einem ungewöhnlichen Baustoff



Ein fertiges Haus in Lesotho. Fenster und Türen werden durch Holz stabilisiert, gegen den Wind werden die Wände innen mit Spanplatten verkleidet

Der Ingenieur Michael Hönes

Von Werner Schulz

Erfinder wird, wer a) eine Idee oder b) ein Problem hat. Der Ingenieur Michael Hönes hatte eine Freundin. Die lernte er im südafrikanischen Staat Lesotho kennen. Die beiden wollten zusammen bleiben und in Afrika gemeinsam leben. Und da war es auch schon, das Problem: leben – wovon? Für den Maschinenbauer aus dem Schwäbischen gab es ganz einfach keine Arbeit, jegliche Jobsuche blieb erfolglos. Zurück nach Deutschland wollte der heute 36-Jährige

nicht und so reifte allmählich der Entschluss: »Dann mach' ich halt selber etwas!«

Da er keinerlei Material und auch kein Kapital besaß, musste er auf irgend etwas zurückgreifen, was billigst oder noch besser kostenlos vorhanden war. Und so kam der Erfinder zu seiner Idee: aus leeren Getränkedosen muss sich etwas machen lassen. Kein Kunstwerk und nichts Kitschiges, sondern etwas Brauchbares, etwas, das sich verkaufen lässt, musste es natürlich sein.



Der schwäbische Tüftler experimentierte mit den Dosen, war überrascht von ihrer Stabilität in der Senkrechten, fand eine Technik, sie mittels Draht und Ösen fest zu verbinden und baute schließlich als Nummer eins seiner Produktpalette eine Feuerstelle zum Kochen: unbrennbar, leicht zu transportieren und spottbillig. Die Feuerstelle verkaufte sich, neue Produkte wurden erprobt und dann in Serie gefertigt: Hocker, Tische, Hundehütten, Geräteschuppen und am Ende sogar Häuser.

Zwei der Dosenhäuser aus Michael Hönes Produktion sind derzeit in Hannover aufgebaut, eines auf der EXPO, das zweite in der St. Nikolai-Gemeinde in Hannover Limmer. Und etliche stehen in Lesotho, wo sie nicht nur ausgestellt, sondern bewohnt oder benutzt werden, als kleine Werkstätten, als Friseursalons, als Verkaufsstände ...

Für Michael Hönes ist die leere Getränkedose gerade für die armen Länder der sogenannten »Dritten Welt« ein idealer Werkstoff: »Die Dose liegt als bezahlter Baustoff überall vor Ort.« Und als Baustoff schafft die alte Getränkedose neue Arbeitsplätze. Fünf Mitarbeiter hat Michael Hönes dauerhaft in Lesotho beschäftigt, vor der EXPO waren es sogar 20 Leute, die man brauchte, um die Dosen



Die Produktion der einzelnen Bauteile erfolgt mit einfachsten Mitteln und viel Handarbeit. Fotos: M. Hönes

für die Häuser zu waschen, zu lochen und mit dem eigens entwickelten Werkzeug zu verdrahten.

Während in Lesotho und auch in Südafrika das Interesse an den Dosenprodukten wächst, stoßen der Erfinder und seine Idee hierzulande auch auf Skepsis und Ablehnung. Kritiker befürchten eine Art »Rehabilitierung« des Umweltsünders Dose und halten an der Forderung nach Abschaffung der Einwegbehältnisse fest. Aber diese Haltung, so Michael Hönes, verkennt die Realitäten gerade in den Ländern der »Dritten Welt«. »Mehrweg macht Sinn bei kurzen Wegen und bei guter Hygiene. Aber beides finden wir in diesen Ländern nicht.« Nach seiner Erfahrung – die jeder Globetrotter bestätigen kann – garantiert die verschlossene Dose dem Durstigen weit mehr, dass auch wirklich drin ist, was drauf steht. Verschraubte und verkorkte Flaschen lassen sich dagegen sehr leicht fälschen und bergen so gesundheitliche Risiken.

»In diesen Ländern,« so Michael Hönes, »ist die Dose vorerst unabwendbar.« Bis Oktober steht Michael Hönes Tag für Tag auf der EXPO und nutzt das Großereignis als Werbeforum für seine Sache. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab, neben Südafrika haben sich die Länder Namibia und Sambia interessiert gezeigt. Und ein afrikanisch-deutsches Exportgeschäft ist auch bereits unter Dach und Fach: Die beiden EXPO-Häuser sind verkauft. Ein Gastronom aus dem Raum Stuttgart macht ein Restaurant daraus.



Die toten Dosen

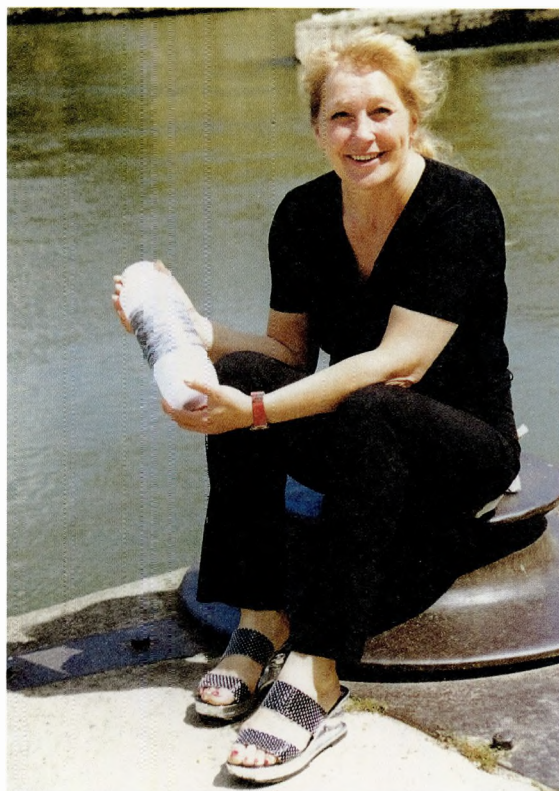
Sechs Milliarden Getränkedosen leeren allein die Deutschen in einem Jahr, durchschnittlich 74 pro Person. Aneinandergereiht ergäben die toten Dosen eine klappernde Blechschlange, die mehrfach um die Erde reichte, insgesamt 660 000 Kilometer lang. Bei der Produktion verschlingt eine einzige Aludose 0,9 kWh Energie und hinterlässt einen Abfallberg, der mehr als das zwanzigfache des Eigengewichts ausmacht.

Das Recycling der Dosen ist – entgegen der Suggestion durch die Werbung – äußerst problematisch, so dass aus alten Dosen keine neuen entstehen können. Über die Einführung eines Pfandes für Dosen wird seit Jahren diskutiert – in Deutschland bislang ohne Konsequenzen.

Mehr Infos bei der Aktion »Total tote Dose«, Güterbahnstraße 10, 37073 Göttingen, www.oneworldweb.de/ttd/ttd/t_dose, oder bei den Landesverbänden des BUND

Flaschenpost für den Frieden

KünstlerInnen aus allen Donaustaaten beteiligen sich an einer einmaligen Performance für den Frieden: Sie werfen ihre Kunst als Flaschenpost in den Fluss



Regina Hellwig-Schmidt mit einer der Kunststoffflaschen, die in allen zehn Sprachen den Aufdruck »Frieden« und im Inneren eine Beilage für den/die FinderIn enthält.
Foto: zivil/W. Schulz

kleines Abenteuer. Keiner der Absender weiß, wie weit die Reise seiner Flaschenpost am Ende geht. Niemand weiß, wann und wo oder ob überhaupt sie jemand findet.

Engagierte Maler, Musiker, Bildhauer, Regisseure, Fotografen, Literaten ... sie alle vertrauen am 23. September der Donau ihre Botschaften an und schicken sie auf diese Art an einen Empfänger, den schlussendlich das Wasser wählt. Aber genau diese Unwägbarkeiten sind ja das Wesen einer Flaschenpost und für die Initiatorin des ganzen Projekts, für die Regensburger Künstlerin Regina Hellwig-Schmidt ist das Unberechenbare, Offene und Zufällige gerade das Besondere an der ganzen Sache: »Wir wollen nicht wieder die 'happy few' erreichen«, sagt sie, »die eh' schon alles wissen, nicht wieder bei denen landen, die wir auf jeder Vernissage treffen.« Die vitale, stets freudig strahlende Malerin hatte die Idee zu der Friedensaktion, und wer sie in ihrem Atelier in der Regensburger Altstadt besucht, der kann sich sofort selbst erklären, wie sie zur Idee mit der Flaschenpost kam: Ein paar Meter vor den Atelierfenstern zieht die Donau vorbei – und schreit geradezu danach, dass man ihr eine message mitgibt.

Ganz so leicht aber ließ sich die Idee von der Friedensflaschenpost nicht umsetzen, zumal es hunderte, vielleicht sogar rund 2000 Flaschen werden sollen. Da müssen Genehmigungen her: von der Stadt, vom Wasserwirtschaftsamt, vom Umweltministerium, von der Landesregierung ... und das aus allen Anliegerstaaten. Ein enormer organisatorischer Aufwand liegt hinter der Initiatorin und dem Regensburger Verein KunstKnoten, der als Veranstalter fungiert. Aber durch zahlreiche Reisen und gute Kontakte konnten die Hürden aus dem Weg geräumt werden.

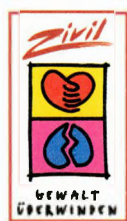
Wenn am 23. September mit Friedensfesten in zahlreichen Donaustädten die Aktion beginnt, wenn die Flaschen von Brückengeländern geworfen werden oder von Schiffen über

Bord gehen und die Menschen ihnen hinterherschauen, dann hat sich ein Wunsch der Initiatorin schon erfüllt: »Wir alle sollten in beide Richtungen sehen. Jahrzehntelang haben wir nur in eine Richtung geschaut, in Richtung Westen nämlich.« Das ganze Projekt, zu dem auch ein Buch, eine Website und eine für 2001 geplante »Donau-Konferenz« gehören, ist für Regina Hellwig-Schmidt trotz des antiquierten und unsicheren »Mediums« der Flaschenpost letztlich mit dem Ziel der Information verbunden. »Je mehr wir übereinander wissen, desto besser sind wir miteinander verbunden. Wenn wir um das Verbindende wissen, können wir auch dem Trennenden mit Respekt begegnen. Ich glaube, so gedeiht Frieden.«



Info: KunstKnoten e.V., Am Wiedfang 5, 93047 Regensburg, Fax: 00941/5998320, e-Mail: hylomene@gmx.net
www.paxdanubiana.de

Das Buch »Donauwelten« mit historischen, literarischen und wissenschaftlichen Texten sowie Bildern und Gedichten ist im Buchhandel erhältlich und kostet 48 Mark. ISBN 3-929517-37-X



Von Werner Schulz

Am 23. September, um Punkt 11 Uhr ist es so weit: Mehr als 1700 Künstlerinnen und Künstler aus allen zehn Donauanrainerstaaten werden je eine ganz persönlich gestaltete »Flaschenpost für den Frieden« den Wellen der Donau übergeben.

Bilder, Drucke, Textilien, Fotos, kleine Objekte, Briefe und Gedichte ... alles, was an Friedenszeichen, Friedensgeschenken, Botschaften, Bitten oder Symbolen hineinpasst in die einheitlichen Kunststoffflaschen, wird als »pax Danubiana« flussabwärts treiben, als Zeichen der Hoffnung auf Frieden an der Donau, als Zeichen des Miteinanders, der Verbundenheit – und jede Flasche für sich als

Flaschenpost: 85 Jahre wasserdicht

Auf dem Weg zum Einsatz während des Ersten Weltkrieges schrieb der britische Soldat Thomas Huges am »neunten Tag im September 1914« seiner Frau einen Brief, steckte ihn in eine Flasche und warf sie in den Ärmelkanal. Zwei Tage später fiel der Soldat in Frankreich.

Fast 85 Jahre nach seinem Tod, im März 1999, fand ein englischer Fischer die Flasche in einem seiner Netze. Der Gummiverschluss saß noch fest, so dass der Brief lesbar war und der Tochter des Soldaten überbracht werden konnte. Die 87jährige Greisin war zu Tränen gerührt, sie war zwei Jahre alt, als sich ihr Vater mit einem Kuss von ihr verabschiedet hatte.

Von Tobias Kaufmann

Schon wieder Straßenfußball. Diesmal in Potsdam. Diesmal allerdings kein Event. Nike ist nicht zu sehen, auch nicht Puma und Promi-Kicker schon gar nicht. Nur Jugendliche in bunten DDR-Ampelmännchen-T-Shirts bolzen auf den beiden Kleinfeldern herum, und statt Werbung sollen sie eine Botschaft weitertragen: Frieden fängt beim Fußball an. Ausgerechnet hier, im Kirchsteigfeld. Dort, wo Potsdam nicht preußisch-ockerfarben ist. Wo sich Hochhäuser blockwei-



In jedem Team müssen Mädchen mitspielen

bei diesem Projekt, an dem in der kolumbianischen Großstadt tausende Jugendliche teilnehmen, sondern auch faires Verhalten und der Umgang untereinander. In jedem Team müssen Mädchen mitspielen und nur wenn diese das erste Tor schießen, zählen auch alle anderen. Der Erfolg, der sich in unmöglich scheinenden Statistiken über den Rückgang von Gewalt und Morden ausdrückt, war so durchschlagend, dass Griesbeck das Programm für exportfähig erklärt hat. Gewaltprävention durchs Hintertor, oh-

Aussiedler, Punks und junge Rechte sich in Brandenburg selbständig zum gemeinsamen Kicken treffen, brauchen alle Beteiligten viel Geduld. Für zunächst drei



Frieden fängt beim Fußball an

Der Sportsoziologe Jürgen Griesbeck hat sein erfolgreiches Straßenfußball-Projekt, das Jugend-Gewalt eindämmen soll, aus dem kolumbianischen Medellin exportiert. Nach Brandenburg



ne Schiedsrichter und erhobenen Zeigefinger soll auch in Brandenburg greifen. Mit leicht veränderten Regeln ging es im Mai in Niedergörsdorf los. Vor und nach jedem Spiel trifft man sich im Mittelkreis und bespricht die Partie. Ob sich alle an die zuvor abgesprochenen Sonderregeln gehalten haben, ob es Fouls gab, ob es Spaß gemacht hat. Das ist obligatorisch, auch hier in Potsdam. Die »Rohrbecker Wölfe« diktieren dem Teamer Thomas Kaiser in den Spielbericht, dass »Real Sprötzel« etwas zu ruppig gespielt habe. »Stimmt das?« Ein Sprötzeler nickt: »Okay, das eine Mal hab ich etwas geschubst. Tut mir leid.« Trotzdem einigen sich alle am Ende, dass beide Teams den Fairnesspunkt verdient haben. »Etwas affig« fand Sabine vom Club 96 dieses Getue anfangs schon. Doch sie gewöhnen sich daran, sie vertragen sich auch ohne neutralen Schiedsrichter während des Spiels – schließlich wird Fairness belohnt. Wer will schon eine sicher geglaubte Partie wegen schlechten Betragens noch abgeben müssen? Für Jürgen Griesbeck ist solche Einsicht der entscheidende Erfolg. Er ist überzeugt, dass die Jugendlichen ihr Verhalten vom Fußballplatz in den Alltag mitnehmen. Wen man vom Fußball kennt, verkloppt man nicht. Doch bis

Jahre ist das Projekt mit dem Ampelmännchen vom Bund finanziert. Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer hat die Schirmherrschaft übernommen und hat seitdem einen neuen Lieblingssatz von Albert Camus: »Alles, was ich über das Le-



Er hatte die Idee: Jürgen Griesbeck

se aneinander reihen und den Blick auf die Schlösser und Gärten verstellen. Wo keiner aus dem feineren Ortsteil Babelsberg ohne guten Grund hingeht. Kurz: dort wo angeblich die Asozialen wohnen. Dahin haben sich zwei Teams aus Babelsberg getraut, und noch ein paar aus der Gegend, zwei sind sogar aus Niedergörsdorf gekommen, einem Ort der genau so ist, wie der Name sagt. Und keiner gammelt rum oder zettelt eine Schlägerei an, alle spielen sie Fußball, sogar die Mädchen. Nebendran steht Jürgen Griesbeck, der Schuld ist an dieser Ungeheuerlichkeit, und macht einen zufriedenen Eindruck. In Medellin hat er mit seiner lächerlich klingenden Straßenfußball-Idee die Jugendlichen von Mord und Drogen abgebracht. Nicht nur die Tore zählen

Für die nächsten drei Jahre wird das Projekt vom Bund finanziert, Schirmherrin ist Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer
Fotos: Kaufmann

ben weiß, weiß ich vom Fußball.« Im September stellt sich »Straßenfußball« auf der EXPO in Hannover vor, im Oktober gibt es eine Weltmeisterschaft. Wie in Medellin laden sich die Mannschaften in Niedergörsdorf bereits selbständig zu Turnieren ein. Alle vierzehn Tage geht das so. Ohne Nike, Puma und Promi-Kicker. Das Ausrichter-Team bekommt einen Extrapunkt und spendet hinterher die Würstchen.

Verkehrspilot / Fluglotse



Interessante Berufe mit Zukunft. Die Stellen sind da. Die Vorbereitung auch. Das ATTC-Training für die Einstellungstests von Lufthansa und DFS garantiert Ihren Erfolg.

- Vorbereitung auf den DLR-Test (BU) und Firmenqualifikation für die LH-Verkehrsfliegerschule
- Vorbereitung auf den DLR-Test für angehende Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung DFS

Intensiv-Training durch Verkehrsflugzeugführer, promovierte Dozenten und Fachlehrer

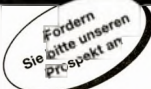
- Seriöse Schulung und individuelle Betreuung bis zur sicheren Teststreife
- Anerkanntes Seminar, Förderung durch das BAZ für Zivildienstleistende.



ATTC München	Gabriela Müller M.A.	☎ (0 89) 60 60 15 30	Fax (0 89) 60 60 15 33
ATTC Hamburg	Dipl.-Ing. Olaf Pattberg	☎ (0 40) 2 51 21 20	Fax (0 40) 2 51 41 21
ATTC Frankfurt	Dr. Wolfgang Lorenz	☎ (0 69) 66163344	Fax (0 69) 66163355
ATTC Wien	Mag. Doris Scherling	☎ (01) 7 68 50 70	Fax (01) 7 68 50 71
ATTC im Internet:	http://www.attc.de	E-Mail: info@attc.de	

Ⓟ eine Chance für Realschüler/-innen

Physik – Informatik –
Elektronik und Datentechnik



Berufsausbildung zu technischen Assistenten

Physikalisch-Technische Lehranstalt · Feldstraße 143 · 22880 Wedel · (04103) 8048-0 · <http://www.ptl.de>

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum

• **staatl. geprüften Betriebswirt**

• Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum

• **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt**

Beginn: September • Wohnheime, Förderg. möglich

<http://blindow-schulen.de/halle.html>

Bernburger Str. 5 • Tel./Fax 0345 / 2026663

schulgeldfrei

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

• **Physiotherapie** • **Medizin. Fußpflege**
• **Ergotherapie** • **Rettungsassistentz**

Beginn: 01.09.2000 • Förderg./schuleigene Finanzierg.

**Frankenstraße 42 • 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3**

Bernd-Blindow- u. Dr.-Rohrbach-Schulen

- ▶ Physiotherapeut/in (auch als Nachqual. für Masseure)
- ▶ Ergotherapeut/in ▶ Masseur/in
- ▶ Logopäde/in
- ▶ Kosmetiker/in
- ▶ Pharmazeutisch-, Biologisch-techn. Assistent/in
- ▶ Techniker/in (Umweltschutz, Maschinentchnik)
- ▶ Assistent/in Wirtschaftsinformatik i.V.
- ▶ Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien, Informatik i.V.)

DIPLOMA Fachhochschulen

Nordhessen / Oelsnitz/Vogtl.

Es ist Zeit... ...für Ihre Karriere

- ▶ **Diplom-Betriebswirt/in**
- ▶ **Diplom-Rechtswirt/in** in **3 1/2** Jahren.
- ▶ **Diplom-Wirtschaftsing. IT**
Präsenz- und Fernstudium

Ausbildungsorte*: Bad Sooden-Allendorf, Berlin**, Bonn, Bückeburg, Friedrichshafen, Hannover, Kassel, Leipzig, Oelsnitz/Vogtl., Raisdorf/Kiel

*Die genannten Ausbildungen werden nicht an jedem Standort angeboten / **i.V.

Info.: Bernd-Blindow-Schulen, Herminenstr. 17f, PF 20 01 64, 31669 Bückeburg

Ortstarif: 01801 500 555 <http://www.blindow.de> <http://www.diploma.de>

Für ZIVILDienstLEISTENDE zur beruflichen NEUORIENTIERUNG



Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche durch eine praxisgerechte Fortbildung und staatliche Abschlußprüfung als

EINRICHTUNGSFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

KÜCHENFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

BETRIEBSWIRT
FACHRICHTUNG MÖBELHANDEL
– 4 Semester –

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Frankenheimstraße 6
50931 Köln (Lindenthal)

Telefon 02 21/94 01 30
Telefax 02 21/9 40 13 27

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
des Arbeitsamtes möglich

„Wir wollen ein Ort sein, an dem sich Nächstenliebe ereignet.“
Dieses Ziel bestimmt die Arbeit im Annastift, einem modernen christlichen Dienstleistungsunternehmen in Hannover und Mitglied des Diakonischen Werkes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. 1400 Mitarbeitende in 5 Bereichen und 2 Standorten arbeiten daran, dieses Ziel in die Tat umzusetzen.

„Duale Studiengänge“ Ergo- und Physiotherapie

in Kooperation mit der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen – an den

**Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe
Annastift eV**
Heimchenstraße 1-7 · 30625 Hannover

Infos unter: www.annastift.de oder telefonisch: (05 11) 53 54-660, 53 54-663.
e-Mail: ssg@annastift.de

Annastift
Kompetenz und Nächstenliebe



**Gemeinnützige
Bildungsein-
richtung für
Fortbildung
und Umschulung**

Ausbildung in Heidelberg

Arbeitserziehung

staatlich anerkannte 2jährige
Ausbildung mit den Schwer-
punkten: Psychologie, Pädago-
gik, Arbeitserziehung/Arbeits-
therapie, Gestaltungstechniken,
Keramik, Holz u.a.,
Beginn: 02.11.2000

**Jugend- und Heim-
erziehung**

staatlich anerkannte 2jährige
Ausbildung mit Schwerpunkt
Erlebnispädagogik (Outdoor,
Natursport, Auslandsprojekte),
Beginn 02.11.2000

Weitere Informationen:

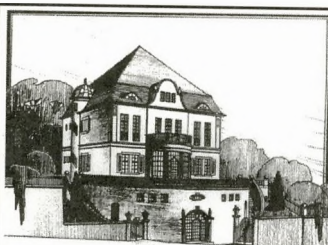
F+U Akademie für Sozialberufe
Fahrtgasse 7-13
69117 Heidelberg
Tel.: 0 62 21-9 12 00 oder
91 20 26/-27

Heilerziehungspfleger/in

Staatlich anerkannt

Beginn: April/Oktober
Zulassungsvoraussetzung:
Mittlerer Bildungsabschluss und
einjährige praktische Tätigkeit.

F+U Heidelberg,
Fahrtgasse 7-13
69117 Heidelberg
Tel.: 06221/91200



**Katholische
Fachschule für
Sozialpädagogik**

Ausbildung zum/zur
**Jugend- und
Heimerzieher/in**

Ausbildung
zum/zur Erzieher/in

Stuttgart

Hohenzollernstraße 24
D-70178 Stuttgart
Telefon (0711) 60 04 35
Fax (0711) 60 95 90



SCHULEN
DR. W. BLINDOW
30171 HANNOVER Baumstr. 20

- **BETRIEBSWIRT/in**
- **TECHNIKER/in**
Maschinen • Elektro • Umwelt • Medizin
- **ZUSATZQUALIFIKATION**
für Techniker • Betriebswirtschaft

Vollzeitform
Individuelle Ausbildungsberatung

Tel.: 0511 / 17 67 1
Fax: 0511 / 28 34 29 2

STAATLICH ANERKANT

SCHULEN
DR. W. BLINDOW
30171 HANNOVER Baumstr. 20

**THERAPEUTISCHE
LEHRANSTALTEN**
32423 MINDEN

- **Ergotherapeut/in**
- **Physiotherapeut/in**
- **Rettungsassistent/**

Tel. 0571 / 84 00 83
Fax 840025 / Marienwall 24
http://www.blindow-schulen.de/minden/html
eMail: TLMINDEN@aol.com

STAATLICH ANERKANT

SCHULEN
DR. W. BLINDOW
30171 HANNOVER Baumstr. 20

- **BETRIEBSWIRT/in**
Controlling / Marketing / Finanz
- **TECHNIKER/in**
Elektro • Umwelt • Medizin • Masch. bau

Beginn: April/Oktober

Tel.: 0511 / 17 67 1
Fax: 0511 / 28 33 14 4

STAATLICH ANERKANT

www.blindow-schulen.de

staatlich anerkannt

Plus-
angebot
Informatik

- ◀ **Technikerⁱⁿ***
- ◀ **Betriebswirtⁱⁿ***
- ◀ **Hotelbetriebswirtⁱⁿ***

- **Altenpflegerⁱⁿ**
- **Ergo- • Physiotherapeutⁱⁿ**
- **Kosmetikerⁱⁿ • Masseurⁱⁿ**
- **Rettungsassistentⁱⁿ**

Hannover • Stadthagen* 05721/
97410
staatlich anerkannt



„SEIN IST DIE ZEIT“

„MIT CHRISTUS UNTERWEGS IN GEMEINSCHAFT“

Wir, die *Franziskanerbrüder vom Heiligen Kreuz*, versuchen durch ein Leben in Gemeinschaft auch in unserer Zeit, Jesus von Nazareth und seine Idee erfahrbar zu machen. Wir stehen an der Seite von Menschen, die in unserer Gesellschaft keine „Stimme“ haben. Motivation auf diesem Weg ist uns die gemeinsame Suche nach Gott und ein Leben nach den Idealen des Heiligen Franziskus von Assisi. Menschen sind gefragt und herausgefordert, die Zeichen der Hoffnung und der Liebe setzen möchten.

Wenn Dein Interesse geweckt wurde und wenn Du uns näher kennenlernen willst, dann schreibe an:

Br. Bonifatius Faulhaber FFSC
St. Marienwörth, 55543 Bad Kreuznach
Tel.: 0671/372 306; Fax.: 0671/372 460
Email: kbfsc@netart-net.de
Homepage: <http://franziskanerbrueder.orden.de>

P eine Chance für Realschüler/-innen

**Physik – Informatik –
Elektronik und Datentechnik**

Fordern
Sie bitte unseren
Prospekt an

Berufsausbildung zu technischen Assistenten

Physikalisch-Technische Lehranstalt · Feldstraße 143 · 22880 Wedel · (04103) 8048-0 · <http://www.ptl.de>

Hier könnte Ihre Anzeige stehen.

Infos: Rodmann & Partner
Kommunikation und Media-Service, HDV
Woldsenweg 14, 20249 Hamburg
Tel. 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12

Ihre Alternative zum Studium

STAATLICH GEPRÜFTE/R BETRIEBSWIRT/IN

Studiendauer

- Vollzeit 4 Semester
- Teilzeit 8 Semester
- Verkürzte Studiendauer für Abiturienten

Wir geben Ihnen aktuelle Perspektiven zu:

- Existenzgründung
- Netzwerktechnik
- Bewerbung und Kommunikation

Staatlich anerkannte Wirtschaftsfachschule Berufskolleg
Konrad-Adenauer-Platz 9
40210 Düsseldorf,
Tel. 0211/17 93 730
Fax 0211/17 93 73 20

Wir bieten Ihnen zusätzliche Qualifikationen:

- Geprüfter Wirtschaftsinformatiker (Kammerabschluß)
- Fachhochschulreife NRW
- Ausbildereignungsprüfung

Voraussetzungen

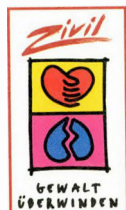
- Kaufmännischer Berufshintergrund

Individuelle Beratung
jeden Mittwoch von
16.45 bis 17.45 Uhr

Förderungswürdig nach
„Meister-Bafög“

Internet-Seite:
www.shuttle.de/d/daa-wfs

Insgesamt 15 Jugendliche nehmen in diesem Sommer am »Streetworker«-Projekt im Schwimmbad teil



Von Ernst von der Recke

Leichtfüßig und beschwingt zogen etwa vierzig Jugendliche durchs Schwimmbadgelände zum Volleyballplatz – vorneweg die Jungen, gefolgt von den Mädchen. Ein lebhaftes Sprachgemisch aus gebrochenem Deutsch, Türkisch und Russisch erfüllte die Szene. Zurück blieben ein junger Mann türkischer Abstammung, ein Bosnier und eine deutsche Frau. Nur langsam verzog sich die Menge der Schaulustigen. In einigem Abstand standen die Bademeister mit blassen Gesichtern. Das Handy, das sie seit einer dreiviertel Stunde in der Hand hielten, um im Bedarfsfall sofort die Polizei rufen zu können, ließen sie sinken. Die deutsche Frau hielt einen Stapel alter Zaunlatten mit herausstehenden Nägeln in der Hand. Etwas ratlos stand sie da und guckte der abziehenden Gruppe nach: »Kann das gut gehen, wenn die behaupten, sie wollten jetzt miteinander Volleyball spielen?!« Was war passiert?

Grenzen setzen

Der Ort des Geschehens war das zentrale Freibad in Wetzlar. Hier gibt es seit dem Sommer 1996 ein so genanntes »Streetworker«-Projekt. Etwa 20 Jugendliche und junge Erwachsene unterschiedlicher Abstammung und Herkunft sind seither jedes Frühjahr vorbereitet worden, während der Sommerferien nachmittags von 14 bis 18 Uhr für einen Dienst zur Verfügung zu stehen, verbunden mit einer finanziellen Anerkennung. Sie sind in Dreier-Teams eingeteilt. Dabei ist Sorge getragen, dass diese Untergruppen möglichst beiderlei Geschlecht enthalten und Sprachkompetenzen in Deutsch, Türkisch und einer slawischen Sprache besitzen.

Das Motto, unter dem dieses »Streetworker«-Projekt steht, heißt »Grenzen setzen – Räume öffnen«. Getragen wird es von einem großen Kreis von Personen aus der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit, einschließlich der Polizei mit ihrer »Arbeitsgruppe Gewalttäter an Schulen«, und von Personen verschiedener kultureller und religiöser Vereine und Einrichtungen.

»Was will der denn?«

Dem eingangs beschriebenen Konflikte ging wohl der heißeste Streit in der vierjährigen Geschichte des Projekts voraus. Ercan, der Freiwillige mit türkischer Abstammung, hatte einen Schlag gehört und beim Hinschauen wahrgenommen,

dass ein russlanddeutscher Jugendlicher einen kurdischen Jugendlichen offenbar ohne jegliche Vorwarnung am Rand des Freibads ins Gesicht geschlagen hatte. Andere waren ebenfalls aufmerksam geworden und durch den offenen Disput formierten sich in Windeseile zwei Gruppen, eine türkisch und eine russisch sprechende. Die Emotionen auf der Seite des Geschlagenen kochten hoch: »Seit drei Jahren habe ich mich nicht mehr geprügelt, jetzt ist es mal wieder so weit! ...« Einige gingen an einen nicht weit entfernten Lattenzaun und rissen einige Latten heraus, mit denen sie sich bewaffneten. Ercan hatte die türkisch geführte Diskussion mit verfolgt und schritt ein – deutsch sprechend. Er wurde sofort als unerwünschter Eindringling identifiziert: »Was will der denn?« fragte ein Junge auf türkisch. Ercan überraschte ihn und die anderen, indem er auf türkisch antwortete und erklärte, wer und in welcher Funktion er hier sei und dass er nicht dulden würde, dass sie hier auf dem Schwimmbadgelände eine Schlägerei vom Zaun brechen würden. Sichtbar in ihrem

Schwung gebremst, einigte sich die Gruppe, vor den Eingang des Schwimmbadgeländes zu gehen. Um den, der geschlagen hatte, hatte sich ebenfalls sehr schnell eine Gruppe von russlanddeutschen Jungen und Mädchen gesammelt. Ihre Empörung bestand darin, dass der Kurde eines »ihrer« Mädchen belästigt hätte. Zu ihnen hatte sich Almir, ein bosnischer Freiwilliger gesellt. Er verstand in etwa, was sie sagten und brachte sich als »Streetworker« beruhigend ein.

Sprachprobleme

Als letzte kam Ulrike hinzu, eine Deutsche, die auch außerhalb des Projekts schon Erfahrung in Sachen Streitschlichtung gesammelt hatte. Sie erkundigte sich schnell bei ihren beiden Kollegen, befand, dass es keine befriedigende Option sei, das Problem lediglich raus aus dem Schwimmbad zu verlagern und dass sie eine Vermittlung wagen wollte. Die Gruppe der Russlanddeutschen war sofort bereit, sich auf eine Konfrontation mit der Gegenseite einzulassen. Sie folgten Ulrike



Streit und Schlägereien sind schnell vom Zaun gebrochen – friedlich zu schlichten ist da weit schwieriger. In Wetzlar bereiten sich Freiwillige als Streitschlichter vor und werden dann in sozialen Brennpunkten eingesetzt, z. B. im Schwimmbad. Oft erzielt der Einsatz der so genannten »Streetworker« verblüffende Erfolge

auf ihrem Weg zu der Gruppe im Eingangsbereich. Im Handumdrehen war dieser Bereich dicht, niemand konnte mehr hinein oder hinaus.

Der Versuch, die ursprünglich Beteiligten herauszufinden, erwies sich als äußerst schwierig. Andere, die nicht unmittelbar am Streit beteiligt waren, hetzten am meisten. Die Absicht, die Auslöser des Streites gesondert zu nehmen, erwies sich als gänzlich unmöglich. Die Angelegenheit war zur einer Ehrensache geworden, in der es jetzt keine Unbeteiligten mehr gab. Almir und Ercan standen zwischen den Gruppen und hielten »ihre« Leute in Schach. Ulrike stand ebenfalls dazwischen und wandte sich von der einen zu der anderen Seite, immer bemüht, die Betroffenheit und den Hergang zu verstehen. Als sich herausgestellt hatte, dass der, der geschlagen hatte, überhaupt kein Deutsch verstand und sich jemand als Dolmetscher anbot, gelang es leichter, den Fortgang der Auseinandersetzung zu strukturieren. Die Wahrnehmung des Hergangs war unterschiedlich. Ob der kurdische Jugendliche die Schwester des Russlanddeutschen geschubst oder nur angeredet hatte, blieb unklar. Die Wende kam an dem Punkt, als der Kurde seinen Kontrahenten fragte: »Warum hast Du denn gleich geschlagen?« Sie seien hier doch in Deutschland und nicht in Kasachstan und auch nicht in Anatolien. Hier dürfe man Mädchen anschauen und auch mit ihnen reden. Der Angeredete erklärte, dass er ihn ja nicht ansprechen konnte, da er weder deutsch noch kurdisch spreche. Um die Familienehre zu wahren, sei ihm nur die Möglichkeit des Zuschlagens geblieben.

Freiwillige Entwaffnung

Damit war die alle verbindende Herausforderung auf dem Tisch: An einem fremden Ort mit anderen Sitten die Beziehung zum anderen Geschlecht aufzubauen und

dabei sein eigenes Ehrgefühl zu wahren! Dies war tatsächlich ein Thema, das alle betraf, nicht nur die beiden primär am Streit beteiligten. Eine Lösung des Streites war nun nicht mehr weit: Der Russlanddeutsche entschuldigte sich bei dem Kurden, und der Kurde bei dem Mädchen. Beide taten das jetzt aus freien Stücken und im Respekt vor den Bedürfnissen des anderen und seinen Grenzen.

Das, was normalerweise am Anfang einer Streitschlichtung, einer so genannten »Mediation« geschieht, nämlich dass man sich gegenseitig vorstellt, konnte in diesem Fall erst jetzt geschehen: Ulrike wandte sich an die, die eine Latte in der Hand hielten, stellte sich vor und fragte sie nach ihrem Namen. Dann bat sie, ihr die Latten auszuhändigen. So endete mit der freiwilligen Entwaffnung auch die Anonymität. Der Wunsch, miteinander ein Volleyball-Match auszutragen, entsprach dem guten Gefühl, ein existentielles Problem bearbeitet zu haben und darüber miteinander vertraut geworden zu sein.

Ercan, der nach einer Zeit

der Arbeitslosigkeit jetzt wieder die Schulbank drückt, um das Abitur nachzumachen, ist inzwischen ein begehrter Mitarbeiter in der städtischen Jugendarbeit. Almir, der immer noch nicht in seine Heimat zurückkehren kann, lebt und denkt europäisch. Er hat in Deutschland einen Beitrag zum Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien leisten können. Vielleicht wird er ähnliches auch in seiner zerrissenen Heimat einmal leisten können. Und Ulrike sucht ihren Weg als Mediatorin im schulischen Bereich und in der Stadtteilarbeit.

Der Autor ist Mitglied der ökumenischen Lebensgemeinschaft Laurentiuskonvent in Laufdorf, Ringstr. 21, 35641 Schöffengrund. Er engagiert sich im Bereich Mediation, besonders an Schulen und in der Arbeit des friedenskirchlichen Netzes Church and Peace.

Eine ausführliche Dokumentation über das Streetworker-Projekt ist über Frau Barbara Bayani vom Koordinationsbüro des Bürgermeisters der Stadt Wetzlar (Ernst-Leitz-Str. 30, 35578 Wetzlar, Tel. 06441/99-472) zu beziehen.

Der vorliegende Text wird auch erscheinen in der Materialmappe zur diesjährigen Ökumenischen Friedensdekade. Siehe auch S. 6.

Die »StreetworkerInnen« der Saison 2000 im Wetzlarer Freibad
Domblick: Nicole und Kristina (v.r. sitzend), Dago und Patrick (v.r. stehend) Foto: Pöllnitz

ZIVISHIRT.de

JA JA MEIN JUNGE, BESTELL DIR RUHIG DIE GÜNSTIGEN ZIVILEIBCHEN BEI ZIVISHIRT.de! DORT FINDEST DU NOCH MEHR SHIRTS, FARBEN UND MOTIVE. SURFIT, MEIN JUNGE, SURFIT!!!

RETTER IM DIENST

ONLINE BESTELLEN BEI WWW.ZIVISHIRT.DE
KATALOG ANFORDERN UNTER
TEL 0561-7391235 FAX 7390010



ai-Jahresbericht

Menschenrechtskrisen sind keine Naturkatastrophen

Mitte Juni veröffentlichte amnesty international den Jahresbericht 2000. Barbara Lochbihler stellt das 624-seitige Buch vor.

Der **ai-Jahresbericht** hat 144 Länderkapitel. Grundlage für die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen waren Ermittlungsmissionen und Prozessbeobachtungen in 70 Ländern, bei denen Menschenrechtsverletzungen recherchiert sowie Gespräche mit Opfern, Rechtsanwälten, Oppositionellen, Journalisten oder Regierungsvertretern geführt oder Prozesse beobachtet wurden. Diese Ermittlungsarbeit ermöglichte ai die Veröffentlichung von 99 Länder- und Themenberichten zu Menschenrechtsverletzungen in 49 Staaten.

Gewaltlose politische Gefangene gab es im vergangenen Jahr in 63 Ländern, Menschen, die ausschließlich wegen ihrer politischen Überzeugung, Hautfarbe, Herkunft, Sprache, ihres Glaubens oder ihres Geschlechts inhaftiert sind. Gewaltlose politische Gefangene gibt es zum Beispiel in China, Indonesien, Iran, Myanmar/Birma, Peru, Sri Lanka, und Syrien.

Unfaire Gerichtsverfahren musste ai in 51 Staaten dokumentieren. In 63 Staa-

ten waren Hunderttausende ohne Anklage und Verfahren in Haft.

Politische Morde durch Militär, Polizei und Paramilitärs fanden in 38 Ländern statt, unter anderem in Brasilien, Burundi, Kolumbien, in der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda, Togo und Tschad.

Das »**Verschwindenlassen**« von Menschen aus politischen Gründen musste ai in 37 Staaten registrieren, beispielsweise in Algerien.

Folter, Misshandlungen und Vergewaltigungen gab es in 132 Staaten. In 81 Ländern sind insgesamt mehrere hundert Menschen an den Folgen der Folter oder an unmenschlichen Haftbedingungen gestorben. Systematische Folter hat ai beispielsweise in China und in der Türkei festgestellt.

Die **Todesstrafe** wurde in 31 Ländern an 1813 Menschen vollstreckt. In 63 Staaten wurden 3857 neue Todesurteile verhängt. Mehr als die Hälfte aller von ai dokumentierten Hinrichtungen fanden in China statt, weitere 20 Prozent in der Demokrati-

schen Republik Kongo, den USA, Iran und Saudi-Arabien.

Geiselnahme, Folter und politische Morde durch bewaffnete politische Gruppen wurden in 46 Ländern registriert, beispielsweise in Algerien und Sierra Leone.

Die im Jahresbericht genannten Zahlen geben nur die von amnesty international ermittelten Menschenrechtsverletzungen wieder. Die tatsächlichen Zahlen liegen höher. Auch die Beschränkung auf 144 von über 190 Staaten ist nicht so zu verstehen, dass in den nicht aufgeführten Ländern keine Menschenrechtsverletzungen geschahen. Der Jahresbericht 2000 berichtet über Menschenrechtsverstöße zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 1999.



ai-Jahresbericht 2000, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 624 S., DM 21,90

Menschenrechts-Filmpreis offen für Amateure

Amnesty international und weitere Organisationen haben zum zweiten Mal nach 1998 den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis ausgeschrieben. Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, Schirmherrin des Wettbewerbs, hält es für wichtig, »das Thema der Menschenrechte auch in der deutschen Öffentlichkeit stärker zu verankern«. Die Deutsche Unesco-Kommission unterstützt den Filmpreis als Beitrag für das Internationale Kultur- und Friedensjahr 2000.



Der Wettbewerb richtet sich sowohl an Profis als auch an Amateurfilmer. Die Filme oder Videos der Amateure dürfen maximal zehn Minuten lang sein und können in jedem Format eingereicht werden. Die besten Produktionen werden am 9.12.2000 in der »Nacht des Menschenrechtsfilms« in der Nürnberger Tafelhalle öffentlich gezeigt. Der 1. Preis ist in beiden Kategorien mit 3000 Mark dotiert. Einsendeschluss ist der 1.10.2000.

Die Wettbewerbsunterlagen gibt's bei der Evangelischen Medienzentrale Bayern, Hummelsteiner Weg 100, 90459 Nürnberg, Telefon 0911/4304211, Fax 0911/4304214, www.menschenrechts-filmpreis.de

werden am 9.12.2000 in der »Nacht des Menschenrechtsfilms« in der Nürnberger Tafelhalle öffentlich gezeigt. Der 1. Preis ist in beiden Kategorien mit 3000 Mark dotiert. Einsendeschluss ist der 1.10.2000.

Menschenrechtspreis für Soldatenmütter

Das russische Komitee der Soldatenmütter ist mit dem Menschenrechtspreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet worden. Damit soll die Ende der 80er Jahre aus Protest gegen die Dienstbedingungen bei der »Roten Armee« gegründete Organisation für ihr Friedensengagement geehrt werden. Die »Soldatenmütter«



hatten im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 96 Kriegsgefangene beider Seiten besucht und russische Rekruten nach Hause zurückgeholt, um den Krieg zu beenden. 1996 bekam die Gruppe dafür den Alternativen Nobelpreis. Im aktuellen Tschetschenienkrieg sind die »Soldatenmütter« eine der wenigen Stimmen, die sich in der russischen Öffentlichkeit gegen die Kriegspropaganda der Putin-Regierung erheben. Auch für die Rechte von Wehrpflichtigen und für ein Zivildienstgesetz setzt sich die Organisation seit Jahren ein. (zivilberichtete ausführlich in Nr. 4/99)

Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Soldatenmütter Russlands. Foto: Jens Schicke

Von Markus Baum

Frsatzreservist ohne Fehler, aber zu schwach – das Musterergebnis

Vereinigung aus Berlin: er sollte die literarische Leitung des neugegründeten Furchel-Verlages und die Redaktion des Mitteilungsblatts der DCSV übernehmen.

Der Glaube wirkt über Grenzen hinweg

Kein Dienst für Hitler

Die Bewährungsprobe kam 1933. Eberhard Arnold hat den diabolischen Charakter des Nationalsozialismus durchschaut und hat die mittlerweile fast 100-jährige...

Wählen Sie hier und jetzt Ihr Berufs- oder Bildungsziel

50 Jahre SGD
Erfolgreich für Ihre Weiterbildung

... und wir schicken Ihnen kostenlos das neue SGD-Informations-Paket

605 Abitur	639 Englisch für den Beruf	749 Internet-Betreuer/in	633 Latein	553 Netzwerk-betreuer/in NT mit Telekommunikation
601 Allgemein-bildung	791 Erfolgreich selbständig werden <small>inkl. Abschlussgutachten</small>	754 Internet-Praxis	766 Geprüfte/r Management-assistent/in bSb	755 Online und Multimedia
810 Antiquitäten	712 Erfolgreich verkaufen	761 Internet-Publisher SGD	719 Managementkurs	752 Organisationsprogrammierer/in SGD
714 Ausbildung der Ausbilder IHK	785 Sichere Existenzgründung	642 Lebendiges Italienisch für Anfänger	771 Marketing-Referent/in SGD	757 PC-Betreuer/in SGD
512 Bauzeichnen CAD	620 Fachhochschulreife Wirtschaft/Technik	746 JAVA-Programmierer/in	865 Marktforschung und Statistik für Verkauf	758 PC-Fachverkäufer/in SGD
700 Betriebswirt/in SGD	707 Fachkaufmann/-frau Marketing IHK	804 Karikatur- und Comiczeichnen	181 Maschinenbautechniker/in	756 PC-Praxis
854 Betriebswirtschaftslehre für Nichtkaufleute	704 Fachwirt/in Industrie/Handel IHK	713 Kaufmännischer Grundkurs	790 Maschinschreiben am PC	819 Persönlichkeitsbildung
702 Technische/r Betriebswirt/in IHK	866 Fitnesscenter-Manager SGD - Studioleiter/in	792 Kaufm. Praxis am Arbeitsplatz mit Video	612 Mathematik	831 Praktische Altenbetreuung
851 Bilanzbuchhalter/in IHK	806 Fotografieren leicht gemacht	811 Kinder-erziehung	551 Mikroprozessor-Technik	814 Praktische Psychologie
780 Buchführung u. Bilanzierung	632 Lebendiges Französisch für Anfänger	501 Konstrukteur/in CAD	555 Netzwerk-administrator NT	750 Programmierer/in SGD
852 Buchhalter/in SGD	635 Französisch für Fortgeschrittene	782 Kostenrechnung	552 Netzwerkbetreuer/in NetWare mit Telekommunikation	603 Realschulabschluss/Mittlere Reife
743 C/C++-Programmierer/in unter DOS	638 Landeskunde Französisch für Fortgeschrittene			
748 C/C++-Programmierer/in unter Windows	711 Führung und Zusammenarbeit			
720 C/C++-Programmierer/in unter Linux	853 Geschäftsführung für Kleinbetriebe			
710 Das 99-Tage-Training	608 Geschichte im Zeitspiegel			
602 Deutsch Sicher in Beruf und Alltag	759 Gestalten am PC mit Corel Draw und PageMaker			
709 Geprüfte/r Direktionsassistent/in bSb	760 Grafik-Design am PC			
701 E-Commerce-Handel im Internet	611 Hauptschulabschluss			
740 EDV-Grundkurs	830 Hauswirtschaftler/in			
130 EKS - Die Strategie für Karriere und Lebenserfolg	300 Industriemeister/in Metall IHK			
550 Elektronik-Grundkurs	301 Industriemeister/in Elektro IHK			
630 Lebendiges Englisch für Anfänger	189 Informations- und Kommunikationstechniker/in			
631 Englisch für Fortgeschrittene	802 Innenarchitektur			



Verwirklichen Sie jetzt Ihre Ziele!

743 C/C++-Programmierer/in unter DOS	638 Landeskunde Französisch für Fortgeschrittene
748 C/C++-Programmierer/in unter Windows	711 Führung und Zusammenarbeit
720 C/C++-Programmierer/in unter Linux	853 Geschäftsführung für Kleinbetriebe
710 Das 99-Tage-Training	608 Geschichte im Zeitspiegel
602 Deutsch Sicher in Beruf und Alltag	759 Gestalten am PC mit Corel Draw und PageMaker
709 Geprüfte/r Direktionsassistent/in bSb	760 Grafik-Design am PC
701 E-Commerce-Handel im Internet	611 Hauptschulabschluss
740 EDV-Grundkurs	830 Hauswirtschaftler/in
130 EKS - Die Strategie für Karriere und Lebenserfolg	300 Industriemeister/in Metall IHK
550 Elektronik-Grundkurs	301 Industriemeister/in Elektro IHK
630 Lebendiges Englisch für Anfänger	189 Informations- und Kommunikationstechniker/in
631 Englisch für Fortgeschrittene	802 Innenarchitektur

Senden Sie die Gratis-Gutschein-Karte noch heute ein!

NEU! Diplom-Studiengang Informatik!
Werden Sie **Diplom-Informatiker/in (FH)** mit dem akademischen FernStudium an der Privaten FernFachhochschule Darmstadt. Fordern Sie mit der untenstehenden Gratis-Gutschein-Karte kostenloses Info-Material an!

Lehrgang aussuchen, Karte ausfüllen, ausschneiden und ohne Porto an die SGD schicken!

Gratis-Gutschein-Karte für Ihr persönliches SGD-Informations-Paket

JA, ich möchte meine Chance nutzen und mich unverbindlich informieren. Senden Sie mir bitte das kostenlose SGD-Informations-Paket in den nächsten Tagen zu. Ohne jede Verpflichtung für mich. Ich brauche auch nichts zurückzuschicken.

Bitte tragen Sie hier die Nummern Ihrer Wunschziele ein:

1. Ziel	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
2. Ziel	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Bitte informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich über das FernStudium **Diplom-Informatiker/in (FH)**. (Bitte so ankreuzen.) (Anforderung auch über Internet: <http://www.privatfh-da.de>)

Name Vorname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Beruf



Alle SGD-Kurse sind von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) geprüft und zugelassen.

sgd STUDIENGEMEINSCHAFT DARMSTADT

Das zivile Rätsel 2000/3

Von Michael Wilke

Aloah hr Sommer-Zivis. Auch in dieser Sommerausgabe der *zivil* sollt ihr ein wenig denken. Geradeaus ins Lexikon oder um die Ecke. Wann was angesagt ist, das werdet ihr schon merken. Wie immer ergeben die markierten Felder das Lösungswort und wie immer könnt ihr dieses mal wieder tolle Preise gewinnen. Also: Bleistift gespitzt und nachgedacht. Ich wünsche euch viel Glück!

Das richtige Lösungswort aus Heft 2/00 war ja weder FOTOGEN noch etwa FOODGEN sondern wirklich nur »GENFOOD«. Und damit haben Büchergutscheine gewonnen: Daniel Bopf aus Langgöns und Marc Peller aus Bellstedt; die Spiele gingen an Manuel Grimme aus Altdorf, Marcus Weber aus Koblenz, Daniel Ulmer aus Esslingen und Catrin Nickel aus Essen.

Die drei Hauptgewinner aus Heft 1/00 mit dem Lösungswort »SPRACHKURS« waren: Alexander Wach aus Burg, Stefan Wagner aus Diespeck und Andreas Tesch aus Reutlingen. Glückwunsch! Alle Gewinner wurden benachrichtigt.

Diesmal verlosen wir unter den EinsenderInnen
 1 x Bücher/Spiele nach Wahl im Wert von 100 DM
 1 x Bücher/Spiele nach Wahl im Wert von 50 DM
 1 x Bücher/Spiele nach Wahl im Wert von 30 DM
 2 x TCRRES das »Spiel des Jahres 2000«
 5 x ein Freiabo *zivil* für ein Jahr
 (Der Rechtsweg ist ausgeschlossen)

Einsendeschluss ist der 30.9.2000

Lösungswort auf dem Abschnitt eintragen, ausschneiden, auf eine Postkarte (Absender nicht vergessen!) kleben, schicken an:
 Redaktion *zivil*, Rosenbergstraße 45
 70176 Stuttgart

TORRES, das »Spiel des Jahres 2000«: Dieses spannende Strategiespiel führt auf eine abenteuerliche Reise in die Burgen des Mittelalters, wo die Ritter vor allem mit dem Kopf gegeneinander kämpfen.



Das Lösungswort lautet:



Betr. *zivil*: Anregungen, Kritik, Lob ...
 (Hat keinen Einfluss auf die Gewinnchancen!)

	1	2	3		4	5	6	7		8	9
10					11					12	
13									14		15
16								17		18	
19				20		21					
22			23		24			25			26
	27	28		29			30				31
32			33							34	
		35						36		37	
38	39						40		41		42
43			44			45				46	
47					48						49
50						51				52	

WAAGERECHT

- 1 SENKRECHT 9 wäre für diesen angebracht.
- 8 Deutsche Welle.
- 10 Ein Saatgut oder das gleiche.
- 11 Alles mit nichts ist also dies.
- 12 Kraftstoffgöttin.
- 13 Mobile Nahrungsbox mit Partycharakter.
- 15 Französische Abkürzung für rinforzando.
- 16 Nimm 5, tu 6 dazu und nochmal 5 plus 16 und du erhältst dieses.
- 17 Zwischen C und D.
- 19 Stadt im südlichen Münsterland.
- 21 Aus etwas kann man durch dieses dieses erregende oder traurige Schauspiel machen.
- 22 A little Ford - car.
- 23 Zündelnder Kaiser Roms.
- 25 Kehren, aber anders.
- 27 -opa, -gestein, -inal oder -mel.
- 29 Zusammen mit Sasha oder Britney Spears schmücken diese Teeniezimmer.
- 31 Das »Microsoft« vor »Disc Operating System«.
- 32 Hier werden aus einem großen Zweig zwei kleine.
- 34 Royal Automobile Club.
- 35 Im VW Polo Lenkrad in der Mitte.
- 37 ... könnte er überrascht ausgerufen haben.
- 38 Bundesamt für Zivildienst.
- 40 Mit -en kann etwas darin liegen, mit -entum wird es lateinisches Silber.
- 42 Frz. Artikel.
- 43 Ausdehnung.
- 47 Ebenso lateinisch.
- 48 Eine Schauspielerin.
- 50 Hefe-, Nudel- und Blätter- sind verschiedene _____
- 51 Erbinformationsträger.
- 52 Alphabetische Anfänger mit drang zum Telefonate entgegennehmen.

SENKRECHT

- 1 Konsumfreudiges Bauwerk.
- 2 Gas geben, wenn dieses so ist, wie SENKRECHT 36.
- 3 Kreisstadt an der Mündung der Hase in die Ems.
- 4 Beim Backen halten sich hier WAAGERECHT 50 auf.
- 5 Das WG-Türschild von Hans, Helga und Detlef.
- 6 Vereinte Nationen oder ein italienischer Kleinwagen.
- 7 Koffeinhaltiges und lösliches Heißgetränk.
- 8 _____, die, das, wieso, weshalb, warum.
- 9 Berechtigt zum Tragen und Besitz von Kampfmitteln.
- 10 Das Lexikon sagt: Kurz gebratene Fleischschnitte.
- 14 »Ein Loch ist im _____.« Na dann ist der _____ wohl im _____.
- 18 »sprich« in drei Buchstaben.
- 20 Staat in Asien.
- 21 Das Lösungswort.
- 24 Roberts Ehefrau.
- 26 Papierlose Post.
- 28 Hier ist Big Brother zu Hause.
- 30 Teelöffelchen.
- 32 Maloche. Egal ob selbständig oder angestellt.
- 33 Befehl zum Verschwinden in England.
- 34 Die Nr. 1 und Nr. 2 von SENKRECHT 24.
- 36 Hoffnung wird so coloriert.
- 39 Deutsch-französischer Kulturkanal.
- 40 SENKRECHT 39.
- 41 Antilopenart in Süd- und Ostafrika.
- 44 Elektrogramm.
- 45 Elektrokardiogramm.
- 46 WAAGERECHT 40 vor dem Spiegel.
- 49 1.: Zwischen U und O. 2.: zwischen V und N.



Wunderbare Zeitvermehrung

Und er sah eine große Menge Volkes,
die Menschen taten ihm leid,
und er redete zu ihnen von der
unwiderstehlichen Liebe Gottes.

Als es dann Abend wurde,
sagten seine Jünger:
Herr, schicke diese Leute fort,
es ist schon spät,
sie haben keine Zeit.

Gebt ihnen doch davon, so sagte er,
gebt ihnen doch von eurer Zeit!

Wir haben selber keine, fanden sie.
Und was wir haben, diese wenige,
wie soll das reichen für so viele?

Doch da war einer unter ihnen,
der hatte wohl noch fünf Termine frei,
mehr nicht, zur Not, dazu zwei Viertelstunden.

Und Jesus nahm, mit einem Lächeln,
die fünf Termine, die sie hatten,
die beiden Viertelstunden in die Hand.
Er blickte auf zum Himmel,
sprach ein Dankgebet und Lob,
dann ließ er austeilen die kostbare Zeit
durch seine Jünger an die vielen Menschen.

Und siehe da:
Es reichte nun das Wenige für alle.
Am Ende füllten sie sogar zwölf Tage voll mit dem,
was übrig war an Zeit, das war nicht wenig.

Es wird berichtet, dass sie staunten.
Denn möglich ist, das sahen sie,
Unmögliches bei ihm.

Lothar Zenetti

© Pfeiffer, München



Lieber...

zivil



... als n
uni^vformiert!

ABO!!

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Wohnort
Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim **zivil**-Vertrieb (Adresse steht rechts) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Datum, 2. Unterschrift

Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten **zivil**, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abokosten werden von der Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Vertrieb **zivil**, Postfach 500550, 60394 Frankfurt

Hiermit bestelle ich **zivil** ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahresabonnement kostet 16,- DM (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Hefes gekündigt habe.



Wössner zur Sache

Sicher, der von mir betreute Jugendliche ist durch Laden diebstähle aufgefallen - aber ohne meine Betreuung...



... Wäre er inzwischen womöglich schon längst Schatzmeister oder EU-Kommissar geworden!



Zivil

GALERIE

Joan Miró (1893–1983), der große spanische Surrealist, hat eines seiner Bilder den Friedenseinsätzen der UNO-Blauhelme gewidmet: Es heißt »United Nations Peace Keeping Operations«. Dieses Bild wurde von der »World Federation of United Nations Associations«, einem Zusammenschluss der weltweiten UN-Gesellschaften, ins Internet gestellt (http://www.netmart.com/wfuna-art/docsheets/Miró_may.html). Joan Miró ist neben Picasso und Dalí einer der ganz großen spanischen Künstler des 20. Jahrhunderts. Er ist ein Maler, der eine Fülle »poetischer Bildzeichen, voller Form und Farbkraft« geschaffen hat.

In seinen Bildern finden sich Vorahnungen des spanischen Bürgerkrieges, Protest gegen den Faschismus und gegen die Schrecken des Krieges, z. B. in dem Bild »Stilleben mit Schuh«, 1937. »Der Schnitt« wurde mit Picassos »Guernica« im Pavillon des republikanischen Spanien auf der Weltausstellung 1937 in Paris gezeigt.

Dunkle Nachklänge seiner Flucht vor den Nazis in die Normandie und nach Spanien finden sich in den »Konstellationen« (1941–43). Miró ist von großer kindlicher Einfachheit und bunter Naivität. Er konzentriert sein Bild auf das Wesentliche. »Ein Bild muss fruchtbar sein. Es muss eine Welt gebären.« (Miró) Auch in seinem Bild »United Nations Peace Keeping Operations« wird eine neue Friedenswelt geboren.

In der Mitte des Bildes sehen wir ein großes Auge. Zu den Friedensmissionen der UNO gehören besonders die Aufgaben: Sehen, Beobachten, Konfliktpotentiale wahrnehmen und präventiv schlichtend eingreifen. Das Auge ist in vielen Farben gemalt, rot, gelb, schwarz, blau: So bunt und vielfältig wie die Menschheit, so bunt sind auch die Blauhelme der Friedensmissionen zusammengesetzt. Das Blau im Auge erinnert an diese Blauhelme. Der größere Teil des Auges, der untere Teil, ist rot, blutrot. In den Bürgerkriegen der Welt floss und fließt viel Blut, aktuell in Sierra Leone, im Kongo, im Sudan. Der Einsatz von Blauhelmen soll Blutvergießen verhindern und friedliche Konfliktlösungen ermöglichen helfen. Das Auge ist nicht nur ein Symbol für Sehen und Beobachten. Es ist auch ein altes archetypisches Symbol für »Leben«. Zum »Lebensminimum« gehören »leben und die Augen auf der Erde offen halten« (Ilias, Homer). Die Einsätze der Blauhelme sollen Leben erhalten. Das Auge ist aber auch das Symbol für das Vorausschauen, für Visionen, wie etwa


Joan Miró, »United Nations Peace Keeping Operations«, 1980

Netcape: JOAN MIRO, Spain "United Nations Peace Keeping Operations" WFUNA Limited Edition Art Print

Location: http://www.netmart.com/wfuna-art/docsheets/miro_may.html

WORLD FEDERATION OF UNITED NATIONS ASSOCIATIONS

FÉDÉRATION MONDIALE DES ASSOCIATIONS POUR LES NATIONS UNIES

ARTIST:	JOAN MIRO	
ACCOMPANYING UN STAMP ISSUE:	"United Nations Peace Keeping Operations"	
DATE OF ISSUE:	16 May 1980	
SIZE:	8 1/2" x 11"	
PAPER:	100% rag "Super Alfa" Fine Art Paper	
EDITION SIZE:	1,500	
PRICE:	SOLD OUT	

AUTHENTICATION: Embossed Seal of WFUNA to left of Miro signature.



die Friedensvision, die zur Gründung der UNO geführt hat. Denn die UNO soll nach ihrer Präambel den Krieg, »die Geißel der Menschheit«, überwinden und eine internationale Friedensordnung mit aufbauen helfen. »Internationale Streitigkeiten sind durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes zu bereinigen« (Art.1,1).

Bei Einsätzen der Peace-Keeping-Blauhelme sind nach UN-Angaben mehr als 1400 Soldaten in den Problemregionen der Welt ums Leben gekommen. Andererseits aber werden die UNO-Truppen auch selber zum Problem. Etwa wenn die Soldaten bei ihren Einsätzen in bettelarmen Staaten mit Dollars um sich werfen, Prostitution und Mädchenhandel anheizen und – wie z. B. in Kambodscha geschehen – massenhaft den tödlichen Aidsreger verbreiten. Inzwischen, so die Bilanz seit 1998, sterben mehr Blauhelme an Aids, als

durch Gewaltanwendung in ihren Friedenseinsätzen.

Oft waren Blauhelmeinsätze durch mangelnde Ausstattung schon zu Beginn zum Scheitern verurteilt. Das Massaker von Srebrenica in Bosnien ist ein schreckliches Beispiel dafür. Das Budget der New Yorker Feuerwehr z. B. ist bedeutend höher als der Betrag, der für Blauhelmeinsätze weltweit bereitgestellt wird. Eine Reform der UNO ist dringend nötig. Die »Agenda für den Frieden« von Butros Ghali wartet auf ihre Umsetzung. Sie fordert eine verstärkte gewaltfreie Konfliktprävention.

Harald Wagner